

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 6. November 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Intentions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 40 Bg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Bg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Bg. (nur das erste Wort frei). Intente für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochen-tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr mittags geöffnet.

Telegraphische Adressen:
„Socialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pernumerando:
Vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
Eingetragen in der Post-Zeitungs-
Preisliste für 1903 unter Nr. 8203.
Unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
übrige Ausland 2 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Wem gehört die Volksschule?

Es ist bereits vor kurzem an dieser Stelle im Vorbeigehen auf die lustig-erusthafte Ungereimtheit aufmerksam gemacht worden, daß sich bürgerliche Parteigruppen anscheinend hitzige Gefechte um die Volksschule lieferten, während man die Rächstbeteiligten, das Volk, nicht nur ungefragt beiseite stehen läßt, sondern ihm noch obendrein den Mund verbindet.

Wem gehört die Volksschule? — Der Kirche! schreit der Chorus der Geschorenen und Geschickelten. Dem Staate! leitarifelt der unerheblich „getaufte“ freikonservative Otto Arendt zwei Tage lang im „Tag“. Wer hat recht? — Keiner von beiden.

Es ist eine von der Kirche aufgebrauchte und von ihr in den jahrhundertelangen Zeiten ihrer uneingeschränkten Herrschaft fleißig herumgetragene Geschichtsfälschung, wenn behauptet wird, die Kirche sei die Mutter der Volksschule, und der Kirche gebühre deshalb auch die Oberhoheit über die Schule. Die Volksschule ist weder von der katholischen, noch von der protestantischen Kirche geschaffen worden, sondern sie ist im Mittelalter, also schon vor der Reformation von dem städtischen Bürgerum, von den Handwerkern, den Zünften und den kleinen Kaufleuten im Kampfe mit der mittelalterlichen Kirche gegründet worden. Diese ersten Volksschulen in Deutschland waren in ihrer Art und für ihre Zeit vortrefflich, vor allen Dingen opferten sie die kostbare Schulzeit nicht für außerunterrichtliche Zwecke: sie waren — sündlich, zu sagen — nicht nur konfessionslos, sie waren sogar religionslos. Sie dienten einfach und schlicht dem Zwecke der Vorbereitung der Kinder auf das bürgerliche Leben. Erst die „Reformatoren“ Luther, Melancthon, Bugenhagen, reorganisierten die Schulen in bedauerlicher Weise dadurch, daß sie den eigentlichen bisherigen Zweck der Volksschule ihren religiös-konfessionellen Zwecken unterordneten. Sie führten den Religionsunterricht in die Schule ein, sie machten ihn zur Hauptfrage des Unterrichts, sie stellten damit die Schule unter das Nachgebot der Kirche, sie machten die Lehrer zu Dienern und Schlepenträgern der Pfarrer, sie trugen darum die Hauptschuld an dem traurigen Niedergang des Volksschulwesens nach der Reformation, sie sind die eigentliche Ursache, daß wir noch heute den wenig ruhmvollen Kampf um die Befreiung der Schule aus den Händen der Kirche führen müssen. Die Kirche hat also kein historisches Recht auf die Schule, sie hat sich nur ein Recht angemacht, das ihr je eher je besser wieder genommen werden muß.

Anderes verhält es sich mit dem Staate. Der Staat ist „in allen Fällen wesentlich Maschine zur Niederhaltung der unterdrückten, ausgebeuteten Klasse“ (Engels). Dieser Aufgabe getreulich eingedenk, hat der Staat auch von jeher die Schule mit zur Ausbeutung der unterdrückten Klasse benützt. Die Kleinstaatlichen Despoten des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts brauchten nichts weiter als gehorsame Unterthanen, also war die Unterweisung in der Furcht des Herrn und im Unterordnen unter den Fürsten und seine Diener die Hauptfrage des Schulunterrichts. An der Wende der Jahrhunderte, als durch Napoleons eisernen Rehrand in Deutschland die bürgerliche Wirtschaftsentwicklung ein wenig ausbreiten konnte, machte man pädagogische Anleihen bei Pestalozzi. Als in der vormärzlichen und nachmärzlichen Zeit finstere Reaktion in Deutschland regierte, schränkte man die Schule in Preußen in die Regulativparagrafen ein und zwang die Kinder zum Glauben an „gegebene“ Wahrheiten und Autoritäten. Als nach dem deutsch-französischen Kriege der Milliardenjensegen sich über Deutschland ergoß und die Nationalliberalen unter Preisgabe politischer Ideale wirtschaftliche Vorteile einbrachten, wurde der Volksschule wiederum gestattet, durch reichlichere Pflege des Realunterrichts sich den neuen Ansprüchen der Kapitalisten an ihre Ausbeutungsobjekte anzupassen.

Auf dieser Basis steht die Volksschule im wesentlichen noch heute. Die wirtschaftliche Entwicklung der Neuzeit braucht Arbeiter, die zum mindesten in einigen Elementarfächern notdürftig unterwiesen worden sind. Was darüber ist, das ist vom Uebel. An dem Widerstand der wirtschaftlichen Machtfaktoren scheitert der rührend postfaktische Bildungseifer liberaler Volksschulbildungspostel. Eugen Richter sogar, der besser die praktischen Notwendigkeiten der Fabrikanten zu beurteilen weiß, als die andächtigen Schwärmer Ricker und Teub, drohte mit seinem Rücktritt, als man die allgemeine Volksschule in sein volksparteilich-unentwegtes Programm hineinmögeln wollte.

Was hätte demnach das preussische Volk heutzutage von einer Verstaatlichung der preussischen Volksschule zu erwarten? Anders wäre es schon, wenn auch für den preussischen Landtag das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht Geltung hätte. Dann könnte bei einem staatlichen Schulwesen schon besser der Wille des Volkes zur Geltung gebracht werden. Aber eine wirkliche „Volksschule“, die allgemeine Volksschule, könnte selbst ein derartiger Landtag so wenig stabilisieren, wie heutzutage der aus allgemeinen und gleichen Wahlen zusammengesetzte Reichstag die socialistische Gesellschaftsordnung einrichten könnte. Der Klassenstaat bedarf auch der Klassen- und Ständeschule. Erst mit der Beseitigung der Klassenunterschiede wird die Bahn frei für eine allgemeine Volksschule im wahren Sinne des Wortes.

Diese Erwägungen dürfen aber natürlich nicht dazu verführen, nummehr friedlich die Hände in den Schoß zu legen und mit der Dehung der Volksschule bis zur Beseitigung des Klassenstaats zu warten. Es ist vielmehr unsere dringende Aufgabe, unausgeseht — besonders aber angesichts der preussischen Landtagswahlen — auf die Mangelhaftigkeit der preussischen Volksschule hinzuweisen. Es muß immer wieder mit Nachdruck betont werden, daß die preussische Volksschule auch jetzt beinahe schon wieder mustergerällig für andre deutsche und ausländische Staaten geworden ist, allerdings ist sie ein Muster dafür, wie Schulen nicht sein sollen. Es muß überall

aufgezeigt werden, daß die preussische Volksschule dem mächtig aufstrebenden Bildungsbedürfnis der Arbeiterklasse ungefähr in demselben Maße gerecht wird wie die „faule Crete“ aus den Bauernkriegen dem modernen Festungskriege genügen würde. Es muß auch stets auf den barocken, an die Zeit des gutherrlichen Patriarchalismus erinnernden Widerstand hingewiesen werden, daß Männer über die Volksschule zu bestimmen sich anmaßen, die wie die preussischen Parlamentarier weder eine Volksschule durchgemacht noch sie je von innen angesehen haben, und die von den geistigen Bedürfnissen des arbeitenden Volkes ungefähr so viel Ahnung haben wie der Blinde von der Farbe. Erwähnenswert ist auch die Tatsache, daß an der Spitze des wichtigen Schulwesens ein Mann steht, der wohl die üblichen formal-juristischen Kenntnisse besitzt, wie sie in Preußen bekanntlich für alle Verwaltungszweige in gleichem Maße tadellos befähigen, der aber bis zu seinem Dienstantritt sich um die Volksschule gerade so viel bekümmert hatte, wie irgend ein anderer preussischer Verwaltungsbeamter, an den vielleicht statt an ihn zufällig der Ruf, Kultusminister zu spielen, ergangen wäre.

Wohl werden wir erst eine wirkliche Volksschule, die nicht der Kirche, nicht dem Staate, sondern dem Volke gehört, haben, wenn das Volk souveräner Herr über sein Geschick ist. Aber daß auch schon in einem Klassenstaat, der auf demokratischer Grundlage beruht, eine dem preussischen Schulwesen unendlich weit überlegene Erziehungsorganisation möglich ist, beweist die staatliche Schulorganisation Frankreichs. Wir haben eine anständige Wegstrecke zu marschieren, wenn wir nur den heutigen Stand des französischen Schulwesens erreichen wollen. Sollte es gelingen, einige Socialdemokraten in den preussischen Landtag zu bringen und dadurch der allgemeinen Volksschule neben ihren platonischen liberalen Verehrern einige wegländere und handfeste Pioniere zu verschaffen, so ist zu erwarten, daß sich der Vormarsch der preussischen Volksschule in Zukunft nicht mehr ausschließlich nach dem Latte des Krähwinkler Kondturmes vollzieht.

Landtagswahl.

Zur Stichwahlstimme.

In der Resolution der preussischen Landtagswahl-Konferenz vom 26. April 1903 lautet Punkt 3:
Kommt es bei den Urwahlen zur Stichwahl, in der nach Ausfall der Socialdemokraten liberale Kandidaten solcher anderer Parteien gegenüberstehen, so wird im allgemeinen für die liberalen Kandidaten zu stimmen sein.

Der Ausdruck „im allgemeinen“ wurde teils wegen einiger möglicher Ausnahmefälle, teils wegen eines ganz besonders wichtigen Falles gewählt. In den Ausnahmefällen gehört zum Beispiel die Stellungnahme zwischen Liberalen und den demokratischen Dänen in einigen Kreisen der Provinz Schleswig-Holstein. Den Hauptfall bilden alle die Wahlkreise mit zwei oder drei Abgeordneten, in denen die Socialdemokratie hoffen darf, mit der Zahl ihrer Wahlmänner zwischen Konservativen und Liberalen bei der Abgeordnetenwahl ausschlaggebend zu werden. Hier hat uns das besagte Verhalten der freisinnigen Wahlmänner in Breslau zur Vorsicht gezwungen, die 1898 unseren ausschlaggebenden Wahlmännern erklärten: Es ist zwar nur recht und billig, daß ihr als Gegenleistung für eure Unterstützung unserer Kandidaten eines der drei Mandate für einen Socialdemokraten beansprucht; diesem billigen Verlangen können wir aber nicht Rechnung tragen, weil eine größere Anzahl unserer Wahlmänner zu abhängig ist, um öffentlich einem Socialdemokraten die Stimme geben zu können.

In eine derartige Zwangslage darf sich die Socialdemokratie nicht wieder bringen lassen; es sind deshalb die Liberalen von unserer Seite immer und immer wieder aufgefordert worden, nur völlig unabhängige Wahlmannskandidaten aufzustellen, da die Socialdemokraten in den oben bezeichneten Wahlkreisen unweigerlich Gewehr bei Fuß dem Stichwahlkampf zwischen Liberalen und Konservativen zusehen würden, wenn ihnen nicht seitens der Liberalen eins der zwei oder drei Mandate eingeräumt würde. Dieser Forderung nach Auffstellung völlig unabhängiger Wahlmannskandidaten seitens der Liberalen soll dadurch Nachdruck gegeben werden, daß bei Stichwahlen in der Urwahl nur solche liberale Wahlmänner gegenüber Konservativen unterstützt werden sollen, die vor dem Wahltage — also vor dem 12. November — erklärt haben, unabhängig genug zu sein, um gegebenenfalls auch für einen socialdemokratischen Abgeordneten kandidaten stimmen zu können.

Da die liberalen Wahlmannskandidaten nicht in öffentlichen Versammlungen aufgestellt werden, ist es für uns schwierig, Auskunft von ihnen über ihre Unabhängigkeit zu erlangen. Dazu kommt, daß die freisinnigen namentlich in den Wahlkreisen, in denen sie zur Zeit die Mandate innehaben, sich ganz auf das hohe Pferd setzen. Sie sagen sich — besonders in Berlin —, eine Gefahr, daß etwa die Konservativen steigen, ist ja gänzlich ausgeschlossen; wir werden uns vorläufig mit den Socialdemokraten nicht einmal in der Stichwahlfrage gelegentlich der Urwahlen verständigen. In diesen Wahlkreisen werden wir es unseren Parteigenossen nicht zumuten können, sich mit einer etwaigen Anfrage bei den freisinnigen Wahlmannskandidaten einer schändlichen Abweisung auszusetzen. Hier müssen wir es den freisinnigen Wahlmannskandidaten, die bei der Stichwahl in der Urwahl auf unsere Stimmen rechnen wollen, überlassen, ihrerseits vor dem 12. November mit einer Erklärung an unsere Wahlleiter oder Wahlmannskandidaten heranzutreten. Wir stellen hiermit fest, daß diese, den freisinnigen Wahlmannskandidaten in jedem Urwahlbezirk bekannten Männer die schriftliche oder mündliche Erklärung entgegenzunehmen bereit sind.

In den Wahlkreisen, die bisher nicht von freisinnigen vertreten sind, wo aber der Kampf ausichtslos ist, wie in Teltow-Weesow und Nieder-Ober-Barnim, werden wir seitens der Liberalen auf ein höfliches Entgegenkommen rechnen müssen — für diese Kreise besteht thatsächlich die Gefahr, daß die Konservativen die absolute Mehrheit der Wahlmänner erhalten, wenn den Socialdemokraten das Eintreten für liberale Wahlmannskandidaten durch deren Erklärung nicht ermöglicht wird; selbstverständlich können wir

nach den Breslauer Erfahrungen von 1898 auch hier nicht auf die Abgabe der Erklärung verzichten; hier möchten wir aber vorschlagen, daß sich unsere Wahlleiter in den einzelnen Urwahlbezirken der freisinnigen Aufgabe unterziehen, die liberalen Wahlmannskandidaten — schriftlich oder mündlich — zu fragen, ob sie unabhängig genug sind, gegebenenfalls auch für einen socialdemokratischen Abgeordneten kandidaten stimmen zu können. Wir nennen diese Aufgabe peinlich, weil es zwar für den liberalen Wahlmannskandidaten eine Kleinigkeit ist, seine Erklärung abzugeben, wenn, wie wir dies für Berlin oben feststellten, unsere Wahlleiter zur Entgegennahme solcher Erklärungen bereit sind, weil aber der socialdemokratische Wahlleiter, der mit einer Anfrage an den liberalen Kandidaten herantritt, nicht wissen kann, wie seine Anfrage aufgenommen wird. Trotzdem halten wir unsern Vorschlag aufrecht, um so zu zeigen, daß wir alles ausbieten wollen, um die Reaktion zurückzuschlagen. Selbstverständlich können wir den Liberalen nicht vorschreiben, wie sie sich bei Stichwahlen zwischen Konservativen und Socialdemokraten bei der Urwahl zu verhalten haben; die einfachste Ueberlegung aber muß ihnen sagen, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, in diesem Fall für die socialdemokratischen Kandidaten zu stimmen.

Junker-Wahlreform. Die „Berliner Politischen Nachrichten“ haben, anscheinend aus offiziöser Quelle, mitgeteilt, daß es in der Absicht der preussischen Regierung liege, in der nächsten Gesetzgebungsperiode des Landtages eine Teilung über großer Landtagswahlkreise herbeizuführen. Diese ganz unbestimmte Mitteilung veranlaßt die „Deutsche Tageszeitung“, auch ihre eignen Ideen einer Wahlrechtsreform in Preußen auszuklammern; sie schreibt:

„Will man sich überhaupt an eine Abänderung des Landtagswahlgesetzes heranwagen, die unfers Erachtens vielleicht nicht mehr aufzuheben ist, so wird man gut daran thun, gleichzeitig die Angehörlichkeiten des jetzigen Systems zu beseitigen, über die im großen und ganzen eine Meinungsverschiedenheit nicht herrscht. Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß in Berlin ein Wahlreformant in der ersten Klasse, ein Minister in der dritten Klasse wählt. Technische Angehörlichkeiten werden aus den meisten größeren Städten berichtet. Vielfach besieht die erste Klasse nur aus einem oder zwei Urwählern, während in der dritten Klasse Männer zu wählen haben, die ein recht großes Einkommen verdienen. Das war nicht die Absicht des Gesetzgebers; diese Verhältnisse haben sich vielmehr infolge der inzwischen eingetretenen sozialen Entwicklung herausgebildet. Unfers Erachtens ist die Beseitigung der allerstärksten Angehörlichkeiten nicht schwer. Das sächsische Gesetz hat einen gangbaren Weg gewiesen. Nach diesem Gesetz werden Steuerbeträge, die über eine gewisse Höhe hinausgehen, überhaupt bei der Drittelung nicht mitgerechnet. Es wird ferner bestimmt, daß Wähler, die einen gewissen Steuerbetrag (300 M.) entrichten, auf jeden Fall der ersten Wählerklasse angehören müssen, und eine entsprechende Bestimmung ist auch für die zweite Wählerklasse getroffen worden. Wir wählen thatsächlich nicht, was man ernstlich gegen den Vorschlag einwenden sollte, ähnliche Bestimmungen auch in Preußen einzuführen. Die schlimmsten Angehörlichkeiten würden wenigstens dadurch beseitigt, wenn auch die geschworenen Gegner des geltenden Landtagswahlrechts den Einwand erheben würden, daß die vorgeschlagene Reform lange nicht weit genug gehe und eitles Fiktion sei. Wir würden vielleicht mit dem Vorschlag zurückgehalten haben, weil die Anregung einer Wahlrechtsänderung ein ziemlich gewagtes Ding ist. Da nun aber die Regierung selbst erklärt hat, daß sie dem Landtage einen Änderungs-vorschlag unterbreiten werde, glauben wir, mit unfers Anregung nicht zurückhalten zu sollen.“

Sachsen ist das Ideal des Dr. Dertel. Auch dies Wahlrecht soll ins Sächsische überfetzt werden. Es lohnt sich nicht, über die frevelhafte Zumutung zu reden, daß einige Ungerechtigkeiten, die allzu groß die Tollheit des preussischen Wahlrechts offenbaren, beseitigt werden sollen, damit so der Kern des Unrechts um so dauernd erhalten werden könne; das Blatt des Dr. Dertel weiß selbst, daß das nur „eitles Fiktion“ wäre.

Es scheint aber, daß die „Deutsche Tageszeitung“ vergessen hat, welche politischen Folgen das sächsische Wahlsystem, das sie verherrlicht, gezeitigt hat. Oder gefäht das „rote Sächsen“ und der rote Freiburger Wahlkreis dem Dr. Dertel? —

Uebel in Breslau.

In Breslau sind unsere Parteigenossen schon 1898 entscheidend in den Landtags-Wahlkampf eingetreten. Ohne socialdemokratischen Bestand wäre der Freisinn schon damals um seine dortigen Mandate gekommen. Trotzdem scheute sich der Freisinn in Breslau, uns diesmal unser Recht werden zu lassen; die Folgen werden sie tragen müssen. Unse Partei ist mit verstärkter Energie in den Wahlkampf eingetreten, um möglichst viele Wahlmannersiege zu erreichen. Uebel sprach am Montag in Breslau vor über-voller Versammlung. Aus seiner wirkungsvollen Rede sei wenigstens einiges wiedergegeben, was er über das Wahlsystem, über preussisches Steuerwesen und über unfere Stellung zu den Liberalen ausführte. Wir folgen dem Bericht der Breslauer „Volkswacht“:

„Dieses öffentliche Wahlrecht führt zu der schlimmsten Korruption unfers öffentlichen Moral. Alle die Arbeiter in Staatsbetrieben, die Beamten fürchten sich, socialdemokratisch zu wählen, während sie zweifellos bei der geheimen Reichstagswahl zum großen Teil den Arbeiterkandidaten gewählt haben. Die Konservativen sagen nun, das öffentliche sei gerade das rechte Wahlsystem! (Phül!) Da könne der Mann so recht frei und unabhängig sich zeigen! Ja, erst soll man doch den Mann social frei und unabhängig machen, damit er sich so zeigen kann! (Großer Beifall.) Man spricht auch wieder von socialdemokratischem Terrorismus gegenüber Geschäftsleuten, die von Arbeitern abhängig sind. Ich kann mir wohl denken, daß Proletarier, die sehen, wie ihr Diener, der täglich mit ihnen zu thun hat, den Gegner des Proletariats wählt, schließlich sagen, dann brauchst du auch unfere Kunst nicht. (Sehr richtig!) Aber die Veranordnung dafür sollen die tragen, die diese Zustände geschaffen und bisher geduldet haben. (Sehr richtig!) und lebhafter Beifall.“

Wir erstreben die Beseitigung dieser Zustände, wir wollen ge-
heime Wahl, wir wollen das Proportionalstimmrecht! Denn das
Proportionalstimmrecht im Reich eingeführt wäre, hätten wir zwar
eine Anzahl Mandate gewonnen, aber auch die Gegner hätten den
Vorteil, daß nicht in Sachen von 23 Mandaten 23 an uns gefallen
wären, sie hätten auch etwas abgenommen. (Heiterkeit und Beifall.)
Die Gerechtigkeit geht uns über alles.

Wir können verlangen, daß die bestehenden Klassen
mehr zu den Lasten des Staates wie bisher beitragen, denn die
Armee, Polizei und Gerichte sind doch nur zum Schutze
der Reichen da. (Großer Beifall.) Ich erinnere nur daran, daß
z. B. Krupp pro Tag 7000 Mark verdient, noch dazu
zum größten Teile vom Staate, also der Allgemeinheit. Wäre es
daher nicht in der Ordnung, wenn er dafür auch eine dem-
entsprechende Abgabe an den Staat zahlte? Ähnlich liegt
es mit der Erbschaftsteuer, auch da verlangen wir
eine höhere Besteuerung der Erbschaften über 10 000 M. (Sehr
richtig!) In verschiedenen europäischen Staaten gelangen Erbschaften
nur an die nächsten Verwandten zur Auszahlung, während sonst der
Staat als Erbe auftritt. Wie oft kommt es vor, daß begüterten
Leuten große Erbschaften wie vom Himmel zu fallen, deshalb ver-
langen wir eine Erbschaftsteuer von mindestens 25 Prozent. (Sehr
richtig!) Auch der bekannte Nationalökonom John Stuart Mill hat
das als sehr gerecht anerkannt. Andere Länder haben solche hohe
Abgaben längst, so hat z. B. Frankreich eine Einkommensteuer aus der
Erbschaftsteuer von 100 Millionen Mark, England 200 Millionen
Mark, Preußen aber nur 10—11 Millionen Mark. Durch
unsere Steuerentwürfe erhalten wir damit so viel Geld, daß
wir unsere Forderungen auf dem Gebiete der Schule, des Gesund-
heitswesens usw. zur Gänze durchsetzen können. (Sehr richtig!)
Heute, wo immer größere Massen mehr und mehr proletarisiert
werden und auf der anderen Seite immer größere Reichthümer er-
wachsen, verlangen wir von den Reichen größere Opfer, denn nur
sie haben die Vorteile unserer heutigen Staatseinrichtungen. (Beifall.)
Wir aber verlangen, daß alle Staatsbürger mitarbeiten am
Wohle des Staates und nicht nur genießen. (Beifall.) Alle müssen
arbeiten zur Förderung des Staates und des Gemeinwohles, das ist
unser Endziel. (Beifall.)

Wenn nun die Liberalen heute erklären, daß sie für unsere Forde-
rungen nicht eintreten können, will ich nur erinnern, daß vieles
dabei auch einfließt von den Liberalen vertreten wurde, nur
haben sie diese Forderungen elend preisgegeben. (Beifall.)
Wenn nun die Liberalen aus Angst ein starkes mit uns
ablehnen, so sind sie verloren, ohne Gegenleistung werden sie
von uns nicht unterstützt. (Anhaltender Beifall.) Wenn gegenwärtig
von verschiedenen Richtungen innerhalb unserer Partei gesprochen
wird, so kann ich nur erklären, in dieser Frage sind wir alle in
der Partei einig, ohne Gegenleistung lassen wir überall die
Liberalen durchfallen. (Erneuter Beifall.) Wir lassen uns nicht mehr
an der Nase herumführen. (Sehr richtig!)

Wir lassen uns auch nicht beirren durch die Redereien von der
reaktionären Mehrheit, die wir angeblich dadurch im preussischen
Landtag herbeiführen helfen. Der preussische Landtag ist durch die
große reaktionäre Mehrheit des Centrums und der Konservativen
schon so reaktionär, daß es nicht viel schlimmer mehr kommen
kann. Auch wird das für uns nur von Vorteil sein, denn je
größer der Druck von oben, je größer der Druck
von unten. (Stürmischer Beifall.)

Auch steht es den Liberalen, speziell dem Freisinn, schlecht an,
den Stärkung der Reaktion durch uns zu reden. Im Reichstage
haben die Freisinnigen belanntlich bei den Stichwahlen den
Reaktionären zum Siege und zur Mehrheit verholfen. (Sehr richtig!)
Also damit ist es nichts, für die Liberalen heißt es nur Gegenleistung
uns gegenüber oder verschwinden. (Beifall.)

Mit ganzer Energie und gewohnter Kampfesfreudigkeit aber
wollen wir uns an den Wahlen beteiligen. Wir erklären den heutigen
Zuständen in Preußen den Krieg und werden nicht eher ruhen
und ruhen, bis uns der stärksten Partei Preußens, unser Recht geworden
ist und Socialdemokraten als Abgeordnete in den preussischen Land-
tag ziehen. (Stürmischer, lang anhaltender brausender Beifall.)

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. November.

Die Kaiser-Zusammenkunft in Wiesbaden.

Der Zar und der deutsche Kaiser sind am Mittwoch in Wies-
baden zusammengetroffen. Bei der Begrüßung am Bahnhof küßten
sich die beiden Monarchen wiederholt.

Ob und inwieweit bei den Unterhaltungen der beiden gekrönten
Häupter auch politische Fragen zur Erörterung gelangen werden,
entzieht sich der Kenntnis der Öffentlichkeit, dürfte sie auch weniger
interessieren, da das politische Verständnis und die politische
Initiative des Zaren Nikolaus im allgemeinen nicht allzu hoch eingeschätzt
wird. Ganz abgesehen davon, daß nach sozialistischer Auffassung
Monarchenbesuche an und für sich eine sehr wenig bedeutende Rolle
für die Politik spielen.

Die Petersburger Blätter erblicken in der Kaiser-Zusammenkunft
neue Garantien für die Festigung des internationalen Friedens, der
beiden Herrschern gleich warm am Herzen liegt. Es fehlte nur, daß
man als Beweis für die zärtliche Friedensliebe auf den ostasiatischen
Vertragsbruch und die sieberhaften russischen Rüstungen in Ostasien
hinwies.

Die Petersburger Presse setzt in die Kaiser- und Kanzler-
Zusammenkunft in Wiesbaden auch die Hoffnung auf die Erneuerung
eines beiderseitig befriedigenden Handelsvertrages. Auch in dieser
Beziehung darf man die Erwartungen sicherlich nicht zu hoch spannen.

Der neue Paraderiff trat nach einem Bericht der „Frankfurter
Zeitung“ bei der Kaiser-Zusammenkunft auch für das schaulustige
Publikum in auffälliger Erscheinung. Einen imposanten Eindruck
auf das unmaßgebliche civile Publikum soll er nicht gerade gemacht
haben. Das Frankfurter Blatt schreibt:

„Daß der neue alte Griff etwa überwältigend aussieht,
kann nur ein Liebhaber weitgetriebenen Paraderiff-
drills behaupten; es ist derselbe Griff wie beim ersten
Tempo von „Gewehr ab“, die rechte Hand bleibt über die Brust
an die Hüfte gelegt, die linke Arm von der Schulter an die
Seite herabzieht und trägt. Die Rechte war sonst wie ein Steuer,
sie konnte beim Marsch die leichtsten Körperbewegungen aus-
gleichen. Der neue Paraderiff verbessert die Haltung der
Truppen nicht, aber er erschwert sie. Damit ist vielleicht sein Zweck
erreicht.“

Die badischen Landtagswahlen.

Aus Mannheim wird uns geschrieben: Es war für unsere
badischen Parteigenossen gerade keine angenehme Situation, in der
sie sich während der nun abgeschlossenen Landtags-Wahlbewegung
befanden. Unmittelbar nach dem Schluß des Dresdener
Parteitages sollten sie in den eigentlichen Wahlkampf eintreten,
und wer die Geschicklichkeit und zähe Ausdauer ver-
folgte, mit denen unsere Gegner die Dresdener
Tagung und ihre Maßnahmen gegen die Social-
demokratie ausbeuteten, der wird es einigermaßen be-
greiflich finden, wenn wir sagen, unsere badischen Gesinnungsgenossen
mußten den Wahlkampf diesmal unter Bedingungen durchkämpfen,
wie sie unglücklicher kaum einmal vorhanden waren. Zu allem Ueberflus
setzte wenige Wochen vor der Entscheidung auch noch in ihren eignen
Reihen ein häßlicher Bruderkrieg ein, veranlaßt durch die von Offen-
burg ausgehenden Angriffe gegen die redaktionelle Leitung unseres
Karlsruher Parteiblattes, des „Volksfreund“. Endlose Er-
klärungen und Erwidrerungen, zum Teil in einem das Maß des unter

Parteigenossen zulässigen weit übersteigenden Ton gehalten, lösten
sich in dem genannten Partei-Organ Wochen hindurch ab,
zum großen Gaudium unserer Gegner, die aus dieser
Selbstzerfleischung unserer Parteigenossen die Waffen schiedeten,
mittels deren sie uns im Wahlkampf — wie der Aus-
gang zeigt, nicht ohne Erfolg — bekämpften.
Wurden durch diese widrigen Umstände der Kampfesgeist und
der Siegesmut unserer thätigen Parteigenossen stark gelähmt,
so wirkten andererseits die endlosen Zänkereien, die zum Teil stark
persönlich zugelegt waren, vor allem auf jene zahlreichen Elemente
abstoßend, die, ohne in unsere Wahlarbeit thätig mit einzugreifen
und unsere politischen Organisationen anzugehören, doch jeweils
unser Kandidaten ihre Stimme zu geben pflegten. Wandten sich
diese auch nicht direkt den Gegnern zu, so blieben sie doch zum
mindesten am Wahltag zu Hause, und es brauchte unter diesen Um-
ständen nicht wunder zu nehmen, wenn die Wahlbeteiligung aus den
Reihen der Arbeiterklasse selbst hinter den früher ohnedies geringen
Niveau noch zurückblieb, während die bürgerlichen Elemente, durch die
bedauerlichen Verhältnisse in unserer Partei zur größten Sieges-
zuversicht angetrieben, in hellen Scharen zur Wahlurne eilten.
Verständlich ist man alle diese Umstände, so kann man mit den Er-
gebnissen der Wahlen — das Resultat von Pforzheim-Stadt vielleicht
ausgenommen — im allgemeinen noch zufrieden sein.

Mannheim-Stadt wurde unter Steigerung unserer
Stimmenzahl von 6200 auf etwa 7100 socialistische Urwählerstimmen
mit 425 gegen 280 nationalliberal-freisinnige Wahlmänner behauptet.
Doch ließ auch dort die Wahlbeteiligung wie die Kampfstimmung
unser Genossen sehr zu wünschen übrig; es hätte sonst nicht vor-
kommen dürfen, daß die Zahl der gegnerischen Wahlmänner sich
gegenüber der Wahl von 1901 mehr als verdoppelte, während
der Prozentanteil der von uns gewonnenen Distrikte gegen damals
zurückging. Ohne Zweifel hat der Wechsel in den Personen der
beiden Kandidaten auch sein Teil dazu beigetragen, vertrat doch
Dreesbach, der jetzt zurücktrat, den Kreis schon seit dem Jahre 1891
mit allseits anerkanntem bestem Erfolg im Landtag, und auch unser
Kirchlich nach der Wahl verzogener Parteigenosse Geis war schon
seit acht Jahren im Besitz des Mannheimer Mandates. Zu den beiden
jetzt neugewählten Abgeordneten Buchhalter Lehmann und Kauf-
mann Sühling kommt als dritter Vertreter Mannheims Kramer,
dessen Mandat noch bis 1905 in Kraft bleibt.

Glänzend abgeschnitten hat die Industriestadt Durlach, in
der 48 von 56 Wahlmännern von uns gewonnen wurden. Auch
unser Urwählerstimmen ergaben eine stattliche absolute Mehrheit,
sie haben seit 1899 um ein erhebliches zugenommen. An Stelle unseres
bisherigen wegen Krankheit zurückgetretenen Abgeordneten Fendrich
wird für die Zukunft der Metzlarbeiter Horst den Bezirk im Land-
tag vertreten. — In Heidelberg-Stadt, wie auch in Lahr-
Stadt mußte sich unsere Partei, wie nicht anders zu erwarten
war, mit Achtungserfolgen begnügen, insofern es ihr nicht
gelang, auch nur in einem einzigen Bezirke ihre Wahlmänner durch-
zubringen. Heidelberg, die Studenten- und Fremdenstadt, und Lahr,
das Dorado des Industrieprogens, sind Plätze, die dem Fort-
schreiten unserer Bewegung einen hartnäckigen Widerstand entgegen-
setzen.

Am bedauerlichsten ist unser schwerer Mißerfolg in der Stadt
Pforzheim, wo Adolf Geis sein Mandat verlor. Dort wählte
das nationalliberal-freisinnige Fabrikantentum mit besonderer Ge-
hässigkeit gegen uns und es scheint, nach den einstimmigen Beur-
teilungen unserer badischen Parteipresse, unsrerseits nicht alles gethan
worden zu sein, um diesen Angriffen, die sich natürlich in erster
Linie auch wieder auf die Dresdener Debatten stützten, ein Paroli
zu bieten. Gerade in Pforzheim hat der Bruderkrieg in unseren
Reihen unmittelbar vor den Wahlen die häßlichsten Formen an-
genommen, und das jetzige Wahlergebnis, das sogar einem absoluten
Rückgang unserer Stimmzahlen gleichkommt, ist nun die Quittung
dafür. Die badischen Parteigenossen werden diese Lehre zu beachten
wissen.

In den Landbezirken Weinheim, Schwegen-
Ladenburg und Ettlingen-Rastatt sind nur vereinzelte
Fortschritte zu verzeichnen, wogegen der Bezirk Karlsruhe-
Land, durch eine rege und systematische Agitations-
und Organisationsarbeit unserer karlsruher Genossen beträchtlich, sich sehr
gut gehalten hat. Die zahlreichen Industriedörfer haben
uns dort geradezu glänzende Ergebnisse gebracht, und nur
wenig fehlte, so hätte unser Kandidat Apffelker Luz die
absolute Mehrheit der Wahlmänner erhalten. So wird es am Tage
der Abgeordnetenwahl zu einem zweiten, vermutlich auch dritten
Gange kommen, bei dem unser Kandidat jedoch die besten Aus-
sichten hat.

Alles in allem: die badischen Landtagswahlen haben gezeigt,
daß unsere Partei durch die Dresdener Debatten und ihre dissonierenden
Nachklänge auf eine schwere Belastungsprobe gestellt wurde, und daß
es höchste Zeit ist, sie wieder zur Ruhe und Erholung kommen zu
lassen, der dann allenthalben eine intensive Arbeit nach innen, in der
Richtung der Vertiefung des socialistischen Gedankens in den großen
Massen unserer Anhänger, folgen muß. —

Deutsches Reich.

Konservative Polemik. Aus Marburg wird uns berichtet: Vor
der hiesigen Strafkammer wurde der Prozeß des Dr. Göffel von
der hiesigen landwirtschaftlichen Versuchsanstalt gegen den früheren
Redakteur der konservativen „Oberhessischen Zeitung“
Freiherrn von Wangenheim in der Berufungsinstanz verhandelt. Unter
dem 20. Juni, also kurz nach der Hauptwahl zum Reichstage, hatte
die „Oberhessische Zeitung“ eine Einhebung aus Wangenheims
bei Frankenberg gebracht, in der Dr. Göffel vorgeworfen wurde, er
habe, als er zum Zwecke einer Revision der landwirtschaftlichen
Versuchsfelder dort weilte, „diese amtliche Dienststelle, deren Anwesen
aus öffentlichen Mitteln bestritten würde, zu denen auch die
Landwirtschaftler besitzen müßte, dazu benutzte, um für Herrn
von Gerlach zu agitieren und Stimmzettel für Herrn von Gerlach
zu verteilen.“ Es wäre interessant, zu erfahren, ob er dies
vielleicht im amtlichen Auftrage gethan habe, da es doch sonst nicht
üblich sei, daß im Dienste befindliche Amtspersonen für Zwecke einer
bestimmten Partei agitieren.

In der von Dr. Göffel daraufhin angestrengten Verleumdungs-
klage wurde Hr. v. Wangenheim vom Schöffengericht zu 50 Mark
Geldstrafe verurteilt. Die Sache hatte sich nämlich wie folgt ver-
halten. Als Dr. Göffel in Wangenheims sich mit photographischen
Aufnahmen beschäftigte, trat ein Landwirt zu ihm, um ihm zuzusehen.
Ein Bekannter Göffels, der Kandidat der Theologie Anselm, der
sich bei ihm befand, begann mit dem Landmann ein Gespräch über
die bevorstehende Stichwahl. Letzterer meinte, er habe für Herrn
v. Poppenheim gestimmt, weil dies der Landrat so wolle, und die
Bauern konservativ wählen müßten, um nicht der Staatsbehörde ver-
pflichtig zu gehen, wenn sie mal einen Gemeindevorstand nötig hätte. Da
Dr. Göffel zufällig Stimmzettel aller Parteien bei sich hatte, ließ
sich Anselm einen Gerlach'schen von ihm geben, den er dem Land-
mann zur Stichwahl einhändigte.

Zu der Berufungsverhandlung wurde die Berufung verworfen
und in den Gründen ausgeführt, daß darin keine Verleumdung zu
erkennen sei, wenn bekannt werde, eine im Dienste befindliche Amts-
person habe für eine bestimmte Partei agitiert, denn es dürfe jeder
für seine Meinung frei eintreten, unbedenklich um Vorgefekte. Die
eigentliche Verleumdung liege darin zu erblicken, daß einem Beamten
vorgeworfen werde, er habe eine Dienstreise zur Wahlagitiation

benutzt und gewissermaßen öffentliche Gelder mißbraucht. Das sei
auch als eine an die Landwirtschaftskammer gerichtete
Denunziation anzusehen. —

Wahrheit gefährdet das Staatsinteresse!

Wegen Verleumdung der königlichen Bergwerksdirektion der
hiesigen Gruben im Saargebiet und ihres Vorsitzenden Geheimen
Bergrats Hilger hatte sich Ende voriger Woche der Redakteur Ludwig
Lehmann von der „Reinlichener Zeitung“, einem dem Centrums-
Abgeordneten Kaplan Dabach gehörenden Blatte, vor der Straf-
kammer in Saarbrücken zu verantworten. Der Angeklagte hatte
nicht weniger als siebenzig Zeugen geladen. Die Verleumdung
soll enthalten sein in einem Artikel, der nach der Reichstagswahl
erschien und worin die Staatsanwaltschaft den Vorwurf findet, daß
die staatlichen Grubenbeamten von ihrer vorgefekten Behörde, der
königlichen Bergwerksdirektion, veranlaßt worden seien, Arbeiter von
einer Betriebsstelle zur andern zu verlegen, oder daß Arbeiter gar
entlassen würden, um sie für ihre politische Haltung und vernünftige
Abstimmung (für den Centrums-Abgeordneten Fuchs) zu bestrafen.

Rechtsanwalt Krüsemann beantragte, daß Geheimrat Hilger
während der Vernehmung der Vergleute den Saal verlasse, da die
Zeugen sonst eingeschüchtert seien. Das Gericht lehnte dies ab, da
Direktor Hilger als Nebenkläger zur Anwesenheit berechtigt sei. Der
Angeklagte erbot sich, durch die Vernehmung der Zeugen den
Wahrheitsbeweis zu erbringen. Er wies auf die sich mit seinem
Artikel bedenkenden Angaben des gegen die diesjährige Wahl im
Wahlkreise Wittweiler-St. Wendel eingelegten Wahlprotestes
und auf die früheren wegen Wahlbeeinträchtigungen für ungültig erklärten
Reichstagswahlen im Saargebiet hin.

Geheimrat Hilger erklärte, durch die Wendung „von oben her-
unter“ erfolge die Anweisung zur Vernehmung der Vergleute, sei
die königl. Bergwerksdirektion getroffen; eine Anweisung, Verg-
leute zu kontrollieren und zu disziplinieren, sei nie von ihm aus-
gegangen. Rechtsanwalt Krüsemann fragt den Geheimrat Hilger: ob
es wahr sei, daß der frühere Bergwerksinspektor Adams deshalb
strafverurteilt worden sei, weil er nicht nach dem Wunsche
Hilgers für den nationalliberalen Kandidaten eintrat, und ob Hilger
nicht zu dem Inspektor gesagt habe, wenn er nicht für den national-
liberalen Kandidaten einträte, werde seine Strafverurteilung
erfolgen. Der Staatsanwalt beantragt, die Stellung dieser Frage
abzulehnen.

Der Vertreter der Bergwerksdirektion, Reichstags-Abgeordneter
Justizrat Volk, bestritt die Zulässigkeit der Frage, weil in dem
Artikel nur von der Verlegung von Vergleuten gesprochen werde.
Das Gericht beschloß später die Vernehmung des Inspektors, der
jetzt im weisfälligen Gebiet thätig ist.

Der Staatsanwalt beantragte, während der Vernehmung wegen
Gefährdung des Staatsinteresses (!) die Öffentlichkeit auszuschließen.
Die Verteidigung widerspricht energisch: Wenn die Behauptung
nicht wahr sei, so fürchte Rechtsanwalt Krüsemann aus, so habe
der Staat das größte Interesse, dies öffentlich festzustellen; sei sie
aber wahr, so liege es im öffentlichen Interesse, daß durch eine öffent-
liche Aussprache solche Vorkommnisse für die Folge unmöglich
würden. Das Gericht beschloß die Ausschließung der Öffentlichkeit
mit der Begründung, es könnten möglicherweise Dinge zur Sprache
kommen, die eine Gefährdung der Disziplin der Arbeiter und Beamten
und damit wegen der großen Zahl der Arbeiter und Beamten eine
Gefährdung des Staatsinteresses besorgen ließen.

Als der Zeuge Obersteiger Lämmert aufgerufen wird, wider-
spricht Geheimrat Hilger dessen Vernehmung: diesem Beamten sei
von der lgl. Bergwerksdirektion nicht die Erlaubnis, vor Gericht aus-
zusagen, erteilt, da die unter Beweis gestellten Angelegenheiten unter
das Amtsgeheimnis fielen. Geheimrat Hilger meint, es sei richtiger,
bei jedem Beamten, wenn er als Zeuge aufgerufen wird, zu fragen,
ob er aussagen dürfe. Es wird festgestellt, daß außer Herrn Hilger
selber und dem Inspektor Adams nur noch drei Beamte die Erlau-
bnis haben, auszusagen. Bierzehn Beamte dürfen nicht auszusagen;
mit Ausnahme des Grubendirektors Dietrich, hat der Nebenkläger
Geheimrat Hilger selbst allen diesen Beamten die Genehmigung zum
Auszusagen verweigert.

Bei der Vernehmung des Obersteigers Hellbrück erklärt Ge-
heimrat Hilger: Hellbrück habe nur zur Ausfrage über die zwei
Punkte, die auf der Ladung stehen, die Genehmigung zum Auszusagen;
auf andre Fragen dürfe dieser Zeuge keine Antwort geben. Der
Zeuge Hellbrück wird gefragt, ob bei der Reichstags- und Nachwahl im
Jahre 1901 aus Anlaß der Wahl Verlegungen vorgekommen sind. —
Geheimrat Hilger erklärt: Zur Beantwortung dieser Frage hat
der Zeuge keine Genehmigung! — Rechtsanwalt Krüsemann fragt
den Zeugen Obersteiger Bigger, ob ihm amtliche Verweigerung
über die Verlegungen auferlegt sei. — Geheimrat Hilger erklärt:
Auch zur Beantwortung dieser Frage habe der Zeuge keine Ge-
nehmigung.

Daß unter solchen Umständen es ausgeschlossen war, daß der
Angeklagte den Beweis erbringen konnte, daß „von oben herab“
irgend etwas geschähe sei, ist selbstverständlich. Es konnten infolge-
dessen nur Vergleute aussagen, die von Anweisungen an die
Beamten natürlich nichts wissen können. Die Vergleute bekundeten in
großer Zahl, daß sie wegen ihres Eintretens für die Centrums-
partei strafverlegt, im Lohne gekürzt und auf allerlei Art diszipliniert
worden seien. Mehrere Vergleute bekundeten, daß die Steiger und
Obersteiger direkt gesagt haben, daß die Schädigungen aus Anlaß
der Reichstagswahl geschähen.

Es ist klar, daß manche Zeugen nicht recht mit der Sprache
heraus wollen. Es seien hier zwei Fälle aus der großen Zahl
herausgegriffen:

Bergmann Obri sagt aus: Der Hilfssteiger Schmidt habe nach
der Wahl zu ihm gesagt: Sie haben Fuchs (den im Saar-Wahl-
kreise Wittweiler-St. Wendel, dem früheren Stimmhosen Wahlkreise,
gewählten Centrumsmann) gewählt. Sie sind beobachtet worden,
wie sie den Fettel für Friehe (der nationalliberale Kandidat Ober-
bergrat Friehe) in die Tasche stecken und hinter dem Joliertkasten
einen andern Fettel in das Couvert thaten! Dafür habe ich gesagt,
daß Sie keine Unterstützung erhalten. Ein anderer Zeuge bestätigt
diese Aussage. — Bergmann Vades sagt, daß der Grubenaufseher
Vach in Bezug auf die Wahl des Centrums-Abgeordneten Fuchs
gesagt habe: Die Leute müssen vernagelt sein; die Abteilung
werde schon sehen, was es gebe. Kurz darauf seien die
vier alten Leute in die Kasse gelegt worden und vier junge
Leute an ihre Stelle gekommen. Diese Arbeit sei viel schwerer und
die Hitze in dem Flöz beinahe unerträglich. — Geheimrat Hilger
bemerkte unter andern, daß die Blätter des Abgeordneten Dabach
wegen ihrer Angriffe auf den Oberbergrat Bigger nachträglich auf
sämtlichen königlichen Gruben verboten worden sind.

Die Verhandlung endete mit der Verurteilung des angeklagten
Redakteurs Lehmann wegen Verleumdung der königlichen Bergwerks-
Direktion und ihres Vorsitzenden Geheimrat Hilgers in zwei Fällen
zu zusammen 500 M. Geldstrafe. Die Begründung des Urteils
liegt nicht vor. —

Ein Gerichtsverfahren wie das oben geschilderte sollte man selbst
im Königreich Stumm nicht für möglich halten. Während im Militär-
strafprozeß die Öffentlichkeit eingeschloffen ist, wird in einem bürger-
lichen Prozeß die Öffentlichkeit ausgeschlossen, in dem es sich einfach
um die Feststellung handelt, ob die Bergbehörde einen unzulässigen

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

26. Sitzung vom Donnerstag, 5. November 1908, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung gegen 1/2 8 Uhr mit einem von der Versammlung stehend angehörten Ausruf für den heute beerdigten Professor Theodor Wommsen, dessen Bedeutung als Gelehrter, als Geschichtsforscher und als Politiker er in längerer Ausführung geredet zu werden versucht.

Auf Anregung des Stadtv. Kellmann nimmt Vorsteher Stellvertreter Nischelot Anlaß, den von langer Krankheit wieder hergestellten Vorsteher namens der Versammlung aufs herzlichste zu begrüßen. (Lebhafter, wiederholter Beifall). — Der Plag des Vorstehers auf dem Präsidium wird mit einem Blumenstrauß geschmückt. In den Ausschuss für die Vorlage betreffend die anderweitige Vergebung der Gestellung der Aktienwagen sind u. a. die Stadtv. Augustin und Ramlow (Soc.) deponiert worden.

Von der Rechten ist ein Antrag Nathan eingebracht: Die Versammlung beschließt, den Magistrat um Auskunft zu ersuchen, ob es zutreffend ist, daß

1. der von der Krankenhäuser-Deputation gestellte Antrag auf Vereinstellung der Mittel zu der dringlich notwendigen Erweiterung des Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinder-Krankenhauses vom Magistrat aus finanziellen Gründen abgelehnt worden ist, sowie, daß

2. der seitens der Krankenhäuser-Deputation gestellte Antrag auf sofortige Errichtung einer Station für Geschlechtskranke von 130 Betten im Krankenhaus Moabit unter Leitung eines Spezialisten gleichfalls vom Magistrat abgelehnt worden ist.

Ein Antrag gleicher Tendenz der Alten Linken (Landau u. Gen.) unterscheidet sich vom Antrag Nathan nur dadurch, daß er ganz allgemein Auskunft über die Gründe der Ablehnung verlangt.

Stadtv. Nathan (N. L.): Die Behandlung von Krankenhäuser-Angelegenheiten pflegt hier häufig eine Art *senatoria* hervorgerufen, so daß die Beschäftigung damit nicht gerade zu den Annehmlichkeiten gehört. Ich werde meinerseits nur die Frage der Kinder-Krankenhäuser-Pflege besprechen. Es handelt sich für uns gar nicht um die Frage der Zentralisation oder Decentralisation der Kinder-Krankenhäuser, wie eine Anzahl von Interpellationen mit Professor Heubner und andern vermuten lassen könnten, sondern bloß um die Frage, ob der Zustand des in unserem Antrage erwähnten Kinder-Krankenhauses so bleiben soll wie bisher, oder ob ein Fortschritt gemacht werden soll. Redner wirft einen Rückblick auf die Geschichte des Kinder-Krankenhauses, wobei er namentlich die Verengung des Saales aus dem Jahre 1901 hervorhebt, daß die Uebernahme eine Steigerung der Kosten und eine Erweiterung der Vorkosten im Gefolge haben werde. Schon Ende März d. J. sollte dann auch schon ein Bauplan vorgelegt werden; diesen habe die Versammlung aber noch heute nicht in Händen. Die Krankenhäuser-Deputation habe die Inangriffnahme des Baues beantragt, der Magistrat diesen Antrag abgelehnt. Das Krankenhaus sei als Torso übernommen worden; der Ausbau sei außerordentlich dringend; es händen 100 000 M. dafür im laufenden Etat. Schon 1902 seien 370 Kinder wegen Platzmangels abgewiesen worden, in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres 765! Dazu seien die Aufnahmebedingungen aufs äußerste verschärft worden, die Ueberfüllung wäre sonst noch größer gewesen. Die Wärterinnen seien in bedenklicher Weise untergebracht, die Veranden befänden sich in einem Zustande, der wahrhaft nach Abhilfe schreie. Aus welchen Gründen ist der Bau hinausgeschoben worden und wie lange soll er hinausgeschoben werden? Man wolle ja auf die finanziellen Schwierigkeiten verweisen. Aber diese bestanden schon im Frühjahr, wo der Magistrat „demnächst“ eine Vorlage zu machen versprochen. Versammlung und Bürgerchaft haben ein Recht, die Gründe der Verzögerung zu erfahren.

Stadtv. Cassel (N. L.): In der Mitte meiner Fraktion bestehen gegen eine Vergrößerung des genannten Kinder-Krankenhauses nach der Richtung, daß es mehr Kranke aufnehmen kann, Bedenken; wir würden eine größere Decentralisation, welche in allen Stadtteilen die Kinder-Krankenhäuser erleichtern würde, durchaus vorziehen. Unsere Anfrage soll daher einen solchen Sinn nicht haben; abgesehen davon aber stimme ich den Ausführungen des Vorredners durchaus zu. Wir wünschen auch Auskunft über die Errichtung, daß in einzelnen Pavillons eine auffällige Leere vorhanden gewesen ist.

Stadtv. Professor Landau (N. L.): Wortworte sollen dem Magistrat mit unserer Interpellation keineswegs gemacht werden, wir wollen lediglich sachliche Klärung erlangen. Ueber die Bedeutung der Geschlechtskrankheiten hat man bis in die neueste Zeit sich allzu harmlosen Anschauungen hingeeben; die Wissenschaft hat erwiesen, daß auch der Kreis derer, welche dafür nichts können, daß sie diesen verurteilenden, das Individuum wie die Gesamtheit gleichmäßig schädigenden Krankheiten verfallen, außerordentlich groß ist. Die statistischen Ermittlungen des verdienten Hofrats sprechen eine nur zu berechtigte Sprache. Die Schwängungen variieren zwischen 10 000 und 30 000 Geschlechtskranken. Die dafür gebotene Krankenfürsorge präsentiert sich dagegen wirklich kümmerlich. Während die Zahl der Geschlechtskranken zugenommen hat, ist die Zahl der in den Krankenhäusern behandelten Fälle zurückgegangen, ist das System der Abwimmeln dieser Kranken immer vollständiger ausgebildet worden. Dazu kam, daß die verheerliche Krankheits-Geißelung die Geschlechtskranken von der Fürsorge ausschloß. Das ändert sich mit dem 1. Januar; die Krankenfürsorge wird von 13 auf 20 Wochen im Minimum verlängert und auch auf die Geschlechtskranken ausgedehnt. In Berlin liegen die Verhältnisse besonders übel. Die Prostituierten sind gut daran, denn der Staat hat sich ihrer angenommen und zwingt die Kommunen, sie aufzunehmen! Aber kann man verheirateten anständigen Frauen zuzumuten, sich an die Hilfsstation für geschlechtskranke Frauen im Osdorfer zu wenden. Die übrigen Krankenhäuser sind aber bis auf die 30 Betten in Moabit den Kranken Frauen verschlossen. Zum 1. Oktober sollen noch 20 im Urban zur Verfügung gestellt werden. Was will das sagen gegenüber dem Bedarf? In zwei Wochen hat allein die Charité 102 Geschlechtskranke abgewiesen! Jeder Fall derart muß ja in der Bevölkerung geradezu wie die Pest weiterwirken. Die Deputation hatte aus diesen Erwägungen mit großer Mehrheit die Vereinstellung von weiteren 130 Betten in Moabit beantragt, um wenigstens provisorisch Abhilfe zu schaffen. Diesen Antrag und zwei weitere hat der Magistrat abgelehnt. Daß nicht die jüngsten Volontärärzte die Behandlung übernehmen, müssen wir ebenfalls verlangen, daher der Antrag wegen des Spezialisten. Unsere Anträge scheitern gescheitert zu sein, weil die dirigierenden Ärzte in Moabit nicht wollen; diese kann ich aber nicht für uns befragen ansehen. (Lurche.)

Stadtv. Straßmann: Der Magistrat hat den Ausbau des zu Krankenhaus aus finanziellen Gründen als zur Zeit unausführbar abgelehnt. (Große Lurche.) Die erste Rate von 850 000 M. müßte auf den Etat von 1904 übernommen werden und dazu ist unsere Finanzlage nicht angethan. (Widerspruch; Auf: Unglaublich!) Die Klagen in der Presse über den Zustand der Veranden sind übertrieben und zum Teil gegenstandslos. Auch die angeführte Zahl der Abweisungen ist keineswegs authentisch. Der Ausbau wird natürlich, sobald es irgend geht, erfolgen; Erwägung darüber, ob der Erweiterungsbau im geplanten Umfang erfolgen kann, muß vorbehalten werden, schon mit Rücksicht auf die geplante Decentralisation.

Stadtv. Weigert: Auf die zweite Frage der Anträge kann ich nur wiederholen, was die Mitglieder der Krankenhäuser-Deputation längst wissen: Die 130 neuen Betten in Moabit, die mit allgemein Kranken belegt werden sollen, können, zumal jetzt, wo wir dem Winter mit seinen stärkeren Anforderungen an die Belegung entgegengehen, unmöglich für die Geschlechtskranken reserviert werden, wenn nicht wieder die Zustände eintreten sollen, die im vorigen Winter zu so lebhaften Klagen über Abweisungen, Ueberfüllungen usw. geführt haben. Wo sollen wir mit den anderen

500 gegen 16 Stimmen angenommen. Es steht zu hoffen, daß diese einstimmige grenzende Mehrheit den Senat veranlassen wird, nunmehr dem Gesetz beizutreten. —

Italien.

Das neue Ministerium

erfreut sich, wie schon kurz mitgeteilt, keineswegs des Vertrauens der italienischen Genossen. Namentlich der „Avanti“ ist in schärfster Form gegen eine Anzahl Mitglieder des neuen Ministeriums vorgegangen. Besonders richten sich die Angriffe des italienischen Centralorgans gegen den Finanzminister Rosano und den Minister des auswärtigen Littoni. Beide sind von den berüchtigten Bankandalen her noch sehr schwer belastet. Rosano soll von Giolitti deshalb zum Finanzminister gemacht worden sein, weil er ihm 1893 bei der „Banca Romana“-Affaire als Unterstaatssekretär gute Verwaltungsdienste geleistet habe. Littoni soll sich als Verwaltungsrat der „Immobiliare“ tief in den Grundschnur eingelassen haben. Auch soll er als Präses in Neapel den Senator Saredo in seiner Enquete gegen die Camorra nur höchst unzulänglich unterstützt haben. Aus diesen Gründen brandmarkte der „Avanti“ das Ministerium Giolitti als „Palazzo-Ministerium“.

Giolitti hat gleichwohl verübt, das gegen ihn und sein Ministerium herrschende Mißtrauen durch einige dekorative, aber in Wirklichkeit wenig oder nichts bedeutende Kundgebungen zu beschwichtigen. So hat er den Präfekten seinen Regierungsantritt in einem Rundschreiben angekündigt, worin er von den politischen Beamten die Achtung aller Freiheiten, den Schutz aller bürgerlichen Rechte fordert und ihnen jedwede Einmischung in das Getriebe der lokalen Interessen und Parteien verbietet, solange es den Staatsgesetzen nicht widerspricht. Gleichzeitig erwartet der Minister von den Präfekten die strengste Handhabung der Gesetze über die Verwaltung der Gemeinden, Provinzen und frommen Stiftungen zum Wohle der Geringen und Armen. Der „Avanti“ sagt, das Rundschreiben werde unbeachtet bleiben, weil es nur tönendes Erz sei und die Beamten recht wohl wissen, daß es bloß den Zweck hat, die Opposition und öffentliche Meinung zu täuschen. Auch Turati sagt, Giolitti habe die Demokratie getäuscht, sein Kabinett sei der höchste Ausdruck der politischen Unaufrichtigkeit, ein feines persönliches Wertes und Könnens unwürdiges Werk, das sich auf das Centrum und die Rechte werde stützen müssen, um zu bestehen. —

Die zwei Tendenzen in der Partei. Der socialdemokratische Verein von Mantua hat dieser Tage eine Resolution angenommen, in welcher dem Kongreß vom 8. November empfohlen wird, eine Scheidung der Partei vorzunehmen. Für dieses Verlangen werden in der Resolution folgende Gründe aufgeführt: Die in der Partei vorhandenen sogenannten zwei Tendenzen führen zu Zerwürfnissen und Uneinigkeiten, durch welche jede energische Organisations- und Agitationsarbeit verhindert werde. Es beständen in der Partei in der That zwei Fraktionen, die sich principiell gegenüberstünden. Der eine Flügel, der der Reformisten entseht sich immer mehr von der socialistischen Aktion, um einestheils der republikanischen Partei zu folgen, andernteils sich den anarchistischen Methoden anzupassen. —

England.

Die Londoner Gemeinderathen (Borough Council), die am Sonntag stattfanden, haben mit einem günstigen Ergebnis für die Progressisten abgeschlossen. Sie gewannen zusammen mit der Arbeiterpartei — 174 Sitze und verloren davon nur 22. —

Rußland.

Ein russischer Waldarbeiter. Aus Petersburg wird gemeldet: Der Korpskommandant Schepelen richtete an das nach China abgehende Sussdal-Regiment folgende Ansprache: „Da böse Leute im fernem Osten uns das wegnehmen wollen, was wir blutig errungen haben, so schickt der Zar seine Soldaten dorthin, um im Notfall die Ehre des Heimatlandes zu verteidigen und zu verhindern, daß die Feinde ihre Pläne zur Ausführung bringen.“ —

Sociales.

Ein Beitrag zur städtischen Selbstverwaltung in Preußen.

An den Zuständen im städtischen Krankenhaus zu Raumburg a. S. war scharfe Kritik geübt worden, so daß sich die Stadtverordneten verpflichtet hielten, der Sache auf den Grund zu gehen. Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß, zu diesem Zwecke eine Untersuchungskommission aus ihrer Mitte zu wählen und den Magistrat zu ersuchen, eines seiner Mitglieder in die Kommission zu entsenden und ihr die Akten und Beschlüsse zur Verfügung zu stellen. Der Magistrat wollte darauf eingehen, sträubte sich aber dagegen, daß zur Verhütung des Krankenhaus ein Arzt Dr. Erhardt, der nicht der Stadtverordneten-Versammlung und nicht dem Magistrat angehört, hinzugezogen werde, was seitens der Stadtverordneten beabsichtigt wurde. Insofern erklärte der Magistrat den Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung für ungültig, weil sie nicht befugt seien, eine außerhalb der städtischen Körperschaft stehende Person zu der Untersuchung hinzuzuziehen. — Die Kommission beschloß, dennoch mit Herrn Dr. Erhardt das Krankenhaus zu besuchen. Darauf antwortete der Magistrat mit dem Beschluß, der ganzen Kommission den Zutritt zum Krankenhaus überhaupt zu verweigern. Die Stadtverordneten-Versammlung erhob Klage beim Bezirksauswärtigen und behauptete, der Beschluß des Magistrats sei unzulässig. Der Kommission könne nicht verweigert werden, in Gesellschaft des Arztes als Sachverständigen das Krankenhaus zu betreten. — Der Magistrat erwiderte, die Stadtverordneten könnten sich zum Untersuchungsrichter aufwerfen und in einer Weise Sentinellen üben wollen, wie es höchstens (1) der Aufsichtsbehörde (1) zuläße.

Der Bezirksauswärtigen zu Merseburg schickte den Beschluß des Magistrats außer Kraft und sprach aus, daß die Stadtverordneten-Versammlung eine derartige Revision des Krankenhauses vornehmen und auch einen außerhalb der städtischen Körperschaft stehenden Arzt als Sachverständigen hinzuziehen dürfe.

Der Magistrat legte Berufung beim preussischen Ober-Verwaltungsgericht ein und beharrte bei seinem Standpunkt.

Das Ober-Verwaltungsgericht gab denn auch der Berufung des Magistrats statt, hob die Vorentscheidung auf und erklärte den Beschluß des Magistrats mit folgender Begründung für berechtigt: „Der Beschluß der Stadtverordneten, in Gemeinschaft mit Herrn Dr. Erhardt das Krankenhaus zu besuchen, war zum mindesten in einem Punkte anfechtbar, und zwar insofern, als die Stadtverordneten zu ihrer Kommission eine außerhalb der Stadtverordneten-Versammlung und des Magistrats stehende Persönlichkeit hinzuzuziehen wollten. Nun ist aber der Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung als ein Ganzes aufzufassen, woraus folgt, daß der Magistrat den ganzen Beschluß aufheben konnte.“

Einseitige Beschlüsse sind nach der Praxis ganz aufzuheben, wenn sie in einem Teil ungültig sind.

Das Kennzeichnende an dem Vorgange ist die Meinung des Magistrats, einer aus Wahlen der Stadtverordneten hervorgehenden Selbstverwaltungsbeförderung, daß es gewissermaßen eine Annäherung der Stadtverordneten sei, über die Verwaltung städtischer Institute eine Kontrolle üben zu wollen, wie sie „höchstens“ der Aufsichtsbehörde zuzumane. Der Fall ist eine gute Illustration zu den Ausführungen des geistreichen Leitartikels. Unter den bestehenden gesetzlichen Umständen ist es kein Wunder, daß ein Magistrat die Stadtverordneten, die ihn eren gewählt haben, so von oben herab behandelt.

Einfluß auf die Reichstagswahlen geübt hat, ob sie Arbeiter wegen ihrer Abstammung für einen Centurionsmann drangsalirt hat. Das Staatsinteresse soll den Ausschluß der Öffentlichkeit rechtfertigen? Das Staatsinteresse erfordert in erster Linie, daß seine Organe die verfassungsmäßigen Rechte der Staatsbürger respektieren und schützen. Das Staatsinteresse wird aber aufs schwerste verletzt, wenn derartige amtliche Angriffe auf die Rechte der Staatsbürger gedeckt und verheißt werden. Und nun gar die Verweigerung der Aussage seitens der Vergewaltigten! Die Disziplin soll dadurch untergraben werden, wenn etwaige Berechtigungen aus Nicht kommen! Nein, die Disziplin wird von Grund aus zerstört, wenn ihre vernünftige Grundlage, die freie Einsicht jedes Einzelnen und das Vertrauen zur Rechtfertigung und Fähigkeit der übergeordneten Instanzen, zerrüttet wird.

Schließlich hat man den „Beleidiger“ gar noch bestraft, nachdem man es ihm durch Verweigerung der Zeugnisaussagen unmöglich gemacht hat, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Man sollte annehmen, daß das Reichsgericht wenigstens diese ungeheuerliche Beschränkung der Verteidigung nicht billigen wird. —

Zeugnisausweisung in Württemberg. Der Stuttgarter „Beobachter“ teilt mit: „Die Auffechen erregende Bestrafung des Redakteurs Carl vom Bahlinger „Engboten“ wegen Zeugnisausweisung haben wir mit dem Bedauern mitgeteilt, daß dieser Fall des Zeugnisausgewanges der erste in Württemberg sei. Das Erstaunen und Bedauern wird aber noch größer, wenn man den Sachverhalt kennt. Im März und Juni erschienen im „Engboten“ zwei Artikel gegen einen Mann in Jlingen, Oberamt Maulbronn, der im politischen Leben sich vorangehelt hatte. Der Oberamtmann von Maulbronn hatte ferner einen anonymen Brief mit der Anschuldigung gegen diesen Mann erhalten. Ende September brachte nun eine Scheuer nieder, in welcher derselbe Mann Vorwürfe untergebracht hatte. Und nun blieb es dem Scharfsm eines württembergischen Staatsanwalts, dem der Oberamtmann das Material geliefert hatte, vorbehalten, eine Kette von den Artikeln zum Brandfall zu ziehen: der mutmaßliche Brandstifter sollte der Artikel- und Briefschreiber sein! Daß eine stilkische Rechtschaffenheit zwischen Brief und Artikel nur im entferntesten vorliege, konnte nicht nachgewiesen werden. Da nun die Staatsanwaltschaft von sich aus keinen zweckmäßigeren und besseren Weg wußte, den Brandstifter aufzufinden zu machen, sollte der Redakteur das Redaktionsgeheimnis brechen und der Denunziant dessen werden, der ihm vertrauensvoll einen Artikel eingeleistet hatte! Der Redakteur als Geheimpolizist! Weil er sich aber weigerte, diese Funktion zu übernehmen — denn er kennt den Einsender als anständigen und unbescholtenen Mann — wurde er zu 10 M. Strafe verurteilt.“

Schamlose Wahlbeeinflussung wird bei den Stadtverordneten-Wahlen in Forst von bürgerlicher Seite betrieben. Die „Märkische Volksstimme“ veröffentlicht dieses Circular:

Forst i. L., den 2. November 1908.

P. P.

Hiermit bitten wir Sie ergebenst, Ihren angestellten, Buchhalter, Werkmeister, Wächter, Küstler u. c., welche die bürgerlichen Kandidaten der III. Abteilung,

- die Herren Kaufmann Gustav Müller,
- Schmidemeister Paul Weutner,
- Ackerbürger Robert Schlumber,
- Zeugmachermeister Paul Büschel

wählen wollen, am Donnerstag, den 5. d. Mts., möglichst bis 1/2 Uhr, Zeit zur Ausübung ihres Wahlrechts zu geben.

Wer keine Einladung vom Magistrat erhalten, kann nicht wählen. Das Schreiben ist zur Wahl mitzubringen.

Stimmzettel liegen bei, fehlende bitte schreiben zu lassen.

Vertraulich! Der Wahlausschuss der bürgerlichen Parteien.

Die Macher des Circulars wissen, wie gemein ihr Streich ist, denn sie hüten sich, ihre Namen darunter zu setzen. Das Bewußtsein der Gemeinheit hindert aber nicht die That. —

Kleinliche Chitane. Aus Baden schreibt man uns: Den Gerichten und Verwaltungscollegien ging ein Erlaß des Justiz- und Kultusministeriums zu, der sich mit den Rechtsanwälten befaßt, die ein Mandat als Landtags-Abgeordnete ausüben. Derselben wird für den Fall, daß sie während der Tagung der Kammer einen Stellvertreter in ihr Geschäftszimmer berufen, die Ausübung der Advokatur, sowohl die persönliche Vertretung der Klienten in Terminen als auch die Ausfertigung bezw. Unterzeichnung von Schriftstücken, untersagt. Da das halbe Duzend Rechtsanwalte, die dem heutigen Kammercollegium angehören, in den Reihen der Demokraten und Ultramontanen sitzen, ist wenigstens die alte national-liberale Regierungspartei außer Zweifel, vom „Ministerium der Geradheit“ nicht geschuhriegelt zu werden. Die Landgerichtsdirektoren, Landgerichtsräte, Amtsrichter, Staatsanwälte usw. bilden während ihrer Kammerthätigkeit nicht die Sorgenkinder der Regierung. —

Ausland.

Eine Republik Panama

ist auf dem Isthmus von Panama gegründet worden. Eine „revolutionäre Partei“ hat sich plötzlich aufgethan und die Lande von Panama für eine von Kolumbien unabhängige Republik erklärt. Die revolutionäre „Regierung“, als deren Haupt Oberst Barrera gilt, hat sich auch bereits nach Washington um Anerkennung des neuen Staatsgebildes gewendet. Und es ist sehr zu vermuten, daß die Vereinigten Staaten ihren Einfluß zu Gunsten der neuen Republik geltend machen werden, die bei ihrer absoluten Ohnmacht natürlich nur ein Werkzeug in der Hand Nordamerikas sein würde.

Kolumbien freilich wendet die schärfsten Mittel an, um die Unabhängigkeitspartei zu vernichten; es hat durch das Kriegsschiff „Boyota“ bereits die Beschießung Colons zur Niederwerfung der Aufständischen vornehmen lassen. Ein neueres Telegramm meldet:

New York, 5. November. Ein Telegramm aus Colon meldet: Die von dem amerikanischen Kanonenboot „Kashville“ gelandeten Matrosen sind wieder an Bord ihres Schiffes zurückberufen worden, da Oberst Torres, der Befehlshaber der Regierungstruppen in Colon, es übernommen hat, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Gestern Abend herrschte vollkommene Ruhe. Die Eisenbahnzüge verkehren ohne Unterbrechung. —

Frankreich.

Die Streikbewegung im Norden. Die Unternehmer von Arras haben nun endgültig jedes Schiedsgerichtverfahren abgelehnt; sie haben dies in einem Schreiben an den Präfekten mitgeteilt. Sie könnten, so heißt es darin, eine Erhöhung der Tarife zur Zeit nicht bewilligen, sie könnten nur versprechen, die Tarife von 1889 aufrecht zu erhalten. Im Frühjahr, wenn die durch das Gesetz Millerand-Collard vorgesehene 10stündige Arbeitszeit einzutreten habe, würden sie eine Erhöhung der Löhne für die männlichen Arbeiter in Erwägung ziehen. Diese Beschlüsse der Unternehmer bedeuten die Fortführung des Streiks, denn die Arbeiter werden sich mit diesen vagen Versprechungen nicht zufriedengeben. Tausend hat dem Minister-Präsidenten mitgeteilt, daß er um Freiheit der Regierung über die Situation im Streitgebiet, wie sie durch die Ablehnung eines Schiedsgerichts durch die Unternehmer geschaffen worden ist, interpellieren werde. —

Das Gesetz gegen die Privat-Stellenvermittler ist im wesentlichen nach den Vorschlägen der Kommission für Arbeiterfragen angenommen worden. Der sozialistische Abgeordnete Contant (Guesdist) verlangte die sofortige und entschädigungslose Aufhebung der Bureaus. Die Mehrheit entschied sich aber für den Entwurf der Kommission, wonach innerhalb 5 Jahren die Stellenvermittler gegen eine bestimmte Entschädigung abzulösen sind. Den Gemeinden ist durch das Gesetz das Recht gegeben, die Stellenvermittlungs-Bureaus sofort aufzulösen. Das Gesetz wurde schließlich mit der wohl seltenen Majorität von

Kranken hin? Kann der Magistrat Betten aus der Erde stampfen oder sich ein Krankenhaus auf der flachen Hand wachsen lassen? (Heiterkeit.) Moabit mit seinen offenen Baracken speziell ist gerade am wenigsten für Syphilisstrafe geeignet. Den Angriff auf die Direktion Moabit muß ich aufs nachdrücklichste zurückweisen. Die Gefahren der Geschlechtskrankheiten haben wir schon vor Herrn Professor Landau erkannt; im Rudolf Virchow-Krankenhaus sind 500 Betten für Geschlechtskranke vorgesehen. Aber auch jetzt schon steht es keineswegs so schlimm, wie es Herr Landau darstellt. Unter andern ist die Station im Asyl schon erweitert worden und soll noch mehr erweitert werden.

Stadtv. Koblentz (Soz.): Heute tragen die Magistratsvertreter die gewohnte Entlastung nicht zur Schau, die sonst austritt, wenn Krankenhäuser hier debattiert werden; sie haben heute einen Kosthaud zugeföhrt müssen. Wenn das Krankenhaus in der Seestraße fertig sein wird, wird es ja vielleicht für den Augenblick genügen; das dauert aber noch einige Jahre und inzwischen ist Berlin gewachsen und sind die Ansprüche weiter gesteigert und die Malaria ist dann vielleicht ebenso groß wie heute. Auf die Gefährlichkeit der Geschlechtskrankheiten gehe ich nicht ein, weil ich annehme, daß das Verständnis dafür auch ohne große Vorlesungen bei Ihnen und beim Magistrat zu finden ist. Schon 1893 gab die Gewerbe-Deputation den Krankenkassen Bericht von einem Ministerialerlaß, der auf die Notwendigkeit der Krankenhausbehandlung der Geschlechtskranke hinwies, und forderte die Kassen auf, die Statuten entsprechend zu ändern. Die Mehrzahl der Krankenkassen hat diese Anregung auch beherzigt, trotzdem das Gesetz die Kassen dazu nicht zwang. Konsequenz folgt daraus, daß auch Anstalten da sein müssen, die Kranken aufnehmen; diese Konsequenz hat der Magistrat aber nicht gezogen. Der Neubau der Charité — die Petition des Vereins zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten weist darauf hin — hat zahlreiche Betten dieses Krankenhauses diesem Zwecke entzogen. Auch die städtische Station ist nur ein Nothbehelf, der event. später verschwindet. Die Krankenstation des Obdach ist allen Beteiligten unhygienisch, den Kranken, wie denjenigen, die sie dahin schicken sollen. Diese Station hätte längst verschwinden müssen und an irgend einer andern Stelle hätten entsprechende Vorkehrungen getroffen werden sollen. Diese Einrichtung reicht auch nicht entfernt für den Bedarf; die Klagen sind immer größer geworden. Die Zahlen, die aus dem Schlächter- und Bädergewerbe vorliegen, sind erschrecklich. Diese Zustände sind doch äußerst beunruhigend. Väter und Schlichter wohnen meistens im Logis bei ihren Weibern; ins Krankenhaus werden sie wegen Platzmangels nicht aufgenommen; manche sind von drei oder vier Krankenhäusern und Privatkliniken abgewiesen worden! (Hört! hört!) Welche schwere Verantwortung nimmt der Magistrat auf sich, wenn er hier nicht schleunigt für Abhilfe sorgt! Kechnig liegen die Dinge bei den meisten andern Kassen. Die Kranken müssen sich ambulatorisch behandeln lassen, und zu welchen Verschleppungen und Ansteckungsgefahren das führt, brauche ich wohl hier nicht ausdehnen zu lassen. Bei der Orts-Krankenkasse der Richter waren 1840 syphilitische Erkrankte, von denen nur eine einzige Zahl im Krankenhaus behandelt worden ist. Diese Dinge können dem Magistrat auch garnicht unbekannt geblieben sei. Was heute gesagt wird, kann uns auch nicht erheblich beruhigen. Die Krankenstation im Asyl will man erweitern, obwohl diese Station ohnehin sehr in Verruf steht! Aus den Kreisen der Krankenkassen ist die Forderung erhoben, ein eigenes Krankenhaus für diese Kranken zu errichten. (Anruhe; Aufse: Das mögen die Krankenkassen machen!) Dazu sind die Krankenkassen nicht da, dazu ist die Gemeinde da. Die Kassen können auch solche Mittel nicht aufwenden. (Zuruf des Stadtv. Sachs: Wir auch nicht!) Natürlich, Sie werden lieber die Stadt und die Einwohner verschonen lassen, ehe Sie an die Sache herangehen. (Lebhaftes Bravo!) bei den Sozialdemokraten.) Ich setze aber voraus, daß trotz Herrn Sachs die Mehrheit und der Magistrat mit uns an die Abhilfe gehen werden. Es muß Wandel geschaffen und ein andres Tempo in dieser Frage eingeschlagen werden.

Stadtv. Freudenberg (Soz.): Kollege Rathen hat in geradezu glänzender Weise die Notwendigkeit des Ausbaus des Kinder-Krankenhauses dargelegt. Herr Stadtrat Straßmanns langer Rede kurzer Sinn war der: Die Finanzen erlauben den Ausbau jetzt nicht. Das muß man festhalten (Sehr gut!); Berlin darf nicht so handeln wie ein Bankrotteur vor dem Zusammenbruch, das hat den Herren unser Kollege Singer schon einmal zugerufen. Herr Straßmann zieht die Zahl der Abweisungen in Zweifel; er wolle sich doch an die Angaben erinnern, welche der Kinderarzt Dr. Neumann in seinen Veröffentlichungen über die städtischen Krankenhäuser auch von dem Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Kinderkrankenhaus gemacht hat. Es kommt hinzu, daß der Magistrat ganz ähnliche Zahlen für den baldigen Ausbau dieses Krankenhauses gegeben hat durch die Herren Straßmann und Oberbürgermeister Kirchner und zwar schon 1901. (Redner verliest den betreffenden Passus.) Solche Verprechungen pflegt man sonst als bindend anzusehen; ich weiß nicht, ob jetzt Herr Kirchner die Putschische Deutung des Bekannten „sofort“ für sich reklamieren will. In den Baracken steht es doch so, daß sich jeder in Acht nehmen wird, daß ihm nicht ein Stück von der Decke dort auf den Kopf fällt, wenn er eintritt. Graf Drühl hat einmal von den ostenpreussischen Schulpalästen gesprochen; wenn es so weiter geht, wird man vielleicht auch von „Berliner Krankenhauspalästen“ sprechen. (Große Unruhe und Zustimmung.) Es ist nicht unsere Schuld, daß der Posten in der Anleihe fehlt; das liegt beim Magistrat. Wenn man sich 228 Millionen bewilligen läßt, kommt es auf eine Handvoll Noten, auf 850 000 M. mehr wirklich nicht an. Weht es daraus nicht, so mag er doch abermals um eine Anleihe einkommen; sie wird ihm vielleicht in kürzerer Zeit als die erste bewilligt werden. (Zustimmung.) Stadtrat Weigert hat gemeint, es sei niemals ein Gehl daraus gemacht worden, daß bezüglich der Krankenhäuser in Berlin ein Kosthaud herrscht. Da irrt sich Herr Weigert doch; er braucht nur die Protokolle dieser Versammlung anzusehen; sieht doch auch jetzt neben Herrn Weigert im Magistrat ein früherer Stadtratsmitglied, der als solcher die Ueberfüllung der Krankenhäuser als Märchen bezeichnete! (Sehr richtig! und Hört! hört!) Die Zahl der Betten im städtischen Obdach ist nicht 400, sondern bloß 200; auch im laufenden Etat sind bloß 330 Betten angegeben.

Stadtv. Sachs (A. L.): In diesem allgemeinen hygienischen Tammel (Große Unruhe) ist es sehr leicht, auf die Verwaltung zu schimpfen, aber niemand sagt, wie es besser gemacht werden kann. Das Kinderkrankenhaus ist ein so eigenartiges „Bijou“, daß man es heute nicht mehr gründen würde, wenn es nicht bestände; das Geld ist da einfach „verrammelt“ worden, denn ein „Bijou“ können sich nur Millionäre leisten. (Heiterkeit.) Die Diphtherie- und Scharlach-baracke haben thatsächlich fast leer gestanden, und das Personal hat mehr gekostet als die Kranken. Der Kostensatz ist hier pro Kopf beinahe doppelt so groß als der für Erwachsene in den andern Krankenhäusern. Da mußte der Magistrat sagen: Bis hierher und nicht weiter! Er hat übrigens die Baracken keineswegs verlassen lassen. Von den 700 Abgewiesenen weiß der Magistrat nichts. (Zuruf: Der weiß überhaupt von nichts! Heiterkeit.) Von den 240 Betten sind nur 100 besetzt; wo ist da die Notlage? Ich leugne sie. Ein solches Haus zu bauen erlauben uns unsere Mittel nicht. Für Geschlechtskranke sind die Moabiter Baracken nicht der Ort. Was sollen sie auch nützen für die 30 000 Syphilitischen, von denen heute die Rede war? Da machen Sie lieber über ganz Berlin ein großes Netz und übertragen Sie jedem Arzt die Behandlung und nennen Sie das syphilitische Station! (Heiterkeit.) Die Rede schließt mit einer Bemerkung über die Pauschalität der Baracken im Kinder-Krankenhaus.

Stadtrat Weigert: Nach dem letzten Rapport sind im Obdach 410 Betten für Geschlechtskranke verfügbar. Ich habe meinerseits nie aus dem Umstände ein Hehl gemacht, daß wir im Krankenhaus-Neuen mit schwierigen Zuständen zu kämpfen haben.

Stadtv. Nathan polemisiert gegen den Stadtv. Sachs. In dem „Tammel“ habe sich bis zum April die ganze Versammlung mit

dem Magistrat befunden. Herr Sachs wolle die Ober-schwester hinauswerfen, die nicht rechtzeitig Meldung erstatte, wenn sich an einer Barackende eine Studplatte lodert; ja, auch den dirigierenden Arzt wolle er hinausjagen, wenn der dann seine Pflicht nicht thue. Das seien doch russische Methoden, und eine Garantie gäbe auch diese Methode der Verhinderung des Herabfallens des Studs nicht. (Große Heiterkeit.) Redner resapituliert nochmals alle Erklärungen und Zusagen des Magistrats, sowie die mildernden Umstände für denselben, und spricht sich schließlich für Ausschuhberatung aus.

Stadtrat Geh. Rat Straßmann: Die Baracken können sich thatsächlich noch einige Zeit halten. Die Stadt hat das Krankenhaus in sehr desolaten Zustände übernehmen müssen. (Hört! hört!) Der Magistrat lehnt ja nur „zur Zeit“ den Ausbau ab, weil heute im Etat ein Defizit besteht.

Stadtv. Kassel plaidiert nach dem ganzen Gang der Debatte für Ausschuhberatung und protestiert mit dem höchsten Brüllen der Ueberzeugung gegen die „Uebertreibungen“ des Dr. Freudenberg, die das Kind mit dem Bade ausschütten, deutet auch an, daß man event. die Gelder der Krankenkassen für den Bau von Krankenhäusern nutzbar zu machen sich bemühen werde.

Stadtv. Landau tritt insbesondere für die Person des vom Stadtv. Sachs so schmähsch angegriffenen Direktors Baginsky ein und schließt sich dem Antrag auf Ausschuhberatung an.

Stadtv. Freudenberg bemerkt gegen den Stadtv. Kassel, daß er vergleichsweise von „Krankenhauspalästen“ im Zusammenhang mit dem Zustande der Baracken gesprochen und gelagt habe, wenn es so weiter gehe, dann werde man zu Krankenhauspalästen nach Art der östlichen Schulpaläste des Grafen Drühl kommen. Gegenüber dem Vorschlag des Magistrats auf die Geldfrage habe Herr Kassel fähigste Objektivität bewahrt. Die Forderung, die Krankenkassen sollten Krankenhäuser bauen, widerspreche dem geltenden Gesetze, wonach diese Vorlast den Gemeinden obliegt, und sei zuminsten schlimmster Sorte. Die Keuherung des Herrn Sachs über die Oberwärterin und den Direktor habe die Kritik des Herrn Nathan durchaus verdient. Die Humanität des Herrn Sachs steht jedenfalls in seltsamem Kontrast zu der Thatsache, daß er alle unsere Anträge ablehnt, sie mögen noch so humaner Tendenz sein; vielleicht gehört er zu den unglücklichen Menschen, die rot nicht sehen können. (Heiterkeit.) Herr Sachs hat mit seinen Ausführungen Heiterkeit geerntet. Die Hervorhebung des großen Projektjahres der Sterblichkeit beim Kinder-Krankenhaus ist so unberechtigt wie möglich angesichts des besonderen Krankenhauses.

Stadtv. Hoffmann (Soz.): Die Angaben des Stadtrats Weigert über die Belegung im Obdach mußten mich bisig stutzig machen, denn ich weiß da draußen doch auch etwas Bescheid. (Große Heiterkeit.) Ich bin daher sofort zum Telephon gegangen und zwar in Begleitung von Zeugen — wenn man mit dem Obdach zu thun hat, muß man immer Zeugen haben (Stillemische Heiterkeit) — da ist mir gesagt worden, es seien 130 Betten für Frauen und 120 für Männer vorhanden. Ich ging nachher noch einmal hin, nachdem der Herr Stadtrat eben gesprochen hatte und da wurde mir abermals gesagt: es sind 130 und 120 Betten verfügbar, diese sind sämtlich besetzt und heute haben zwei Frauen und zwei Männer abgewiesen werden müssen. (Bezeugung.) Hiernach überlasse ich die Ausführungen des Stadtrats Ihrem Urteil und dem Urteil der Öffentlichkeit.

Stadtv. Sachs glaubt noch besonders gegen eine mißverständliche Auffassung seiner Keuherung in betreff der Oberwärterin und des Direktors protestieren zu müssen, die ihm denunziatorische Gesäfte unterstiehe. „Wer mich zu einem Demuzianten stempelt, steht unter mir.“ Auch zittere er keineswegs vor dem roten Tuch.

Die beiden Anträge werden einem Ausschuh von 15 Personen überwiesen und unmittelbar darauf wird die Sitzung um 1/2 Uhr geschlossen. Die noch auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände bleiben unerledigt.

Zu der Angelegenheit der Geschlechtskrankenstation, ihrer Belegung und der angeblich „freien“ Betten geht uns noch spät die Nachricht zu, daß noch heute Nacht durch den Stadtratsordneten Hoffmann in Begleitung seines Kollegen Dr. Bernstein eine Revision vorgenommen wurde. Es stellte sich allerdings heraus, daß der telephonierende Beamte sich infoltem im Irrtum befand, als nicht 250 Betten sondern 310 vorhanden sind, da in den letzten Tagen, als man die sich meldenden Kranken gar nicht mehr unterbringen konnte, sogar die Kleiderkammer mit Betten belegt wurde. Die mit 45 Betten versehene Abteilung der Fürsorge-Erziehung überwiesenen geschlechtskranken Mädchen kommt gar nicht in Betracht, da dieselben nach dem Gesetz ganz isoliert gehalten werden müssen. Thatsache ist, daß alles heute überfüllt war und zwei Frauen und zwei Männer, welche sich zur Aufnahme meldeten, wie Genosse Hoffmann in der Sitzung feststellte, abgewiesen wurden und zwar wegen Ueberfüllung. Das Familien-Obdach, welches im selben Hause zwischen der Geschlechtskrankenstation eingepfercht liegt, wird von dieser immer mehr erdrückt. Die Zustände werden von Tag zu Tag unhaltbarer.

Verfammlungen.

Der Agitation für die Landtagswahl diente eine Versammlung, welche unsere Parteigenossen am Mittwoch in Arens' Brauerei in Moabit abhielten. Schon der äußerst zahlreiche Besuch — der geräumige Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt — zeugte dafür, daß das Interesse, welches unsere Parteigenossen den Landtagswahlen entgegenbringen, mehr und mehr steigt. Der Vortrag des Genossen Bogtger, der ein treffendes Bild von der reaktionären, arbeitserfindlichen preussischen Politik entrollte, wurde von Beifall und lebhaften Kundgebungen der Zustimmung oft unterbrochen. Ein weiterer Beweis dafür, daß die Arbeiter Berlins, soweit es an ihnen liegt, dazu beitragen werden, das reaktionäre Regiment in Preußen zu erschüttern und die Bahn frei zu machen für das siegreiche Fortschreiten unserer Partei. Der Referent ließ keinen Zweifel darüber und die Versammlung stimmte ihm auch darin rückhaltlos zu, daß wir bei diesen Wahlen die Reaktion, komme sie von junckerlicher oder von liberaler Seite, ohne Rücksicht zu bekämpfen haben. Es gilt, nur die eine Frage zu entscheiden: rechts oder links. Es gilt zu protestieren gegen Unrecht und Gewaltherrschaft und zu demonstrieren für Recht und Gerechtigkeit.

Die Steinfeker hielten am Donnerstagsabend bei Wille eine vom Gefellenauschuh einberufene Versammlung ab, die sich eines sehr starken Besuches erfreute. Zum ersten Punkte der Tagesordnung: Stellungnahme zur Lohnfrage pro 1904 und ff., wurde nach einem einleitenden Referate des Gefellenauschusses und längerer sehr sachlich und eingehend geführten Diskussion beschlossen, eine Erhöhung des Lohnes oder weitere Verkürzung der Arbeitszeit nicht zu fordern, dafür aber auf die Festsetzung eines Maximal-Arbeitsleistungstariers hinzuwirken und diesbezügliche Anträge an die beiden in Betracht kommenden Innungen zu stellen. Zur Begründung wurde darauf hingewiesen, daß heute die Anforderungen an die Arbeitsleistung bis zu 30 Proz. von einander abweichen. Die hohen quantitativen Leistungen gehen aber natürlich auf Kosten der Qualität vor sich. Als Grundlage des Tariers sollen deshalb nur die bei den soliden Firmen allgemein üblichen Arbeitsquantitäten in Betracht kommen. Es wurde dann eine fünfgliedrige Kommission zur Anarbeitung eines Tariers gewählt. Sodann nahm die Versammlung den Bericht des Delegierten zur Gewerkschaftskommission entgegen. Derselbe sowie die nachfolgenden Redner behandelten besonders eingehend die Aussperrung der Metallarbeiter und den Kampf in Grimmitzschau. Die Versammlung beschloß einstimmig, den Grimmitzschauer Textilarbeitern 1000 M. Unterstützung zu überweisen. Bezüglich der Berliner Metallarbeiter wurde — ebenfalls einstimmig — der Beschluß gefaßt, die Verwaltungskommission des Streikfonds zu ermächtigen,

denselben, falls der Kampf größere Dimensionen annehmen und es notwendig werden sollte, aus dem Streikfonds einen Betrag bis zu 10 000 Mark leihweise zur Verfügung zu stellen. Als Delegierter zur Gewerkschaftskommission wurde A. Knoll wiedergewählt. Nach dem dann noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Der Arbeiter-Sängerbund hielt am 25. Oktober in der Brauerei Friedrichshain eine Ausschuhung ab. Der Vorsitzende berichtete zunächst, daß das Berliner Tonkünstler-Orchester, Direktion v. Blon, zum Stiftungsfest am 5. Dezember engagiert ist. Auf Antrag des Vereins „Freie Liedertafel“ hat jeder der vier auszulosenen Vereine zwei Lieder zu fingen, da damit die Rezension eine tiefgehendere sein kann. Da einer der Kontrolleure sein Amt niedergelegt hat und zum Stiftungsfest die Arbeit derselben eine große ist, so regt der Vorsitzende eine Neuwahl an. Aus derselben ging der Vertreter des Vereins „Sorgenfrei“ hervor. Alsdann giebt der Delegierte von „Liederlust I“, Kottum, einen geschichtlichen Rückblick der letzten 25 Jahre, die seit der Gründung des Berliner Arbeiter-Sängerbundes verlossen sind. Er gedenkt mit Wärme aller jener Männer, die vor dem Sozialistengesetz den Bund geleitet und dirigiert haben, bis dieses Gesetz auch dem Arbeiter-Sängerbund seinen Lebensfaden unterband. Nach Erledigung einiger internen Bundesangelegenheiten ersucht der Vorsitzende die noch mit der Abrechnung vom Sängerkasse restierenden Vereine, dies bis zur nächsten Ausschuhung zu erledigen, da sonst diese Vereine dem Ausschuh bekannt gegeben werden.

Lichtenberg. Die Generalversammlung des Maßvereins wurde von dem Leiter derselben mit einem Rückblick auf die letzten 25 Jahre eingeleitet, in welchem derselbe die Hauptmomente der sozialistengesetzlichen Zeit vor der gut besuchten Versammlung Revue passieren ließ. Hierauf gab der Vertrauensmann, Genosse Seikel seinen Jahresbericht. An Einnahmen hatte dieser 2828,58 M., an Ausgaben 2357,84 M., so daß ein Bestand von 470,74 M. in das neue Geschäftsjahr übernommen werden kann. Die Parteibewegung am Orte spiegelte sich wieder in der Angabe, daß 19 öffentliche Versammlungen abgehalten wurden und 15 Agitationstouren auf die dem Orte zugestelltem Dörfer unternommen werden konnten. Zweihundert sechshundstebenzigtausend Flugblätter, 2800 Zeitungen „Die Fackel“ und 1300 Kalender waren neben sonstigen Proschüren und Handzetteln die Mittel, mit denen der nicht immer leichtsten Arbeit obgelegen wurde. Der Erfolg bei den Gewerbegerichtswahlen und bei den Wahlen zur Gemeindevertretung, ebenso der bei den Reichstagswahlen, zeigte aber auch, daß die geleistete Arbeit und die aufgewandten Mittel keine vergeblichen gewesen sind. Genosse Seikel wurde, nachdem Decharge erteilt war, einstimmig wiedergewählt.

In die Lokal-Kommission wurden Degenhard, O. Liesegang und Heffner gewählt, nachdem ersterer noch besonders auf die Spitze der beiden Lokale Rob. Schulze, Hohenströhenhausen und Paul Schwarz' Konzertgarten, Lichtenberg, Dorfstraße, hingewiesen hatte. Herr Schwarz sieht Arbeiter sehr gern als „Gäste“, nicht aber zu Versammlungen; da brachten diese ihm nur Schaden. Da sich die „Obere Gesellschaft“ des Dorfstraßenbezirks (Millionen-Viertel) abmüht, den braven Wirt für seinen „Rut“ den Arbeitern gegenüber zu entschuldigen, dürfte für die Berliner und Lichtenberger Arbeiterschaft erst recht keine Veranlassung vorliegen, den Wirt in den Geruch der „Arbeiterfeindlichkeit“ zu bringen und ihn dadurch zu schädigen. — In Revisionen wurden Lenz, Degenhard und P. I. gewählt. Der Kassierer, Genosse Weichflud, konnte vom letzten halben Jahr berichten, daß einer Einnahme von 1255,45 M. eine Ausgabe von 759,05 M. gegenüberstand und demnach ein Kassenbestand von 496,40 M. vorhanden sei. Unter den Ausgaben sind 200 M. an den Kreis und 300 M. an den Ortsvertrauensmann. Auch dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt und ihm vierteljährlich 2 M. Kantogeld bewilligt. — Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurden an Stelle des Genossen Karl Liesegang, der eine Wiederwahl ablehnte, Ebn. Liepe zum ersten und Seikel zum zweiten Vorsitzenden gewählt. W. Schulz wurde zweiter Kassierer, E. Weikl zweiter Schriftführer. — Die Bibliotheks-Kommission bedauert, daß von 700 Wahlvereinsmitgliedern aus der mit 286 Bänden ausgestatteten Bibliothek, die in der Parteipublikation, Kronprinzenstraße 50, aufgestellt und jeden Mittwoch und Sonnabend von 8—9 Uhr abends geöffnet ist, nur 83 Mitglieder insgesamt 106 Bände entliehen wurden. In die Bibliotheks-Kommission wurden Junter, Koffiol und Kopenhagen gewählt. — Die Zeitungskommission berichtete dann, daß der Abonnentenstand sich von 1230 auf 1750 gehoben habe, und daß mit Ausnahme der leider händigen Klagen über zu späte Lieferung des „Vorwärts“ die Kommission sich auf die Revision des Parteigeschäftes beschränken konnte. Gewählt wurden die Genossen Kette, Wachs, Lenz und Weikl. — Der Antrag, den Vorstandsbeschluß betreffend den Ausschuh des Mitgliedes Aubert wegen Streikbruchs aufzuheben, verursachte eine längere Diskussion, die mit Ueberweisung der Angelegenheit an eine Kommission endete.

Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, Bezirk Berlin Norden. Freitagabend 9 Uhr Sitzung bei Paul Pfeffer, Rosenhaldenstr. 57: Vortrag der Kollegin in Saar über „Emancipationskämpfe“. Streik-Sammeln können in dieser Sitzung abgerechnet werden. Gäste sind willkommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Kaiserslautern, 5. November. (W. L. W.) Die „Pfälzische Presse“ meldet, ist auf der Lokalbahnstrecke Alsenz—Obermoschel eine Entgleisung erfolgt. Mehrere Personen des Zuggenerals wurden verletzt; die Lokomotive und der Postwagen wurden umgeworfen.

Lemberg, 5. November. (W. L. W.) Wie dem „Dziennik Polski“ telegraphiert wird, ist heute in der Stadt Radymno ein großer Brand ausgebrochen. Hunderte von Einwohnern sind ohne Obdach und brotlos.

Paris, 5. November. (W. L. W.) Die Deputiertenlampe erledigte heute das Budget des Justizministeriums und nahm dazu mit 254 gegen 245 Stimmen ein von dem Sozialisten Dejeante beantragtes Amendement an. Legieres kürzt die Kredite um 100 Fr., wodurch das Verlangen nach Abschaffung der Krugfische in den Gerichtshäfen zum Ausdruck gebracht werden soll.

Paris, 5. November. (W. L. W.) Im Senat wurde heute der Antrag auf Abschaffung des Gesetzes Falloux über die Freiheit des Mittelschul-Unterrichts beraten. Charles Dupuy verteidigte den der lex Falloux zu Grunde liegenden Gedanken und trat für die Notwendigkeit der Freiheit des Unterrichts ein. Er erklärte sich für den vom Unterrichtsminister Chaumié eingebrachten Entwurf, welcher die Freiheit des Unterrichts achtet. Béraud verlangte demgegenüber die Abschaffung des Gesetzes Falloux, denn der Kampf gegen den Merkantilismus habe noch zu keinem Ergebnis geführt, da ja alle geschlossenen Kongreganisten-schulen wieder geöffnet seien. Er finde den Entwurf Chaumiés nicht ausreichend. Nachdem noch Gourju für die Freiheit des Unterrichts eingetreten war, wurde die Weiterberatung auf morgen vertagt.

Paris, 5. November. (W. L. W.) Der Kassationshof hat die Berufung von Therese und Frederic Humbert verworfen.

Washington, 5. November. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Das Staatsdepartement hat von der neuen Regierung in Panama ein Telegramm erhalten, in dem diese formell ihre Konstituierung bekannt giebt. Es heißt, das Staatsdepartement werde diese Regierung offiziell anerkennen, wenn sie geeignet erscheine, sich zu halten und die Forderung zu verbürgen.

Rio de Janeiro, 5. November. (W. L. W.) In der vergangenen Woche sind hier 29 Personen an der Pest gestorben; ferner sind 82 neue Erkrankungen vorgekommen. 109 Personen sind in ärztlicher Behandlung.

Parteigenossen, beteiligt Euch Sonntag früh 8 Uhr Mann für Mann an der Flugblattverbreitung zu den preussischen Landtagswahlen!

Der Kampf der Textilarbeiterschaft in Crimmitschau

dauert jetzt schon in die elfte Woche und wird noch weiter fort-dauern. Innerstädtlich stehen die Tausende von Männern und Frauen im Streik für den Jehnsfundtag. Abreisen konnten bisher eine größere Anzahl Arbeiterinnen, während sich für Männer in anderen Gegenden nur ausnahmsweise Arbeit findet. Es hat ganz den Anschein, als wenn die Unternehmer der Textilbranche in anderen Orten mit besonderem Vorbedacht streikende Männer nicht ein-stellen.

Übermal haben die Unternehmer abgelehnt, Verhandlungen statt-finden zu lassen. Zahlreiche kleine Geschäftsleute in Crimmitschau stehen vor dem wirtschaftlichen Ruin, nachdem die Arbeiterhanderschaft, auf die sie hauptsächlich angewiesen sind, seit zehn Wochen ihre Geschäfte so gut wie gar nicht mehr betreten kann. Ihre fortgesetzten beweg-liehen Klagen über den schweren Schaden, den sie erleiden, haben den Bürgermeister betrogen, am 24. Oktober an die Unternehmer-Vereinigung mit der Frage heranzutreten, ob sie bereit sei, zur Beilegung des Kampfes das Gewerbeamt als Einigungsamt an-zurufen oder vor diesem zu verhandeln, falls es von der Lohn-kommission der Arbeiter angerufen werden sollte. Die Lohnkommission hat ihrerseits am 26. Oktober mitgeteilt, daß sie vor dem Gewerbe-gericht über die Beilegung des Streiks verhandeln wolle. Die Unternehmer haben dem Bürgermeister geantwortet, daß sie das Gewerbeamt überhaupt nicht für die zur Beilegung des Kampfes geeignete Instanz angesehen und dasselbe weder an-zurufen noch vor ihm erscheinen werden, wenn es von den Arbeitern als Einigungsamt angerufen werden sollte. Es werde überhaupt nicht mit der Lohnkommission verhandelt noch den Arbeitern irgend welche Zugeständnisse gemacht werden.

Trotzdem hatte der Bürgermeister eine Besprechung privater Natur zwischen zwei Vertretern der Arbeiter und dem Vorsitzenden des Fabrikantenvereins zu Stande gebracht. Am Dienstag sollten die Erörterungen fortgesetzt werden. Der Vorstand der Unternehmer-Vereinigung hat aber schriftlich die Mitteilung gemacht, daraus werde nichts. Die Fabrikanten seien nicht in der Lage, Zu-geständnisse zu machen. Ein einzelner Mann wie Crimmitschau könne eine Verlängerung der Arbeitszeit nicht einführen, solange diejenigen Städte, die gleiche Garne und Waren wie Crimmitschau herstellen, vorherrschend elf Stunden bei meist billigeren Löhnen arbeiten.

Es werden also immer wieder die alten, längst widerlegten Ein-wände erhoben, die dadurch nicht besser werden, daß sie immer noch einmal herbeigezogen werden. Die Crimmitschauer Fabrikanten können die Thatsache nicht aus der Welt schaffen, daß in Herz und Kottbus in solchen Fabriken schon lange der Jehnsfundtag ein-geführt ist, in denen die gleichen Waren wie in Crimmitschau her-gestellt werden. Und die betreffenden Fabrikanten stehen sich sehr gut dabei, haben an ihrer Konkurrenzfähigkeit nicht im mindesten gelitten.

Die hartnäckigen Crimmitschauer Unternehmer hoffen noch immer, die Arbeiter niederzwingen zu können. In ihrem letzten Schreiben sagen sie: „Die Industriellen von Crimmitschau und Umgegend können und werden warten, bis sich die Ausgesperrten darüber klar geworden sind, daß sie zu streiken trachten und be-dingungslos die Arbeit aufnehmen müssen.“ Das hört sich sehr selbstbewußt an. Die Konfessionäre, denen die bestellten Tuche nicht geliefert werden können, haben alle Ursache, ob dieses prologischen Gehabens der Fabrikanten empört zu sein.

Davon kann man aber gar keine Rede sein, daß die Fabrikanten der Frage, wann der Kampf beendet sein wird, mit absoluter Durcheinanderheit gegenübersehen. Sie können tatsächlich nicht warten und werden nicht warten, bis die Arbeiter sich de- und wehmütig ihnen Deuten, sondern sie bemühen sich geradezu kampfhafte, Streikbrecher zu gewinnen.

Die Versuche, Arbeiter und Arbeiterinnen von auswärts heran-zuziehen, sind vollständig gescheitert. Es kommen keine Streikbrecher. Aber auch am Orte selbst haben sie sich nicht in nennenswerter Zahl. Die Aufforderung der Fabrikanten an die Arbeiter, sich schriftlich zur Aufnahme der Arbeit zu melden, hat ein lägliches Resultat ge-habt. In manchen großen Fabriken hat sich nicht ein einziger Streikbrecher gemeldet, in andern 3, 5, selten noch ein paar mehr. Auf Grund einer genauen Kontrolle giebt die Streikleitung an, daß außer den Werkmeistern und andern Angestellten jetzt 150, höchstens 200 Streikbrecher in den sämtlichen Betrieben thätig sind. Wie sehen am Dienstagabend bei einem Rundgange nur ganz wenige Lampen in den Fabriken brennen. Mittags gingen aus acht Fabriken insgesamt ungefähr zwei Duzend Leute nach Hause. Da für die wenigen Arbeitswilligen die Betriebe in Gang gesetzt worden sind, legen die Fabrikanten abermals ein schönes Stück Geld drauf. Sie haben offenbar darauf gerechnet, daß wenn erst ein paar Stühle klappern, sich die Zahl der Streikbrecher rasch vermehren würde. Die Rechnung hat sich als total falsch erwiesen.

Jetzt laufen Werkmeister, Buchhalter usw. den Ausgesperrten ins Haus und suchen sie zur Arbeitsaufnahme zu bewegen. Be-zugnehmend. Selbst die bei Beginn der Aussperrung unorganisierten Leute, Militärvereine usw. sind so erbittert, daß sie jetzt ohne Zu-geständnisse nicht in die Fabriken zurückkehren wollen. Die Fabrikanten versuchen daher sogar Streikbrecher zu kaufen; sie lassen, wie selbstgesteht worden ist, den Leuten 40, 60 und mehr Mark bieten, falls die Arbeit aufgenommen wird. Aber auch um solchen Judas-lohn finden sich keine Abtrünnige.

Die Behörden gehen in der rücksichtslosesten Weise gegen die Ausgesperrten vor. Am letzten Sonnabend wurden zwei Ver-sammlungen aufgelöst, trotzdem dazu ein erkennbarer Grund nicht vorlag. Flugblätter sind konfiszieren worden, man trägt sich aber vergeblich, was an denselben strafbar sein kann. Ein andres Flugblatt, das sich lediglich an die Ausgesperrten selbst wendet, hat der Bürgermeister der Staatsanwaltschaft mit dem Ver-merken eingereicht, ob nicht gegen den Verantwortlichen wegen Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen gegen einander einzuschreiten ist. Daß die Streikenden sich in zwei Klassen scheiden, wird aber selbst der fündigste Staatsanwalt kaum entdecken können.

Die Polizei ist unermüdlich eifrig. Streikende dürfen nicht auf der Straße stehen. Die Fabrikanten dürfen dasselbe unbedenklich thun. Wer eine Straße zweimal passiert, wird angewiesen, nicht noch einmal zu kommen, wenn er nicht selbigen kommen werden wolle. Leute, die vor ihrer Hausthür stehen, werden ins Haus geschickt oder notiert. In dem Vorort Neukirchen haben sich Streikposten in Wohnungen ein Fenster als Beobachtungs-platz gewählt, weil sie sich auf der Straße nicht sehen lassen dürfen. Ein Gendarm wollte verbieten, daß mittags zum Fenster hinausgesehen wird.

Seit Dienstag früh macht Crimmitschau fast den Eindruck einer eroberten Stadt. In den Vororten sind schon seit Beginn der Aus-sperrung Gendarmen stationiert. Dienstag früh rückten ein paar Duzend Gendarmen in Crimmitschau ein; ebenso Geheim-

polizisten, obgleich nicht das geringste vorgekommen ist. Auch nicht eine einzige Ausschreitung der Arbeiter konnten die kapitalistischen Blätter in zehn Wochen feststellen. Trotzdem dieses riesige Gendarmenaufgebot. In den Straßen, wo die Fabriken dicht beieinander liegen, wimmelt es von Beamten. Mit dem hohen Paupenhelm auf dem Kopfe, das blanke Gewehr im Arme, patrouillieren die Gendarmen in den Straßen, wo man sonst nur ruhige und bestaunte Arbeiter sah. In einer Straße von nur wenigen Hundert Schritt Länge zählten wir mittags fünf Gendarmen und einen Polizisten. Die Bevölkerung war höchst verwundert. Aus allen Fenstern schauten Leute heraus, die Kinder liefen in Haufen zusammen. Die Streikenden sind ruhig, aber aufs äußerste empört. Sie haben alle Ursache, sich sehr vorzusehen. Wir sahen, wie ein Mann, kein Streikender, von einem Gendarm ab-geführt wurde. Der Mann hatte gelaßt! Es ist allerdings verwunderlich, daß es unter solchen Umständen noch Leute giebt, denen das Lachen nicht vergeht. Die sächsische Regierung treibt aber die Jüchtung von Socialdemokraten trotz des 16. Juni munterer als jemals fort.

Am Dienstaachmittag fanden wieder sechs Versammlungen der Ausgesperrten statt. Die Stimmung ist andauernd eine zufriedliche. Von Niedergeklagenheit ist keine Spur zu merken. Die Polizei hat sich wieder ein Extra-Schiffchen geleistet, indem sie ver-bot, daß in den Versammlungen über behördliche Maßnahmen und über die letzten Versammlungsaussagen gesprochen würde. Dazu hat sie zwar kein Recht, aber die Versammlungsleiter und die Redner mußten sich fügen, wenn sie die Versammlungen nicht wieder auseinanderjagen lassen wollten. In den Versammlungen erscheinen zur Heberwödung ebenfalls Beamte in Masse. So saßen z. B. auf einer Bühne neben dem Referenten ein Gendarm, ein Polizist und zwei Civilbeamte, im und vor dem Lokal waren weitere Gendarmen resp. Polizisten postiert.

In allen Versammlungen wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Ausgesperrten versprechen, „auch weiterhin mit ganzer Kraft den Kampf fortzusetzen“. Weiter heißt es: „Gleichzeitig fordert die Versammlung die Arbeiterkassette auf, sich durch das verstärkte Gendarmenaufgebot in keiner Weise beirren zu lassen, sondern nach wie vor die alte Ruhe und Entschlossenheit zu bewahren, alle Zusammenrottungen und Aufläufe zu verhindern und so den guten Ruf der Arbeiterkassette zu wahren“.

Die Streikleitung hat sich in energischem Tone in zwei Depeschen abermals an das Ministerium beschwerend wegen der Polizeiwirtschaft gewendet. Ein Erfolg ist bei der sächsischen Regierung natürlich ausgeschlossen.

Die deutsche Arbeiterkassette aber möge es sich zur ehrenvollen Auf-gabe machen, die Crimmitschauer Ausgesperrten so kräftig mit Geld-mitteln zu unterstützen, daß sie nicht nötig haben, ohne Zugeständnisse den Kampf aufzugeben. Der Crimmitschauer Kampf ist ein Klasse-kampf in schärfster Form geworden, bei dem die Staats-gewalt ganz auf seiten der Kapitalisten steht. Die Klassenbewußte deutsche Arbeiterkassette stehe einmütig zu den kämpfenden Proletariern und schaffe Geld!

Partei-Nachrichten.

Das Dresdenener Parteitagprotokoll befindet sich die neue Auf-lage im Druck. Gebundene Protokolle können erst wieder in frühestens acht Tagen geliefert werden. Bestellungen erbitten wir un-gehend an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69 zu richten.

Der Schandfleck. Die Post“ trifft heute die Meinung, daß Verletzungen des § 246 des Strafgesetzbuches und überhaupt jegliches Verbrechen in der „verrotteten“ Bourgeoisie so selbst-verständlich seien, daß kein Socialdemokrat das Recht habe, sich zur Rechtfertigung seiner Handlungsweise in Angelegenheiten des bürger-lichen Rechtes auf die Bourgeoisie zu berufen. Bekanntlich hatte sie unterm Parteivorstande vorgeworfen, daß er bei der Regelung der Essener Unterstützungsbangelegenheit gegen den § 246 des Strafgesetzbuches verstoßen habe. Nachdem wir gestern nachgewiesen, daß bei allen Hilfsaktionen so verfahren wird, wie bei der Essener verfahren worden ist, schreibt die „Post“ heute:

„Dämmeres konnte das Blatt der Zukunfts-Weltreformer, der Erörter der Menschheit aus dem Schlammfuhle des Bourgeois-taates, das täglich von Enttäuschung über die Schlechtigkeit und Kor-ruption der bürgerlichen Welt trieft, gar nicht thun, als sich rechtfertigen, indem es argumentiert: In der bürgerlichen Gesellschaft ist bei Sammlungen ähnlich verfahren, die „Genossen“ handelten also nach guten Vorbildern und brandeten sich deshalb dieses „Schand-fleck“ nicht zu schämen. Es ist ein lässliches Schauspiel, die Socialdemokratie hinter der sonst als durch und durch verrottet und verkommen verfahrenen Bourgeoisie Dedung suchen zu sehen.“ Wir haben wirklich noch nicht gewußt, daß die Bourgeoisie über-haupt nur noch verbrecherisch handelt.

Die Sünden der Kinder werden gerächt an den Vätern. Zwei junge Zimmerer aus Petriben im Kreise Labiau in Ostpreußen bekennen sich zu misrer Partei und haben infolge dessen auf ihren Arbeitsplätzen sozialdemokratische Flugblätter und Kalender verteilt. Der konservativste Vater der beiden aufgewachten jungen Leute hat von dieser That seiner Söhne keine Ahnung gehabt, aber — er ist unglücklichweise Gemeindevorsteher. Der Landrat erfuhr von den Verbrechen der misratenen Gemeindevorsteher-Kinder und flugs wurde der Vater seines Amtes entsetzt.

Wie wir hören, will der entsetzte Vater seine Beschwerden gegen den Landrat in die Form kleiden, daß er bei nächster Gelegenheit — gleichfalls in socialdemokratische Flugblätter verwickelt wird.

Dem internationalen Kongreß in Amsterdam schlägt der Landes-ausschuß der deutschen und österreichisch-ungarischen Social-demokraten in der Schweiz folgende Resolution vor:

„Die immer häufiger werdenden internationalen Kongresse, die, obwohl von bürgerlichen Elementen veranstaltet, Fragen behandeln, wie die des Arbeiterkampfes, der Socialreform, des Friedens, des Alkoholismus etc., sowie die internationalen Kongresse gewisser Berufsgruppen, deren Angehörige zum großen Teile Bourgeois sind, wie z. B. diejenigen der Journalisten, machen ein einheitliches Vorgehen der socialistischen Parteien aller Länder gegenüber denselben notwendig. Dem nur ein solches entspricht der Bedeutung und der Würde der socialistischen Bewegung, es ist aber auch ein Gebot der Taktik. Indem wir dafür eintreten, daß die Partei eines jeden Landes ihre Taktik möglichst den in demselben herrschenden Verhältnissen anpasse, müssen wir be-tonen, daß beim Unterehmen von Schritten internationalen Charakters Rücksicht genommen werden muß auf die Verhältnisse anderer Länder. Internationale Kongresse verlegen den Ort ihrer Tagung in verschiedene Länder, so daß es geschehen kann, daß ein derartiger Kongreß von den Socialistischen des Landes, wo er tagt,

gemedien, von denen anderer Länder besichtigt wird. Es entsteht die taktische Schwierigkeit für die Partei des betr. Landes, ihr Vorgehen gegenüber den Angriffen der Gegner und den Mißverständnissen der eignen Parteigenossen zu rechtfertigen, ohne die gegenüber den fremden Genossen begiegtene Solidarität zu verletzen.

In Würdigung dieser Gründe beschließt der Internationale Socialistikongreß in Amsterdam:

Das Verhalten von socialistischen Parteien oder Angehörigen derselben gegenüber den von bürgerlichen Elementen veranstalteten internationalen Kongressen soll ein einheitliches sein. Um das zu ermöglichen, wird das internationale Sekretariat beauftragt, in Fällen, die nicht durch Beschlüsse früherer internationaler Socialisten-kongresse geregelt sind, durch seine von den Parteien der einzelnen Länder gewählten Mitglieder feststellen zu lassen, welche Stellung die socialistische Partei (resp. Kammerfraktion, Journalistik, Vereins-gruppen etc.) des betreffenden Landes gegenüber einem in Frage kommenden Kongreß einnehme. Gemäß den Meinungen der in Ver-tracht kommenden Gruppe ihres Landes haben die Mitglieder des Sekretariats über die Frage der Beteiligung an dem Kongreß ab-zustimmen und sie sind ihren Mandatären für ihre Abstimmung ver-antwortlich. Das Resultat der Abstimmung ist bindend für alle jene, die sich als Anhänger der durch die internationalen Socialisten-kongresse repräsentierten socialistischen Bewegung bekennen. Ein An-trag auf Wiedererwägung kann an den nächsten internationalen Socialistikongreß gestellt werden.“

Zur Verhandlung der Resolution soll der Punkt „Inter-nationale Solidarität“ auf die Tagesordnung des Kon-gresses gesetzt werden. Zur Begründung wird darauf verwiesen, daß z. B. an der interparlamentarischen Konferenz in Wien, die von der österreichischen Parteipresse mit berechtigtem Spott behandelt worden sei, socialdemokratische Parlamentarier aus der Schweiz, Belgien und Dänemark teilgenommen hätten; ebenso wird auf die Teilnahme von Socialdemokraten an dem internationalen Friedenskongreß in Rouen hingewiesen.

So wünschenswert die Herbeiführung einer einheitlichen Taktik gegenüber solchen Veranstaltungen ist, so darf doch nicht unbeachtet bleiben, daß die schweizerischen Parlamentarier sich nicht einmal durch die Kritik der Parteipresse des eignen Landes vom Besuche der interparlamentarischen Konferenz in Wien haben abhalten lassen. Wo die starke einheitliche Organisation und Disziplin im Lande fehlt, da werden Beschlüsse des internationalen Sekretariats wenig helfen.

Der Parteiausfluß in Bismar, der im Jahre 1900 vom Schwurgericht in Bismar wegen Meineids zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde — unschuldig, wie jedermann annahm — hat bo-samlich eine Verleumdungslage des damaligen Hauptbelastungs-zeugen, des Polizisten Schütte gegen sich provoziert, in-dem er ihn des Meineids beschuldigte. In diesem Verleumdungsverfahren gegen Holtz, in dem er hofft, daß es ihm die Grundlage zur Wiederaufnahme seines Meineids-prozesses bieten wird, ist jetzt der in Hamburg krank daniederliegende Tischler Wollenberg kommissarisch vernommen worden. Welche Be-deutung die Staatsanwaltschaft der Sache und besonders der Aus-sage Wollenbergs beimist, geht daraus hervor, daß der Amtsanwalt des Bismarer Gerichts, vor dem die Verleumdungslage am 10. d. M. verhandelt werden wird, entgegen aller Meinung der Vernehmung Wollenbergs selber beigezogen hat. Die eidliche Aussage Wollenbergs ist für Holtz sehr günstig. Holtz soll den Meineid, wie bekannt, damit geleistet haben, daß er in einem früheren Prozesse erklärte, nicht gehört zu haben, daß Wollenberg vor der Thür einer Wirtschaft in Bismar be-leidigende Rufe gegen Polizisten ausgestoßen habe. Schütte dagegen beschwört, daß Wollenberg solche Rufe ausgestoßen habe und Holtz hat auch gehört haben müsse. Es ist zu hoffen, daß Holtz seine Absicht erreicht und gerechtfertigt wird.

Gemeindevahlen. Bei den Stadtverordneten-Wahlen in Luden-walde wurden in der dritten Klasse 953 socialdemokratische und 88 gegnerische Stimmen abgegeben, so daß und sämtliche zur Wahl stehenden Mandate dieser Klasse zufließen.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Halle gelang es diesmal infolge der Bildung eines einzigen Wahlbezirks für die ganze Alt-stadt der sogenannten Bürgerpartei, die Wahl socialdemokratischer Kandidaten zu vereiteln. In dem größten Arbeiterbezirk Glauche wurden unsere Vertreter früher glatt gewählt. Sie hatten auch dies-mal in diesem Bezirk die Majorität erhalten, was aber nicht ent-scheidend sein konnte, da alle Kandidaten für die ganze Stadt gemeinsam gewählt wurden. In Giebichenstein siegte aber Genosse Wering mit 1708 Stimmen gegen Direktor Brandes, der nur 402 Stimmen erhielt. Bei der nächsten Wahl, bei der die Giebichensteiner, Kröllwitzer und Trothaer Bürger aber mit in dem alten Stadtbezirk wählen, besteht Aussicht, sämtliche social-demokratischen Kandidaten in der dritten Abteilung durchzubringen.

In den Gemeinderat in Hornberg (Baden) wurde diesmal der erste Socialdemokrat gewählt.

In den Parteibereinigungen in Wülhausen i. Elb. wird der Frank-furter „Vollstimme“ geschrieben:

Die Berufung an die Kontrollkommission haben die am 18. Oktober d. J. von dem unter dem Vorhänge des Abgeordneten Treesebach in Wülhausen zusammengetretenen Schiedsgerichte Aus-geschlossenen, die früheren Wülhäuser Wahlvereinsmitglieder Weh-becher und Ruhbamer, ergriffen. In der Sitzung vom 27. Oktober hat daraufhin die Kontrollkommission der Partei, wie den beiden Rekurrenten durch Schreiben vom gleichen Tage aus Berlin mitgeteilt worden ist, einstimmig beschloffen:

„In diesem Stadium kann in der Sache diesseits keine Ent-scheidung getroffen werden. Nach unserer Auffassung kann das Ihren Ausschluss verjüngende Urteil schon deshalb nicht rechtskräftig werden, als Genosse Emmel sich weigert, die ihm von demselben Urteil auferlegte Verpflichtung zu erfüllen. Bis zum weiteren Aus-trag der Sache ist Ihr Ausschluss aus der Partei als nicht rechtskräftig zu betrachten.“

Durch an den Arbeiter-Wahlverein gerichtetes Schreiben vom 29. Oktober teilte die Kontrollkommission diesem mit:

Die Kontrollkommission hat beschloffen:

1. Den Genossen Emmel aufzufordern, dem Punkt 3 des Schiedspruchs, welcher lautet: „Der Genosse Emmel ist verpflichtet, im Interesse der Partei gegen Wehbecher und die „Landeszeitung“ Verleumdungslage zu erben“, Folge zu geben und die Verleumdungslage unverzüglich einzuleiten. Die Emmel entstehenden Kosten aus den Prozessen trägt die Parteikasse.
2. In der Rekursinstanz der Genossen Wehbecher und Ruh-bamer, deren durch Schiedspruch ausgesprochenen Ausschluss aus der Partei betreffend: die Beschlussfassung bis nach Erledigung der Verleumdungsprozesse Emmel contra Wehbecher und „Landes-zeitung“ auszuführen.“
3. Die Parteigenossen Wülhausen aufzufordern, bis zur Erledigung der zu erhebenden Verleumdungsprozesse den Genossen Emmel mit Vertrauensposten in der Partei nicht zu betrauen.

In der Sitzung des Arbeiter-Wahlvereins vom letzten Montag fand dieses Schreiben zur Verhandlung. Genosse Emmel machte Mitteilung von einer persönlichen Erklärung, die er der Kontrollkommission und dem Parteivorstand in der Angelegenheit bereits abgegeben hat und worin er darauf hinweist, daß die Erfüllung der ihm auferlegten Verpflichtung schon durch die Verjährung der in Rede stehenden „Landeszeitungs“-Artikel unmöglich war. Der Wahlverein läßt in seinem Beschlusse die Frage dahingestellt, ob ein auf Grund des § 2 des Organisationsstatuts zusammengetretenes Schiedsgericht und als Rekursinstanz die Kontrollkommission der Partei zuständig sind, einem Parteigenossen eine Verpflichtung der erwähnten Art aufzuerlegen. Hingegen spricht der Verein sein Bedauern aus darüber, daß das Schiedsgericht und in der zweiten Instanz die Kontrollkommission ohne vorherige Anhörung des Beteiligten über den Punkt zu diesem Beschlusse geschritten sind. Der Verein nimmt nochmals Kenntnis von der bereits in der Mitgliederversammlung vom 19. Oktober und am 22. Oktober veröffentlichten Erklärung des Genossen Emmel, daß er die Verleumdungsklage einreichen werde, sobald Bekhede seine Anklageditionen öffentlich wiederholt. Der Verein nimmt Akt davon, daß dem Bekhede hiernach Gelegenheit geboten ist, über seine ehrenrührigen Beschuldigungen gegen Emmel ein gerichtliches Verfahren mit öffentlicher Beweisaufnahme herbeizuführen. Gegenüber der Aufforderung der Kontrollkommission, bis zur Erledigung der zu erhebenden Verleumdungsklage den Genossen Emmel mit Vertrauensposten in der Partei nicht zu betrauen, erklärt der Arbeiter-Wahlverein Mißtrauen: Die Parteigenossen Mißtrauen sehen keine Veranlassung, auf die diesen Anklageditionen seitens des Bekhede hin dem Genossen Emmel das Vertrauen zu entziehen. Zu einem solchen Vorgehen wäre erst Veranlassung gegeben, wenn der Genosse Emmel durch das von Bekhede herbeizuführende öffentliche Beweisverfahren tatsächlich belastet erschiene. Der erste Teil dieser Resolution wurde mit allen gegen 3 Stimmen, der zweite Teil einstimmig angenommen. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde Genosse Emmel als ausscheidender Landesausführungs-Abgeordneter einstimmig wiederum als Kandidat der Partei für die am 19. d. Mts. stattfindende Landesausführungs-Wahl in der Stadt Mülhausen aufgestellt. Vorgeschieden wurden nur noch die Genossen Martin und Weingorn, welche ablehnten.

Aus Industrie und Handel.

Ein kolonialer Erfolg. Unsere Kolonialpolitik ist eine große Freude beschieden worden, die allerdings durch die neuesten Meldungen aus Südwest-Afrika sehr herabgestimmt wird. Während im Jahre 1901 der Gesamt-Außenhandel Amerikas infolge der Kämpfe, die in dessen Hinterland stattfanden, um beinahe fünf Millionen Mark abgenommen hatte und sich nur auf 15,2 Millionen Mark gegen 20,1 Millionen Mark im Jahre 1900 stellte, hat im letzten Jahre (1902) der Gesamt-Verkehr sich wieder um beinahe 4 1/2 Millionen gehoben. Die Einfuhr ist von 9,3 auf 13,3 und die Ausfuhr von 6 auf 6,3 Millionen Mark gestiegen. Allerdings war vorauszu sehen, daß nach Aufhören der Kämpfe im Kameruner Hinterland auch der Außenhandel sich wieder heben würde, und hinter das Ergebnis von 1900 bleibt immerhin das des letzten Jahres noch um rund 600 000 M. zurück; aber unsere patriotischen Kolonialisten haben sich, durch die gemachten Erfahrungen gewöhnt, in den letzten Jahren bezüglich ihrer Ansprüche an die Kolonien eine anerkenntniswerte Bescheidenheit angewöhnt.

Lebigenfalls entfällt von diesem Gesamthandel nur etwa die Hälfte auf den Handelsverkehr Amerikas mit dem deutschen Zollgebiet, und zwar war an der Einfuhr Amerikas Deutschland in den letzten Jahren noch nicht mit der Hälfte, an der Ausfuhr etwa mit drei Fünfteln beteiligt; dafür aber mußte, abgesehen von andern Ausgaben, im vorigen Jahre das Deutsche Reich zu den Einnahmen Amerikas einen etwa 2,2 Millionen Mark leistenden, und auch für das laufende Jahr ist wiederum ein Zuschuß von 1,6 Millionen Mark veranschlagt.

Die Zwangsversteigerung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke in Preußen. Auf Grund der vom preussischen statistischen Bureau alljährlich veröffentlichten Zusammenstellungen giebt die „Korrespondenz der Centrale der preussischen Landwirtschaftskammern“ folgende Uebersicht der Zwangsversteigerungen land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke in Preußen:

Jahr	Gesamtfläche der versteigerten Grundstücke	Zahl
1892	80 266 ha	2299
1893	69 827	1908
1894	60 287	1556
1895	67 259	1834
1896	64 107	1517
1897	47 782	1591
1898	32 727	1411
1899	37 757	1210
1900	42 455	1288
1901	41 217	1207

Die Korrespondenz fügt selbst die Bemerkung hinzu: „Auch wenn man von dem an der Spitze stehenden Jahre 1892 absehen wollte, welches mit seiner besonders hohen Versteigerungszahl auch gegen die Vorjahre einen Ausnahmefall bildet, so ist doch eine allmähliche Abnahme der Zwangsversteigerungen trotz einzelner Schwankungen unverkennbar. In ähnlicher Weise ist auch die Gesamtfläche der versteigerten Grundstücke zurückgegangen. Das läßt darauf schließen, daß die Abnahme der Zwangsversteigerungen sich in demselben Grade auf größere wie auf kleinere Besitzungen erstreckte.“

In den einzelnen Größenklassen zeigen sich recht erhebliche Unterschiede, und zwar ist bei den kleineren und mittleren Landwirtschaftsbetrieben das Verhältnis der Zwangsversteigerungen am günstigsten:

Jahr	2-5 ha	5-20 ha	20-50 ha	50-100 ha	100-200 ha	mehr als 200 ha
1899	0,72	0,87	1,14	2,06	3,60	3,62
1900	0,79	0,99	1,19	2,75	4,55	4,07
1901	0,82	0,91	1,03	2,27	4,92	4,16

Ebenso sind große Unterschiede in der Beteiligung der einzelnen Provinzen zu erkennen. Der Osten, in dem der größere Grundbesitz vorherrscht, weist verhältnismäßig ungefähr dreimal soviel Zwangsversteigerungen auf als der Westen.

In der folgenden Uebersicht sind die Gesamtfläche und die Anzahl der Versteigerungen abfolgt und in Tausendteilen der 1893 ermittelten Hauptbetriebe in den einzelnen Provinzen für die vier Jahre 1898 bis 1901 zusammengefaßt:

Provinz	1898		1899		1900		1901	
	Fläche	Anzahl	Fläche	Anzahl	Fläche	Anzahl	Fläche	Anzahl
Ostpreußen	37 451	13,08	37 451	9,99	37 451	9,99	37 451	9,99
Westpreußen	18 984	9,86	18 984	3,34	18 984	4,82	18 984	4,82
Brandenburg	16 113	5,79	16 113	5,05	16 113	5,20	16 113	5,20
Pommern	14 900	6,31	14 900	2,28	14 900	3,82	14 900	3,82
Posen	12 528	5,38	12 528	9,60	12 528	4,66	12 528	4,66
Schlesien	30 342	10,38	30 342	4,04	30 342	7,48	30 342	7,48
Osten	130 818	8,58	130 818	37,68	130 818	6,56	130 818	6,56
Sachsen	7 892	4,49	7 892	3,31	7 892	4,10	7 892	4,10
Schleswig-Holstein	8 558	5,68	8 558	2,80	8 558	5,63	8 558	5,63
Hannover	3 650	1,43	3 650	2,15	3 650	1,53	3 650	1,53
Westfalen	2 399	1,73	2 399	1,53	2 399	1,84	2 399	1,84
Hessen-Kassau	1 357	1,96	1 357	1,83	1 357	2,21	1 357	2,21
Rheinland	1 067	0,77	1 067	2,24	1 067	1,33	1 067	1,33
Westen	24 023	2,70	24 023	13,69	24 023	2,26	24 023	2,26

Die meisten und die größten Flächen umfassenden Versteigerungen kommen also auf Ostpreußen und Schlesien, die Sitze des feudalen Großgrundbesitzes; während die Provinzen Hannover, Westfalen und Rheinland die geringste Zahl der Versteigerung landwirtschaftlicher Grundstücke aufweisen.

Falsche Hundertmarkscheine sind gegenwärtig im Umlauf. Sie unterscheiden sich von echten Scheinen dadurch, daß der Staatsdrückungsartikel undeutlich gedruckt ist, die roten Stempel auf der Vorderseite eine bräunliche Färbung zeigen, der Druck des Bildes der Rückseite fleckig ist und die Gesichtszüge sowohl des Germania-Stopfes wie der beiden Seitenfiguren grober sind. Als besonderes Unterscheidungsmerkmal, das auch bei gebrauchten Scheinen sofort erkennbar ist, diene, daß die Krone über dem Reichsadler auf der Vorderseite bei den falschen Scheinen teilweise fehlt. Im übrigen unterscheiden sich die falschen Scheine, die aus dem Jahre 1898 datiert sind und den Buchstaben E führen, weder in der Größe noch Färbung von den echten Scheinen.

Frankreichs Weizen- und Roggenernte. Das Landwirtschaftsministerium veröffentlicht jetzt die endgültigen Resultate der amtlichen Schätzungen der Weizen- und Roggenernte Frankreichs im Jahre 1902.

Die Weizenernte wird bei einer bebauten Fläche von 6 536 347 Hektar auf insgesamt 123 705 515 Hektoliter oder 90 588 059 Doppelcentner geschätzt. Der Ertrag eines Hektar stellt sich hiernach auf 19,01 Hektoliter (in Deutschland stellte sich im Jahre 1902 der Ertrag pro Hektar auf 20,4 Hektoliter, im Durchschnitt des Jahrzehnts 1898/1902 auf 18,5 Hektoliter). Die Weizenanbaufläche und -ernte des Jahres 1902 beläuft sich entgegen der vorläufigen Schätzung von 6 814 980 Hektar und 124 296 601 Hektoliter nach endgültiger Festsetzung nur auf 6 536 347 Hektar und 115 530 692 Hektoliter. Die diesjährige Weizenernte weist demnach gegen das Vorjahr einen Mehrertrag von 13 174 823 Hektoliter auf. Die Roggenernte des Jahres 1902 wird auf 21 481 190 Hektoliter bei einer Anbaufläche von 1 340 593 Hektar angegeben. Im vorhergehenden Jahre hatte die bebaute Fläche nach den endgültigen Ermittlungen einen Umfang von 1 331 755 Hektar und lieferte einen Ertrag von 16 586 719 Hektoliter, demnach ergibt sich bei einer Zunahme der Anbaufläche um 8895 Hektar ein Mehrertrag von 4 894 471 Hektoliter gegenüber dem Jahre 1901. Der Ertrag an Weizen (Weizen und Roggen) stellt sich nach der amtlichen Schätzung auf 2 972 259 Hektoliter, während das endgültige Ertragsresultat des Vorjahres 2 743 703 Hektoliter betrug.

Zur Geschichte der Trübsal in der amerikanischen Eisenindustrie liefert eine Darstellung der neuesten Entwicklung der amerikanischen Eisenindustrie von L. Gier, dem Varnier Handelskammer-Präsidenten, in Spinnollers Jahrbuch interessante Beiträge. Die jüngste Entwicklung der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie stellt sich danach wie folgt dar: Die beiden größten Stahlproduzenten der Vereinigten Staaten suchten in den Jahren 1899-1900 die völlige Kontrolle des Produktionsprozesses zu erlangen, nach jeder Richtung hin unabhängig zu werden und jedes unrichtige Moment aus der Kalkulation auszuscheiden. Diese beiden größten Produzenten waren die Carnegie Steel Company in Pittsburgh und die Illinois Steel Company in Chicago. Die Herstellung des für ihre Betriebe notwendigen Coals hatten sie in eigener Rechnung schon früher in die Hand genommen, die Gewinnung des Erzes in eigener Rechnung begann etwas später. Jetzt galt es auch den Transport möglichst in eigene Regie zu bekommen. Carnegie gelang dies zuerst; er bekam die Kontrolle einer von Pittsburgh nach seinen von Rockefeller gekauften Erzlagern am Erie führenden Bahn und konnte also das Erz beinahe völlig in eigener Rechnung nach Pittsburgh führen.

Dieses Vorgehen Carnegies veranlaßte seine größte Konkurrentin, die genannte Illinois Steel Company zu noch weiter ausgreifenden Maßnahmen. Sie verschmolz sich im August 1898 mit der Minnesota Iron Company und bildete mit dieser zusammen die Federal Steel Company. Diese Fusion wurde nun noch viel unabhängiger im Produktionsprozess als Carnegie. Erhielt hatte Carnegie nur wenige eigene Erzgruben, seine hauptsächlichsten hatte er noch immer nur in Pacht und mußte für jede Tonne Erz eine Abgabe an Rockefeller zahlen; die neue Federal Steel Company aber hatte alle ihre Gruben in eigenem Besitz. Zweitens war auch im Transport die neue Vereinigung unabhängiger als Carnegie, sie hatte auch leistungsfähigere Eisenbahnen in eigenem Besitz; Carnegie aber war hierin stark von Rockefeller abhängig.

Diese beiden großen Stahlkonkurrenten nun waren damals, wie Gier erinnert, im wesentlichen Produzenten von schweren Artikeln der Stahlbranche wie Schienen, Grobblech, Stabeisen, Konstruktionsmaterial und vor allem von Galvanis; der Fabrikation von Drahtprodukten, Feinblechen, Weißblechen, Röhren und dergleichen blieben sie fern.

Nun aber kam in dem Bestreben, sich möglichst in ihrer Produktion nach allen Seiten hin unabhängig zu machen, zum Halbzeugproduzenten der Halbzeugkonsument. Wenn nämlich die beiden Stahlgesellschaften ihren benötigten Coals selbst herstellten, das Erz in eigener Rechnung gewonnen und verfrachteten, warum sollte nicht ein solcher Halbzeugkonsument auch den von ihm benötigten Stahl in eigener Rechnung herstellen? So ging denn die bis dahin größte Kundin der Federal Steel Company und der Carnegie Steel Company, die American Steel and Wire Company of New Jersey, dazu über sich unabhängig und selbständig in ihrem ganzen Produktionsprozess zu machen; sie begann eigene Erzgruben und Kohlengruben zu erwerben, eine Fracht-Dampferflotte zu bauen u. s. w.

Die Halbzeugproduzenten sahen dieses Vorgehen natürlich als eine Kriegserklärung an. Die Federal Steel Company reagierte zuerst mit derselben Methode, sie vergrößerte ihr Kapital und begann Werke zu bauen, um die von den Drahtleuten abgekauften Stahlmengen selbst weiterzuarbeiten. Carnegie ging um dieselbe Zeit daran, die Herstellung von Röhren und Feinblechen aufzunehmen, ohne sich um diejenigen Trübsal zu kümmern, in deren Atmosphäre er damit eingriff. So war der Widerstreit des Interesses auf der ganzen Linie entbrannt, damit aber auch auf die Spitze getrieben, um nun in sein Gegenteil umzuschlagen. Die gigantische Lösung dieses Konfliktes wurde dann bekanntlich durch die United States Steel Corporation gefunden; die widerstreitenden Interessen glichen sich in ihr aus, weil der Gegensatz von Halbzeugproduzenten und -Konsumenten durch die in ihr vollzogene Vereinigung beider ausgeglichen wurde.

Mit der United States Steel Corporation hat die amerikanische Eisenindustrie eine Höhe der Konzentration und Verschmelzung, was Größenverhältnisse und Mannigfaltigkeit der Produktion anlangt, erreicht, wie sie in der Welt der Privatindustrien einzig ist. Es giebt wohl amerikanische Industrien, sagt Gier, bei denen der Zusammenschluß viel dichter ist; aber es giebt keine, welche über eine derartige Macht und Vielgestaltigkeit verfügt.

Witterungsübersicht vom 5. November 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C
Eintriede	770	SW	2	wolkig	7	Caparanda	753	WS	2	wolkig	-2
Damburg	773	WS	2	halb bb.	8	Petersburg	756	WS	2	Regen	5
Berlin	772	W	2	wolkig	7	Coel	768	WS	1	heiter	5
Frankf. a. M.	775	W	1	bedeckt	7	Herdeben	771	WS	2	wolkig	5
München	772	SW	2	Regen	6	Paris	774	WS	2	wolkig	5
Wien	771	WS	2	Nebel	9						

Wetter-Prognose für Freitag, den 6. November 1902. Etwas kühler, trocken und vielach kühler bei mäßigen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Central-Theater.
Freitag, den 6. November.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Oberhaus. Dritter Eintrakt-Abend der königlichen Kapelle.
Schauspielhaus. Im stillen Gäßchen. Deutsch. Monna Lanna.
Berliner. Im Heideberg.
Festung. Japanisch.
Wochen. Der Freischütz.
Neues. Salome. Vorher: Der Kammerjäger.
Kellerei. Das große Geheimnis.
Central. Orpheus in der Unterwelt.
Thalia. Der Hochmut.
Anfang 8 Uhr:
Neues Operntheater. Vorherrschen.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Schauspielhaus. Im stillen Gäßchen.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmshaus.)
Der Lausitzer.
Welle-Alliance. In Vertretung.
Luisen. Die Logenbrüder.
Klein. Rastlos.
Carl Weiss. Die kleine Braune.
Trianon. Biscotte.
Deutsch-Amerikanisches. Heber'n großen Reich.
Apollo. Frühlingsluft. Spezialitäten.
Metropol. Durchlaucht Nabitschen!
Casino. Berliner Rastlos! Hotel Klingebusch.
Hercule. Taubenstraße 18/19.
Um 8 Uhr im Theater: An den Seen Ober-Italiens.
Um 8 Uhr im Hörsaal: Dr. G. Nass: Schwefel u. Phosphor.
Invalidenstrasse 57/62.
Sternwarte.
Georgenstrasse, zwischen Friedrich- und Universitätsstrasse.
Bismarckstr. 163.
Indianer-Riese.
Mianko Karoo.
Die zusammengewachsenen Lebn. Schwestern! Lebn. Baren-Riese.
Andries Venter, ehemal. Lehnsohn des Präsidenten Paul Krüger von Transvaal.
Georgenstrasse, zwischen Friedrich- und Universitätsstrasse.
Kassanien-Allee 7-9.
Freitag, den 6. November 1902:
Bernhard-Rose-Theater-Ensemble.
Wohlthäter der Menschheit.
Schauspiel in 3 Akten, v. J. Philipp.
Anfang 8 Uhr.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 1a-5.
Salome.
Vorher: Der Kammerjäger.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsch-Amerikanisches Theater.
67/68 Köpenickerstr. 67/68.
Jeden Abend Anfang 8 Uhr:
Gastspiel Adolf Philipp.
Heber'n großen Reich.
Heltene Bilder mit Gesang aus dem Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Akten von Adolf Philipp.
Belle-Alliance-Theater.
In Vertretung.
Ein Soldatenjüngling in 3 Akten von Deina Gordon.
Anfang 8 Uhr.
Norgen und folgende Tage: In Vertretung.
Sonntagnachmittag 3 Uhr zu halben Preisen: Madame de Pompadour.
Lustspiel in 3 Akten v. Tallo v. Tratta.
Apollo-Theater.
Zum 31. Male:
Frühlingsluft.
Operette in 3 Akten von weiland Josef Strauss.
Im Blütenhochzeit.
3. Akt.
Ballett von Louis Gundersch.
Die glänzenden November-Spezialitäten.
3 Eiterns. Gehr. Willé. 4 Madcaps.
The Bacifals. * * * Kosmograph.
Anfang 8 Uhr.

Residenz-Theater.
Direktion E. Lautenburg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Das große Geheimnis.
Lustspiel in 3 Akten v. Pierre Wolff.
Deutsch von Max Schönan.
Norgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Seine Kammerzofe.
Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachtschl.
Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater.
Lützowstr. 37. Anf. 8, Sonnt. 7 1/2.
8 Uhr: Berl. Nachtschl.
8 1/2 Uhr: Verch. Wolf.
Gastspiel Kapell. Martens.
9 1/2 Uhr: Hotel Klingebusch.
Sonntagnachm. 4 Uhr: Elternlos.
Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter Straße 132.
Die kleine Braune.
Operette in 3 Akten von B. Knoblich.
Anf. 8 Uhr. Norgen: Dieselbe Vorst.
Sonntagnachm. 4 Uhr: Robinson Crusoe.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Maria Stuart.
Berliner Ulk-Trio.
Felix Scheuer
Bismarckstr. 1.

Urania.
Taubenstrasse 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
An den Seen Ober-Italiens.
Um 8 Uhr im Hörsaal:
Dr. G. Nass: Schwefel u. Phosphor.
Sternwarte.
Invalidenstrasse 57/62.
CASTANS PANOPTICUM.
Friedrichstr. 163.
Indianer-Riese.
Mianko Karoo.
Die zusammengewachsenen Lebn. Schwestern! Lebn. Baren-Riese.
Andries Venter, ehemal. Lehnsohn des Präsidenten Paul Krüger von Transvaal.
Georgenstrasse, zwischen Friedrich- und Universitätsstrasse.
Kassanien-Allee 7-9.
Freitag, den 6. November 1902:
Bernhard-Rose-Theater-Ensemble.
Wohlthäter der Menschheit.
Schauspiel in 3 Akten, v. J. Philipp.
Anfang 8 Uhr.

IX. Berliner Saison.
Cirkus Busch.
Freitag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr:
Ritter v. Renroff, Schulreiter.
Mademoiselle de Holstein, Schulreiterin.
Die berühmten Clowns Fratellini, Gigerl-Clown Alfred Daniels.
Miss Claire Heliot, Löwenbraut.
Paul Mündners Schleifenfahrt u. Todessprung.
Berliner Winterfreunden humorist. Rangee-Schauspiel.
früher Palast-Theater Feen-Palast. Burgstr. 22.
Elite-Extra-Vorstellung:
Die Cameliendame.
Greise der Bühne: Page 1 W., Oberst 60 W., Barfett 40 W., Entree 20 W.
Anfang 8 Uhr. — Vorher: Konzert.
Norgen und folgende Tage: Die Sensations-Novität Die Cameliendame und das Ideal-Programm.
Urania.
Wrangelstrasse 10/11.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anf. 4 Uhr. Siehe Anschlagtafel.
Um 8 Uhr. Um 10 Uhr. Um 11 Uhr.
C. F. Walter.

Central-Theater.
Freitag, den 6. November.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Oberhaus. Dritter Eintrakt-Abend der königlichen Kapelle.
Schauspielhaus. Im stillen Gäßchen. Deutsch. Monna Lanna.
Berliner. Im Heideberg.
Festung. Japanisch.
Wochen. Der Freischütz.
Neues. Salome. Vorher: Der Kammerjäger.
Kellerei. Das große Geheimnis.
Central. Orpheus in der Unterwelt.
Thalia. Der Hochmut.
Anfang 8 Uhr:
Neues Operntheater. Vorherrschen.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Schauspielhaus. Im stillen Gäßchen.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmshaus.)
Der Lausitzer.
Welle-Alliance. In Vertretung.
Luisen. Die Logenbrüder.
Klein. Rastlos.
Carl Weiss. Die kleine Braune.
Trianon. Biscotte.
Deutsch-Amerikanisches. Heber'n großen Reich.
Apollo. Frühlingsluft. Spezialitäten.
Metropol. Durchlaucht Nabitschen!
Casino. Berliner Rastlos! Hotel Klingebusch.
Hercule. Taubenstraße 18/19.
Um 8 Uhr im Theater: An den Seen Ober-Italiens.
Um 8 Uhr im Hörsaal: Dr. G. Nass: Schwefel u. Phosphor.
Invalidenstrasse 57/62.
Sternwarte.
Georgenstrasse, zwischen Friedrich- und Universitätsstrasse.
Bismarckstr. 163.
Indianer-Riese.
Mianko Karoo.
Die zusammengewachsenen Lebn. Schwestern! Lebn. Baren-Riese.
Andries Venter, ehemal. Lehnsohn des Präsidenten Paul Krüger von Transvaal.
Georgenstrasse, zwischen Friedrich- und Universitätsstrasse.
Kassanien-Allee 7-9.
Freitag, den 6. November 1902:
Bernhard-Rose-Theater-Ensemble.
Wohlthäter der Menschheit.
Schauspiel in 3 Akten, v. J. Philipp.
Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Liebelel.
Schauspiel in 3 Akten von Arthur Schnitzler.
Hierauf: **Litteratur.**
Schauspiel in 1 Akt v. Arthur Schnitzler.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Liebelel. Hierauf: **Litteratur.**
Sonntagmittag 3 Uhr:
Der Tallisman.
Sonntagabend 8 Uhr:
Liebelel. Hierauf: **Litteratur.**

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Der Tallisman.
Dramatisches Märchen in 4 Aufzügen von Ludwig Bülow.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Die Ehre.
Sonntagmittag 3 Uhr:
Im weissen Rössl.
Sonntagabend 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.

Cirkus Schumann.

Heute, Freitag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr:
Die ersten dressierten
Sis- und Kragenbären in Berlin.
Demonstration der Darwin'schen Theorie:
August, der mimische Affe.
Frühling, Sommer, Herbst, Winter.
Pariser Ballett-Duo: **Die größte Löwengruppe der Welt:**
25 männliche Löwen.
d. Herrn Jul. Seeth

Metropol-Theater.

Durchlaucht Radieschen!
Burleske Ausstattungsgosse mit
Gesang und Tanz in 4 Bildern
von Julius Freund.
Musik von Victor Holländer.
In Scene gesetzt vom Direktor
Richard Schultz.
Im 4. Bilde:
Grosses Ballett
Wie damals im Monat Mai.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Fröhels Allerlei-Theater

fr. Puhmanns Vaudeville-Theater,
Schönhäuser Allee 148.
Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**
Freitag, den 6. November cr.:
Gastspiel
Berliner Volks-Theater.
„Kean“ oder:
Leidenschaft und Genie.
Jeden Sonntag 5 Uhr:
Grosse Extra-Vorstellung
der mit gr. Beifall aufgenommenen
Norddeutschen Sänger.
Nach der Vorstellung: um 10 Uhr:
Grosser Ball.
Jeden Mittwoch 8 Uhr:
Grosser Elite-Abend.
Norddeutsche Sänger u. Ball.
Entrée 30 Pf. Sperrpl. 50 Pf.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Mutterlegen.
Schauspiel mit Gesang in 5 Akten
von Friedrich.
Anfang 8 Uhr. Entrée 30 Pf.
Sonnabend:
Keine Vorstellung.

Krankenkassen.

Nachzahlung von Kassenrezepten
übernimmt Apotheker. Effekten ausb.
R. Z. Volkmann 16. 3034b

WINTERGARTEN

Neues Programm:
Sabaret australische Tänzerin.
Emil Sondermann Humorist vom
Central-Theater Berlin.
Lucie Krall Bravoursängerin.
Ida Fuller in ihrer elektr. Sensat.
„Feuer und Wind“.
Urbani u. Sohn Gymnastiker.
Lamborg Klavierhumorist.
The great Goldin Illusionist.
Les August's Humorist Jongleur.
Hadj Abdullah Arab. Gymnastiker.
Egger Rleser Tyrol. Gesangsgruppe.
O. K. Sato Komischer Jongleur.
„Pariser Luft“ Ballett.
Der Biograph.

Arbeiter-Radfahrerverein

„Berlin“.
Sonntagmittag 1 Uhr:
Freizeitliche Fahrt nach Bernau
(Stettin).
Heute abend: Andreasstr. 26:
Versammlung. 18/1

Victoria-Säle

Perlebergerstr. 14
für Vergnügungen etc. frei. 31292*

Frische Blut-

und Leber-Wurst
in bekannter tadelloser Qualität.
Rich. Augustin, Lindenstr. 69.
Kof. parterre.
„Vormittags“-„Mittags“- und
„Abend“-Eisungszimmer.

Dr. Simmel,

Prinzen-
Str. 41.
Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntag 10-12 2-4.

Hirschfleisch

Rehten und Blätter.
Gespickte Hasen von 3 an.
Oderbr. Gänse Stück 60 Pf.
Jungo Enten, Hühner, Kaninchen 70 Pf.
A. Ritschl, Dresdener Amt IV,
Strasse 61. 1590.

Steppdecken

3173L*
Gelegenheitskauf!
Wollatlas, alle Farben 4,65
Similiseide, alle Farben 6,00
Normal-Schlafdecken 2,00, 3,00 M.
Special-Haus **Emil Lefèvre.**
Berlin S., Oranienstrasse 158.

Königstadt-Kasino.

Gotzmarstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich:
Das glänz. November-Programm
mit **Franz Sobanski.**
Des kolossalsten Erfolges wegen
noch einige Tage:
August auf Urlaub.
Nach der Vorstellung:
Mittw., Sonnab., Sonnt.: **Tanz.**

Reichshallen

Stettiner Säng.
Kantate: 8 Uhr.
Morgens: 7 Uhr.
Sonnab.: 7 Uhr.

Sanssouci.

Kottbuser Thor - Stat. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag u.
Donnerstag:
Hoffmann's
Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Soiree:
Tanzkränzchen.
Jeden Dienstag:
Theater-Abend.
Dr. Schönemann
Spezialarzt für Haut-, Haar- und
Frauenleiden. Seydelstr. 9.
[12-1, 3, 4, 6-7] 8, Sonnt. 9-11

Oderbrucher und pommersche Gänse

sowie Gänsefleisch, Lebern, Liefen u. Gänselein
empfiehlt zu den billigsten Tagespreisen
Fritz Weber, Gräner Weg 37,
im Keller.

Freitag, den 6. November, abends 8 Uhr: 4 Partei-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

1. Landtags-Wahlkreis

(umfassend die Stadtbezirke 6-20, 144, 283-284 vom ersten Reichstags-Wahlkreis und 21-73 vom zweiten Reichstags-Wahlkreis)
im Saale der **Bockbrauerei, Tempelhofer Berg.**
Referent Genosse **H. Schubert.**

2. Landtags-Wahlkreis

(umfassend die Stadtbezirke 1-5 und 74-144)
Sausouci, Kottbuserstr. 4a.
Referent Genosse **Theodor Glocke.**

3. Landtags-Wahlkreis:

Generalversammlung des 6. Reichstags-Wahlkreises
und der Stadtbezirke 211-217 u. 279-282 des 5. Reichstags-Wahlkreises
im großen Saale des **Ciskeller, Chausseest. 88.**
Referent Genosse **Barthels.**

4. Landtags-Wahlkreis

(umfassend die Stadtbezirke 192-210 des 5. Reichstags-Wahlkreises und den 4. Reichstags-Wahlkreis, Ost)
in **Lipps Brauerei, Am Friedrichshain.**
Referent Genosse **Heimann.**

Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Vortrag über: „Welche Forderungen stellen wir an den preussischen Landtag?“
2. Diskussion.
3. Aufstellung der Kandidaten.
Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler

und anderer gewerblicher Arbeiter.
Eingetrag. Hülfskaffe Nr. 3. (Hamburg.)
Verwaltung Berlin F.
Sonntag, den 8. November,
vormittags 10 Uhr,
bei **Wernau, Schwedterstr. 23 und 24:**
Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Kassenbericht vom dritten Quartal 1903.
2. Verschiedene Kassen-Angelegenheiten. 18/9
Kegen Besuch erwartet
Die Centralverwaltung. 304/9*

Achtung! Rixdorf. Achtung!

Montag, den 9. November d. J., abends 8 Uhr:

Wählerversammlung

im großen Saale der „Neuen Welt“, Sagenheide 108-114.
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Fritz Zubell** über „Die preussischen Landtagswahlen und der Kampf der Socialdemokratie gegen das Dreiklassenwahlrecht“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Arbeiter, Parteigenossen, sorgt für zahlreichen Besuch dieser Versammlung.
Das socialdemokratische Wahlkomitee.

Freireligiöse Gemeinde

Montag, den 9. November 1903, abends 8 1/2 Uhr:
Wichtige beschließende Versammlung
im Central-Klubhaus, Am Königsgraben 14a, nahe dem Alexanderplatz.
Auf der Tages-Ordnung steht u. a.:
Bericht über die Hauptversammlung des Deutschen Arbeiter-Bundes in Göttingen und Antrag, eventuell aus dem Bunde auszuscheiden. Alle vollberechtigten Mitglieder werden zum Besuch dringend aufgefordert.
Neben Sonntagvormittag 10 1/2 Uhr: Vortrag in der städtischen Aula, Kleine Frankfurterstr. 6, nahe dem Alexanderplatz. Gäfte sehr willkommen!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Sonnabend, den 7. November 1903,
in den Räumen des Gewerkschaftshauses:
Grosses

Herbst-Vergnügen

der former und Berufsgenossen.
Ball, Gesang und komische Vorträge.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Die Agitationskommission der Former.

Arbeiter-Samariter-Kolonie.

Sonntag, den 8. November, mittags 12 Uhr, im Palais-Theater,
Furgstr. 22:
Grosse Matinee
Bzum ersten der Kolonie.
Sur Aufführung **Das Liebesparadies.**
gelangt:
Original-Operetten-Burleske mit Gesang in 3 Akten
sowie das erstklassige Specialitätenprogramm.
Karten a 25 Pf. sind bei den Mitgliedern und an der Theaterkasse zu haben. — Kasseneröffnung 11 Uhr.
Freunde und Gönner sind hiermit eingeladen.
Achtung! Die nächste Übungsstunde in der Centrale findet nicht Montag, sondern Dienstag, den 10. November cr., abends 8 Uhr, Dresdenstr. 45, statt. Vortrag über Verlegungen, Bandbehandlung, Bluffbildung. Nachher praktische Übungen. Neue Mitglieder können in den Übungsstunden der Kolonie beitreten.
Gäfte willkommen. 361/3
Der Vorstand.

Schöneberg.

Heute, Freitag, den 6. November 1903, abends 8 Uhr:
Volks-Versammlung
im Obliken Lokale, Weiningerstr. 8:
Tages-Ordnung:
1. Verkündung des Resultats der Stadtverordnetenwahlen.
2. Vortrag des Genossen **Paul Gries**: „Die Landtagswahlen“. 3. Aufstellung der Wahlämter. 304/10
Einem zahlreichen Besuch erwartet
Das socialdemokratische Wahlkomitee.

Puppen-Fabrik u. Klinik

Brunnenstr. 119, **Otto Kreyszig,** Brunnenstr. 119.
Ist man, wie bekannt, am besten und billigsten Puppen, sowie sämtliche für Puppen nötige Artikel. Ersatzteile werden gratis beigestellt.
Puppen-Reparaturen billigst.
Achtung! Achtung!
Gewerkschaften und Vereine.
Tanzlehrerverein „Solidarität“
(gegründet 1892)
empfiehlt sich hierdurch bei vorkommenden Festlichkeiten. Bestellungen sind zu richten nach dem Vereinslokal, Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, am Bahnh. Tagung: Jeden Freitag abends 9 Uhr.
200/5
Der Vorstand.

Nur neueste Moden.



Dieser Reihe, schwarze Gut mit Futter, Cylinderhüte und Chapeau claque moderne Form, kostet 1,90 M.
in großer Auswahl.

Special-Hut-Engroslager nur neuester Moden.
Einzelverkauf zu Fabrikpreisen
im Comptoir Neue Königstr. 48, 1 Treppe,
drittes Haus von Alexander-Platz.
Größte Auswahl, aussergewöhnlich billige Preise.
neueste Form, mit Futter M. 1,50,
mit Atlasfutter M. 2,-, hochfeine
Qualität M. 2,50, extra feine M. 3,-, beste Qualität M. 4,50.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitagabend 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Str. 15
Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung! Einseher. Achtung!

Sonntag, den 8. November, vormittags 10 Uhr,
finden in den bekannten Lokalen die **Bezirks-Sitzungen** statt.
Montagabend **Kommissions-Sitzung.**
Der Obmann.

Öffentliche Versammlung der Stellmacher.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Ingenieurs **Herrn Grempe** über: „Die Beleuchtungs- und Heizfrage im Haushalte des Arbeiters“.
2. Diskussion.
3. Birmen-Angelegenheiten.
4. Verschiedenes.
Nach der Versammlung:
Gefelliges Beisammensein mit Tanz.

NB. Kollegen! Erscheint mit Euren Frauen zu dieser Versammlung und zeigt dadurch eifriges Interesse für unsre Branche und für unsre Organisation.
Die Kommission. A. H.: Anders. 89/5

Verein der Bauanschläger Berlins u. Umgegend

Sonntag, 8. Novbr., vorm. 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht des Vorstandes. 2. Abrechnung des Vergnügungs-Komitees. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand.
Auch werden in dieser Versammlung Bücher zwecks Uebertritt entgegengenommen. 331/7

Schöneberg.

Heute, Freitag, den 6. November 1903, abends 8 Uhr:
Volks-Versammlung
im Obliken Lokale, Weiningerstr. 8:
Tages-Ordnung:
1. Verkündung des Resultats der Stadtverordnetenwahlen.
2. Vortrag des Genossen **Paul Gries**: „Die Landtagswahlen“. 3. Aufstellung der Wahlämter. 304/10
Einem zahlreichen Besuch erwartet
Das socialdemokratische Wahlkomitee.

Puppen-Fabrik u. Klinik

Brunnenstr. 119, **Otto Kreyszig,** Brunnenstr. 119.
Ist man, wie bekannt, am besten und billigsten Puppen, sowie sämtliche für Puppen nötige Artikel. Ersatzteile werden gratis beigestellt.
Puppen-Reparaturen billigst.
Achtung! Achtung!
Gewerkschaften und Vereine.
Tanzlehrerverein „Solidarität“
(gegründet 1892)
empfiehlt sich hierdurch bei vorkommenden Festlichkeiten. Bestellungen sind zu richten nach dem Vereinslokal, Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, am Bahnh. Tagung: Jeden Freitag abends 9 Uhr.
200/5
Der Vorstand.

Turn-Verein „Fichte“, Berlin

(Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes).

Sonnabend, den 7. November 1903:

Künstler-Konzert

Im Konzert-Saale der Brauerei Friedrichshain (vorm. Lipps).

Mitwirkende:

Berliner Tonkünstler-Orchester

Dirigent Franz v. Blon.

Herr Dr. F. Robert Mannreich, Bariton.
Herr Bernhard Irrgang, Orgel.
Herr Max Laurence, Recitation.
Flügel von R. Ibach Sohn.

Anfang präcise 8 1/2 Uhr.

Billet 50 Pf.

Nach dem Konzert: **BALL.**

Frankfurter Hütte

Grosse Frankfurterstrasse 101 und Krautstrasse 1

Abteilung 3: Schwemme.

4/10 Liter im Glas 10 Pf.

1/2 Lit. im Krug 12 Pf. 1 Lit. im Krug 23 Pf.

Warme Küche, Portion 30, 40 und 50 Pf.

Jeden Freitag: 3078L*

frische Hausmacher Blut- und Leberwurst etc.

auch ausser dem Hause, zu billigen Preisen, empfiehlt

Otto Grätz, Oekonom der Frankfurter Hütte.

Abteilung 1: **Partisani** Eintritt **frei!**

Konzertsäle. **in Uniform.**

Die schönsten Herren-Anzüge, Winterpaletots, Joppen etc. sind zu bedeutend herabgesetzten Preisen in gross. Auswahl vorhanden. Abt. I: Selbstangefertigte Garderobe, keine Fabrikware, durch diesen Vorteil alles viel billiger. Anfertigung nach Mass. Abt. II: Monats-Abonnements-Garderobe, von Kavaliere getragene Sachen, sehr preiswert. Für jede Figur passend. **J. Wand,** Hauptgeschäft: **Prinzenstr. 17,** an der Wasserthorstrasse. Filiale: **Gr. Frankfurterstr. 116, an der Andreasstrasse.**

Jedes **5 Pfennig.** Wort: **5 Pfennig.** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zahlen doppelt.

Verkäufe.
Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 387*
Hochvernehme Herrenanzüge, Winterpaletots, feinsten Nähstoffen herrschend. 18,00-38,00. Beinleider 8-11 Mark. Deutsches Versandhaus, Sägersstr. 63, 1. Trepp. 19088*
Herrenanzüge und Paletots, extra gute und ohne Nacharbeit, Robellacken sehr preiswert. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstr. 141, Ecke Fruchtstr. 19752*
1436 Anzüge, prachtvolle Sachen, stehen zum Verkauf bei Schäfersinger, Turmstr. 85. Buchenmarkt 200 Stück. 19298*
Winterpaletots, Hemontotostützen, Überketten, sportlich Leihhaus, Reanderstr. 6. 33/14*
Teppiche, Gardinen, Käufer, Portieren, Betten, Steppdecken, Regulatoren, sportlich Leihhaus, Reanderstr. 6. 33/14*
Spiegel, Bilder, Möbel, sportlich Leihhaus, Reanderstr. 6. 33/14*
Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Gabelstr. Markt 4, Bahnhof Börse. 93/2*
Anzugreste 8,00, Paletotreste 8,00, Dolmetsche 3,00. Kletterhandlung Lichtbergstr. 9. 30115*
Krankensfahrthülfe für Blumen und Strahe künstlich und leibweise in allen Größen. Kopp, Wasserstr. 95. 87/16*

DAMEN

die viel Geld sparen wollen, können ihre Paletots, Jacketts, Kostüme und Röcke im Engros-Geschäft von **A. Schwarz,** Wassmannstr. 1, Ecke Landsbergerstr., 1. Etage, beziehen.

Damen-Mäntel! Gelegenheitskäufe!
Nur einzeln an Privats im Engros-Geschäft Alexandrinenstr. 36 II.

Kredit. Monatlich - 10 Mark - liebere Anzüge Paletots nach Maß. Per Kasse auch billige Breite. **Schneidermeister, J. Tomporowski,** Prinzenstr. 55.

Herren-Kragen. - reinleinen, garantiert 4fach, - verschiedene Façons in allen Weiten, Stück 15 Pf., so lange der Vorrat reicht. - **Geöffnete Kragen** - per Dutzend 3 Mk. und 3 Mk. 50 Pf. Manschetten, Prima, garant. 4fach 1/2 Dutzend 1.80 Mk., Oberhemden, Serviteurs, Krawatten, in größter Auswahl, Trikotagen, Strümpfe, Hosenträger, Handschuhe. Detailverkauf zu Engrospreisen. **Ernst Marcuse,** Mühlstr. 23. **Grundstück, Vorrat, 10 Minuten vom Bahnhof, guter Koloboden, ca. 70 Ruthen eingezäunt mit Sommerhäuschen, Klotz, zusammen 1500 Mk. Anzahlung 500, verkauft Vankhöfch Sepernid, am Bahnhof. 28515**



Elegante Jackett-Anzüge
in allen modernen Farben und Streifen 18-45 Mark.

Rock- und Gehrock-Anzüge
schwarz und farbig von 25-54 Mark.

Stoff-Hosen
von 3-14 Mark.

Winter-Paletots
elegante und moderne Verarbeitung in allen modernen Farben und Streifen von 16-54 Mark.

Jünglings- und Knaben-Garderobe
in grosser Auswahl.

Moderne Westen
von 1,75-7,50 Mark.

Gegründet 1879.

Herren- und Knaben-Garderobe

Julius Lindenbaum

141, Grosse Frankfurterstr. 141, Ecke Fruchtstrasse.
Grösstes Geschäft der Branche in den Bezirken O, NO, SO.
Feste Preise! Feste Preise!

Teppichhaus
Wenig fehlerhafte Teppiche, Gardinen, Stores, Portieren, Steppdecken, Diwan-, Tisch-, Bett-, Reise- u. Schlafdecken. **Preisermässigung bis 25 %**
J. Senft
28 Königstr. 28

Schlafmöbel-Bazar „Baby“
Centrale Invalidenstr. 160.
Filialen: **Frankfurterstr. 115** (Goldbamerstr. 83b, Lanzenstr. 7a a. d. Götterstr. 18) **Belle-Alliancestr. 107** (Oranienstr. 31) **Reinholdstr. 20** (Brunnenstr. 92)

Berliner Betten und Metall-Bettstellen
für Kinder und Erwachsene.
von 20,00 Mk. an.

Teilhaltung gestattet.
Lieferant des Post-Spar- und Vorkauf-Bereichs.

Reste
Anzugstoffe, Paletotstoffe, Damentuche, Tuchfabrik-Niederlage
Berlin C., Ross-Str. No. 2, Koch & Seeland.

Holzsohlen
aus Erle oder Pappel, 16-19, 20-23, 24-27, 28-31 cm
8 10 13 16 Pf. per Paar
liefern in bester Ausführung per Bahn unter Nachnahme 38/11*
Gebr. Meier, Streitz-Alt, in Mecklenburg, Dampfsägewerk und Holzsohlenfabrik.

Charlottenburg
Krummestrasse 5
Anfertigung feiner Herren-Garderoben nach Mass
von Karl Ehring, Schneidermeister.
Stofflager, englische u. deutsche Stoffe. Solide Preise. 30812*

Kopfkäse **„Puff“**
Unschädlich. Erfolg überaus schnell. In Drogerien 50 Pf. **„Puff“**

Große Betten 12 Mk.
(Oberteil, Unterteil, zwei Matten) mit gereinigtem neuen Federkern bei Gustav Kullig, Berlin S., Prinzenstr. 46. Preisliste kostenlos. Diele Anfertigungsschreiben.

Kleine Anzeigen.

Reisemuster, Prachtexemplare, Winterpaletots, Herrenanzüge sportlich Schönhauser Allee 72b, born III links. 58/15
Gelegenheit! Vancelloso billig. Kränlein Gehler, Prinzenstr. 64, Hof I. 36/12
Taschensofa, Vancelloso, Ubbeloungue, Trumeau, Portieren, Kommandantenstr. 40, I. 36/15
Vancelloso mit 2, Meter höchstem Spiegel 50,00, Friedrichstr. 113, II. 58/16
Vancelloso, Plüsch, elegant, 48 Mark, verkauft sofort Frau Haertel, Lützstr. 8. 58/16
Leihbibliothek, kleine, gut erhalten, billig, Rehaniter, Grobgerichstr. 9. 30298*
Restoration, tonnenförmig, Parteilosigkeit, verlässlich, 2000 Mark, Brunnenstr. 3, jedes Obbe. Ertragen Grünauerstr. 3, Freiland.

Rechtsbureau, Gerichtssekretär, früber, Andrastr. 38, Billig. 2982b
Rechtsbureau, Gerichtsklagen, Ehefachen, Eingabengefuche, Raterteilung, Verlich, Brunnenstr. 97. *
Krankenkassenüber jeder Art, Augustabad, Köpckestr. 60. 1*
Kunstkopiererei von Frau Kofsky, Steinmetzstr. 48, Quergebäude hochparterre.
Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futterjassen 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtbergstr. 9 (Palladenstr. 30106
Fahrradgefuche, auch defekt, Kaffak, Schönhauser Allee 183a. 93/19*
Vereinszimmer Simeonstr. 23. Vereinszimmer Vier, Alte Jakobstr. 119. 19065*
Platina, Goldsachen, Silber, Gebilte, alle Uhren, Blattgold, Rehegold laut Preis, Wangelstr. 4. *
Gesangverein, älterer, sucht stimmbegabte Herren, eventuell mit einem andern Verein zusammenzutreten. Übungsstunde freitag 9-11. Baldemarstr. 88. 79
Die Heuerung, die ich gegen Herrn Dresda geben haben soll, nehme ich zurück. Fr. Dornte, Gröbenmaderstr. 2. 63/18
Franchisare laut Preis, Karlstr. 27. 80606
Verloren Ende Juli Redaktion für Herrenkette (Photographie). Gegen Belohnung abzugeben Radtke, Krautstr. 50. 30298
Bücher, alt und neu, Lexika, Bild, Platen sowie ganze Bibliotheken laut Buchhandlung Meyer, Fyrmistr. 138.

Rechtsbureau, Gerichtssekretär, früber, Andrastr. 38, Billig. 2982b
Rechtsbureau, Gerichtsklagen, Ehefachen, Eingabengefuche, Raterteilung, Verlich, Brunnenstr. 97. *
Krankenkassenüber jeder Art, Augustabad, Köpckestr. 60. 1*
Kunstkopiererei von Frau Kofsky, Steinmetzstr. 48, Quergebäude hochparterre.
Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futterjassen 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtbergstr. 9 (Palladenstr. 30106
Fahrradgefuche, auch defekt, Kaffak, Schönhauser Allee 183a. 93/19*
Vereinszimmer Simeonstr. 23. Vereinszimmer Vier, Alte Jakobstr. 119. 19065*
Platina, Goldsachen, Silber, Gebilte, alle Uhren, Blattgold, Rehegold laut Preis, Wangelstr. 4. *
Gesangverein, älterer, sucht stimmbegabte Herren, eventuell mit einem andern Verein zusammenzutreten. Übungsstunde freitag 9-11. Baldemarstr. 88. 79
Die Heuerung, die ich gegen Herrn Dresda geben haben soll, nehme ich zurück. Fr. Dornte, Gröbenmaderstr. 2. 63/18
Franchisare laut Preis, Karlstr. 27. 80606
Verloren Ende Juli Redaktion für Herrenkette (Photographie). Gegen Belohnung abzugeben Radtke, Krautstr. 50. 30298
Bücher, alt und neu, Lexika, Bild, Platen sowie ganze Bibliotheken laut Buchhandlung Meyer, Fyrmistr. 138.

Vermietungen.
Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle, separat, zugleich Kutterstr. 123, Hof IV, Etobzer. 30256
Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Tüchtige Kohlfleger verlangt E. Kneipp, Köpckestr. 66a. 30146
Klavierlehrer, Sonnabend, Sonntag verlangt Kutterstr. 6, Friedrichstr. 11. 4139
Knaben oder Mädchen zum Ehentragen sucht Götterstr. 9, I links.
Junge Leute, 16-18 Jahr, verlangt Paul Kuhnert, Marktstr. 6, Gmaillertstr. 46, Seitenflügel III. 30276
Hilfsgefragen - Näherinnen beschäftigt auhem Hause bei hohen Löhnen D. Kneip, Griner Weg 8.
Eine Belegerin verlangen Silber u. Bernmann, Reanderstr. 4. 30335
Leitung, Stodarbeiter!
Der Zusatz für Stodarbeiter aller Branchen ist streng fern zu halten bei **Schmälting & Barta,** Trübenstr. 15, 88/9 **Die Ortsverwaltung.**

Auf zur Flugblatt-Verbreitung!

Parteienoffen und Genossinnen! Die Bedeutung der Landtagswahlen soll der Bevölkerung von neuem in einem Flugblatt veranschaulicht werden, das am Sonntag in der Frühe verbreitet wird. Daß diese Arbeitsleistung im Parteidienst die Anspannung aller Kräfte erfordert, ist bekannt, und wir erwarten daher, daß auch diesmal mit der gewohnten Pünktlichkeit gearbeitet werde und jedermann zeitig zur Stelle sei. Niemand darf fehlen!

Die Flugblatt-Verbreiter finden sich an folgenden Stellen zusammen:

Fünfter Wahlkreis. Früh 7 1/2 Uhr. 1. Abteilung: Kaufh., Wismstraße 13; 2. Abteilung: Scholz, Georgenkirchstr. 49; 3. Abteilung: Knisch, Hirtenstr. 10; 4. Abteilung: Patt, Dragonerstr. 15f; 5. Abteilung: Wirth, Auguststr. 51; 6. Abteilung: Wittchow, Kleine Hamburgerstr. 27, Ede Elshauerstraße; 7. Abteilung: Schütz, Luisenstraße 26.

Friedrichsfelde. Früh 7 1/2 Uhr bei Koffe, Luisenstr. 20.
Pankow. Früh 7 1/2 Uhr: Treffpunkt für den 1., 2., 3., 5., 6., 7. Urwahlbezirk bei Dreher, Florastr. 35; für den 4., 8., 13., 14. Urwahlbezirk bei Mierke, Berlinerstr. 51; für den 9., 10., 11., 12. Urwahlbezirk bei Böhlde, Wolkanstr. 100; für die Umgegend bei Böhlde, Wolkanstr. 100.

Wieder-Schönhausen. Früh 7 1/2 Uhr. Treffpunkt für alle drei Bezirke bei Anton, Kaiser Wilhelmstraße, Ede Blankenburgerstraße.

Franz Buchholz. Früh 8 1/2 Uhr. Treffpunkt für beide Bezirke bei Käthe, Berlinerstr. 27.

Lichtenberg. Früh 8 Uhr in den bekannten Bezirkslokalen.

Adnigs-Wusterhausen. Früh 7 1/2 Uhr bei Lange, Gasthof Siegedrang.

Neuenhagen a. d. Ostbahn früh 8 1/4 Uhr auf dem Bahnhof Neuenhagen resp. Fredersdorf.

Stralau. Treffpunkt 11 Uhr im Restaurant Paul Schöps.

Treptow-Baumhuleneweg. Früh 8 Uhr. Treffpunkt: Restaurant Staffelt, Baumhulenestr. 84-85, Restaurant Bod, Klefholzstr. 6, und bei Sühr, Neue Krug-Allee 59.

Zehlendorf. Früh 7 1/2 Uhr bei Giese, Zeltwerferstr. 23.

Der Kampf ums Majorat.

Reuter Tag.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichts-Direktor Reuschner stellt Justizrat Bronker neue Beweisanträge. Er beantragt, den Kunstmaler und Zeichner Edmund Edel aus der Kunststraße als Sachverständigen zu laden. Dieser werde erklären, daß er hier auf dem Korridor des Gerichts den kleinen Grafen gezeichnet und dann erst den Zubehörraum des Gerichtsaales betreten und die Gräfin auf der Anklagebank gesehen hat. Er sei sofort ganz frapportiert gewesen von der Ähnlichkeit des Knaben mit der Gräfin.

Erster Staatsanwalt Steinbrecht beantragt, dann auch einen von ihm noch zu benennenden Beamten des Polizeipräsidiums darüber zu laden, daß eine große Ähnlichkeit zwischen dem Sohn der Cäcilie Meyer und dem angeblichen jungen Grafen besteht.

Ein Geschworener bemerkt hierzu: Die Gräfin habe doch einen Sohn gehabt, der verstorben ist. Den Geschworenen würde es angenehm sein, wenn sie eine Photographie dieses Knaben erhalten könnten. Die Verteidigung sagt zu, ein solches Bild, wenn möglich, zu beschaffen.

Justizrat Bronker legt ferner ein ihm eingeschicktes Telegramm vor, welches in Berlin 7.46 abends aufgegeben und in Wronke erst 8.45 morgens aufgenommen worden ist. Sodann beantragt der Verteidiger die Ladung eines Steinzeigers Stefan Warzynski in Posen zum Beweise dafür, daß tatsächlich die Behauptung aufgestellt worden sei, daß dem Hefelski vom Grafen Hektor 30 000 M. versprochen worden seien, wenn seine Bemühungen Erfolg hätten.

Staatsanwalt Dr. Müller kommt auf die Befragung einer Zeugin zurück, die erzählt hatte: in einer Gesellschaft bei der Gräfin habe der Pfarrer Hylinski der Gräfin erklärt, daß er keine Spur von Ähnlichkeit zwischen dem Knaben und ihr herausfinden könne und die Gräfin sei dabei ganz verlegen geworden. Da die Gräfin diesen Vorfall hier abgeleugnet habe, beantragt Staatsanwalt Dr. Müller die Ladung des Pfarrers Hylinski und noch eines Zeugen.

Der Gerichtshof beschließt die Ladung der vorgeschlagenen Zeugen. An Stelle der vorgeschlagenen beiden Sachverständigen beschließt der Gerichtshof einen noch auszuwählenden Porträtmaler zu laden, der infolge seines Berufs und seiner Autorität geeignet erscheint, ein Gutachten über Ähnlichkeiten abzugeben.

Als erste Zeugin wird Frau Hefelski, die Ehefrau des gestern verstorbenen Zeugen, vernommen. Sie bestätigt, daß, als ihr Mann der Cäcilie Meyer vier Kinderbilder vorgelegt, diese in dem Bilde des „jungen Grafen“ ihr Kind wiedererkannt habe. Es sei ihr behauptet worden, daß sie sich doch vielleicht irren und eins der anderen Bilder das richtige sein könnte, die Cäcilie Meyer sei aber bei ihrer ersten Recognition stehen geblieben. Auf die Frage eines Geschworenen erklärt die Zeugin, daß das Bild einen vierjährigen Knaben darstelle.

Es folgt eine Reihe von Zeugen, welche über den Leumund des Zeugen Hefelski vernommen werden. Das Thema probandum war dahin angegeben worden, daß Hefelski in seiner Heimat sich keines guten Rufes erfreue und ein Intrigant sei, der gewohnheitsmäßig die Menschen auf einanderbebe.

Es werden hierüber Einwohner von Schrimm, Kosen u. vernommen, die sämtlich nichts Nachteiliges, wenigstens nichts nach der Richtung des Beweisthemas behaupten können. Erster Staatsanwalt Steinbrecht deutet durch einige an die Zeugen gerichtete Fragen an, daß er den Max Andruszewski in Verdacht habe, diese Zeugen auszulockschaffen zu haben.

Auch in diese Vernehmungen greifen die Geschworenen wiederholt durch Fragestellungen ein, die deutlich zeigen, wie ernst die Geschworenen ihre schwierige Aufgabe nehmen und mit welcher Aufmerksamkeit sie trotz der widrigen atmosphärischen Verhältnisse, die in dem Schwurgerichtssaale herrschen, die einzelnen Phasen der Zeugenvernehmungen verfolgen.

Der Fuhrmann Kaiser erzählt einen Vorfall, bei welchem er gehört hat, daß die Gastwirtin Kaskowia in Wroblewo dem Zeugen Hefelski gehörig heimgeleuchtet hat. Die Wirtin habe diesem zugerufen: „Sie Lump, Sie Spion, machen Sie, daß Sie herauskommen, meine Gräfin hat ehrlieh ein Kind geboren.“

Der Spion.

Frau Kaskowia schildert diesen Vorfall näher. Hefelski sei bei ihr in Wroblewo erschienen und habe sie nach den Verhältnissen der Gebirgs-Ostrowa ausfragen wollen, wobei er sich der polnischen Sprache bediente und zunächst sagte, er wolle ein Gutachten und sich über die Lage der Dinge in Wroblewo orientieren. Dann sei er auf die Gräfin zu sprechen gekommen, habe gesagt, die Gräfin solle ja in Angst sein, weil das Kind untergekommen sei. Sie habe dies bestritten, weil sie seiner Zeit selbst gesehen hatte, daß die Gräfin in andern Umständen sich befand, und da habe dann Hefelski zu ihr gesagt: „Könnten Sie mir nicht bei meinen Bemühungen eine Stütze sein, mit ein bißchen helfen, damit

die Sache geht. Sie werden reich belohnt werden, brauchen nicht mehr in dem verträucherten Raum hier hausen.“ Dann habe Hefelski immerzu über alles mögliche auf die Gräfin Beschäftigte gesprochen und unter anderem gesagt, die Gräfin treibe sich herum, bald in Montreux, bald in Paris. Hefelski habe so viel geredet, daß sie ganz verzaubert worden sei und sie zu der Ueberzeugung kam, daß sie zu einer Schlichtigkeit überredet werden sollte. Sie habe dann nach der Magd gerufen, daß sie mit dem Besen kommen und den Mann hinausbringen solle, dieser Schwindler und Betrüger habe ihr Geld verprochen, damit sie gegen die Gräfin zur Klägerin werden solle“. Da habe Hefelski gar nichts gesagt, sondern nur mit den Köpfen gezuckt.

Zeuge Hefelski bestreitet, daß er der Zeugin irgendwie nahegelegt habe, etwas Unrechtes zu thun. Als er nach Wroblewo kam, habe er natürlich den Zweck verfolgt, möglichst viel in Sachen der Kindesunterstützungs-Affäre zu erfahren. Deshalb sei er zunächst zu der Gebirgs-Ostrowa gegangen, weil er gehört hatte, daß diese jetzt sich im Geschäft vergrößert hätte und er erfahren wollte, ob etwa das Geld dazu ihr infolge ihres in Posen geleisteten Meineids zugesprochen sei. Er habe sich der Ostrowa als Kassenwächterin vorgestellt und sei dann auf das angeblich untergeschobene Kind zu sprechen gekommen, die Ostrowa habe ihm aber die Antwort verweigert. Da habe er ihr auf den Kopf zugehakt, daß sie nach seiner Ueberzeugung einen Meineid geleistet habe. Auch die Gastwirtin habe er besucht, um von ihr zu erfahren, woher die Ostrowa die ihr zu Gebote stehenden größeren Mittel habe. Er habe die Auskunft erhalten, daß die Ostrowa mit dem Kaffee viel Geld verdient habe. Daran habe sich dann eine Unterhaltung über die Gräfin und das untergeschobene Kind geknüpft. Er bestreite entschieden, daß er die Zeugin beeinträchtigt habe, etwas Falsches zu sagen. Der Zeuge erläutert seine Unterhaltung mit der Zeugin durch entsprechende Gesten und tritt dabei auf sie zu, um zu zeigen, wie er damals an sie herantreten sei, die Zeugin tritt aber in diesem Augenblick mit ängstlicher abweisender Gebärde einige Schritte zurück. (Weiter.) Zeuge Hefelski schließt seine Versicherungen mit der Bemerkung: „Alle die Zeugen aus Wroblewo werden wahrscheinlich gegen mich hier auftreten, weil ich sämtliche Momente festgehalten habe.“

Meineidig?

Große Mühe macht dem Präsidenten die Vernehmung der Frau Wiedowa aus Wroblewo, die völlig entgegenge setzt ihrer früheren vor dem Untersuchungsrichter abgegebenen eidliden Aussage sich vernehmen läßt. Sie hat ein Tuch um den Kopf und ein Tragekleid auf dem Arm und spricht polnisch mit einer solchen Schnelligkeit, daß auch der geübteste Stenograph ihr nicht folgen könnte. Sie erklärt, daß nach ihrem bestimmten Wissen an dem Tage, wo die Nachricht von der Entbindung der Gräfin nach Wroblewo kam, die alte Andruszewska nicht verreist gewesen sei. Auch am Tage vorher sei die Alte zu Hause gewesen. — Der Vorsitzende hält ihr eindringlich vor, daß sie seiner Zeit vor dem Untersuchungsrichter genau das Gegenteil unter ihrem Eide behauptet habe. Sie bezieht sich damit selbst des wissenschaftlichen Meineides und schiebt vor der Gefahr, direkt eingesperrt zu werden. Mit Hilfe des Dolmetschers wird ihr Punkt für Punkt das Protokoll über ihre Aussage vor dem Untersuchungsrichter vorgehalten. Danach hat sie damals zunächst sagen wollen, daß die alte Andruszewska nicht verreist gewesen sei. Der Untersuchungsrichter hatte dann aber festgestellt, daß die Frau vor ihrer Reise nach Berlin noch bei dem Gastwirt Kaskowia in Wronke gewesen ist, dort bei einem Schnaps den Zweck ihrer Reise besprochen und erst dort gehört hatte, daß die Andruszewska zu Hause gewesen sei. Nachdem ihr klar gemacht worden, daß sie bei Belandung einer Unwahrheit sich der Gefahr der Verhaftung aussetze, hat sie, wie das Protokoll ergibt, nach freundlichem Zureden schließlich ihre Aussage gemacht, die mit Hilfe des Dolmetschers sehr genau fixiert wurde. In der Aussage hat sie dann klipp und klar behauptet, daß die alte Andruszewska vor der Geburt und am Tage der Geburt des kleinen Grafen verreist gewesen sei. Sie hat damals dem Dolmetscher noch beim Verlassen des Gerichtsgebäudes gesagt: „Gott sei Dank, daß ich noch die Wahrheit gesagt habe, ich war schon dabei, etwas Unwahreres zu sagen.“ Dies alles wird der Zeugin immer wieder vorgehalten mit der Aufforderung, diese trassen Widersprüche in ihren Aussagen zu erklären. Die Zeugin behauptet, daß sie beim Untersuchungsrichter nur habe sagen wollen, die alte Andruszewska sei nicht verreist gewesen. Sie können mir das Leben nehmen, Sie können mir nicht machen was Sie wollen, ich kann nichts anderes sagen.“ Sie habe allerdings beim Untersuchungsrichter geweint, aber nur, weil man sie so angefahren und ihr gedroht habe, man werde sie vom Hied weg verhaften. Trotz aller Bemühungen des Vorsitzenden sind die Widersprüche nicht aufzuklären. Die Zeugin erklärt auf Befragen, daß sie von keiner Seite beeinträchtigt sei.

Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Koltz läßt sich über die Vernehmung dieser Zeugin ausführlich aus. Die Vernehmung sei ganz besonders gewissenhaft und sorgfältig vorgenommen worden, weil er sich von Anfang an gesagt habe, daß alle Mißverständnisse unter allen Umständen vermieden werden müßten.

Justizrat Bronker glaubt, daß die Zeugin nur von einer einmaligen Reise der alten Andruszewska habe sprechen wollen. Diese Reise sei nach Posen gerichtet gewesen und habe erst nach der Entbindung der Gräfin stattgefunden. Er läßt sich von der Zeugin bestätigen, daß die alte Andruszewska damals schon den Fuß gebrochen und der Zeugin bei der Rückkehr von dieser Posener Reise eine braune Tülle geschenkt habe.

Der Vorsitzende giebt der Zeugin den Rat, während der kleinen Pause sich noch einmal die Sache genau zu überlegen und ihr Gewissen zu prüfen.

Zu diesem Thema wird Kanzleirat Groß vernommen, der bei der Vernehmung der Zeugin vor dem Untersuchungsrichter als Dolmetsch fungiert hat. Er behauptet: Nach ihrer Vernehmung habe die Zeugin ihm seine Freude darüber ausgedrückt, daß sie noch rechtzeitig vor der Befragung einer Unwahrheit behütet worden sei.

Gerichtsschreiber Lüneburg war in dem Zimmer des Untersuchungsrichters, als die Zeugin vernommen wurde und befähigt die Aussage des Landgerichtsrats Koltz. Dieser habe in keiner Weise auf die Zeugin eingewirkt, sondern ihr nur vorgehalten, daß sie die reine Wahrheit sagen solle und daß sie beim Kaufweis einer Unwahrheit sofort verhaftet werden könnte.

Erster Staatsanwalt Steinbrecht beantragt, die Zeugin wegen wissentlichen

Meineids zu verhaften.

Sie sei vielfach vor der Unwahrheit verwahrt worden und habe trotzdem offenbar die Unwahrheit beschworen.

Justizrat Bronker beantragt, den Antrag des Staatsanwalts abzulehnen, vor der Entbindung aber den Dr. Kossinski zu beauftragen, die Zeugin körperlich und geistig zu untersuchen. Für seinen Scharfblick werde eine Zeit von 24 Stunden hierzu genügen. Man müsse doch die geistige Kapazität dieser Zeugin berücksichtigen und sich vorstellen, daß sie zuerst zu Hause über die Sache vernommen wurde, dann nach Roabit zu dem gestrigen Herrn Untersuchungsrichter gekommen ist, der ihr mit der solchen Zeugen gegenüber notwendigen Bestimmtheit und Energie gegenübergetreten ist. Da könne man sich doch vorstellen, in welcher Verfassung sich diese Zeugin befunden. Die Hauptfrage war, daß die alte Andruszewska auch nach ihrer Angabe einmal verreist war und wenn sie sich über den Zeitpunkt irren sollte, so passiere dies bekanntlich noch ganz andren Leuten. Sie habe ehrenwerte Leute sich gegenüber gesehen, die ihr vorhielten, daß sie die Wahrheit sagen solle und da habe sie wohl das ausgefragt, was nach Ansicht dieser Herren wohl die Wahrheit sei. Da sei es auch ganz erklärlich, wenn sie ansahmete, als sie endlich nach Hause gehen konnte. Wenn eine

objektive Unwahrheit vorliege, so sei doch ein subjektives Verschulden nicht nachzuweisen.

In demselben Sinne äußern sich die Rechtsanwalte Chodziesner und v. Agholowski, die noch darauf hinweisen, daß für die Zeugin zweifellos die Thatsache, daß sie eine braune Tülle geschenkt erhalten habe, von besonderer Bedeutung war und ihre Erinnerung sich in erster Reihe an diese Thatsache knüpfte.

Die Zeugin erklärt auf den Antrag des Staatsanwalts: „Mögen die Herren mit mir machen, was sie wollen, ich kann nicht mehr sagen, als ich gesagt habe.“

Auf nochmaliges Befragen des Justizrats Bronker erklärt die Zeugin wiederholt, daß sie von keiner Seite Geld oder Versprechungen erhalten habe, namentlich auch nicht von dem angeklagten gräflichen Ehepaar.

Erster Staatsanwalt Steinbrecht hält ihr vor, daß sie vor ihrer Reise nach Berlin nochmals nach Wroblewo auf Schloß gegangen sei. Sie giebt das zu; doch sei dies nur geschehen, weil sie doch eine so große Reise vorhatte und die Komtesse bitten wollte, daß sie ihr eine Begleitung mitgebe. Sie habe auch eine Begleitung bis zu einer bestimmten Station erhalten.

Der Gerichtshof verkündet nach kurzer Beratung:

Die Zeugin wird in Haft genommen,

da sie nach Ansicht des Gerichts des Meineids dringend verdächtig ist sowie der Begünstigung der Angeklagten durch Aussetzen, die in direktem Gegensatz zu ihrer früheren beschworenen Aussage stehen. Den weiteren Antrag des Verteidigers auf Unterbindung der Zeugin durch den Dr. Kossinski hält der Gerichtshof durch diesen Beschluß für hinfällig.

Auch bei dem folgenden Zeugen, dem Bogt Johann Biskup in Wroblewo, stellt sich ein

Widerspruch mit seiner früheren Aussage

heraus. Er hatte früher gesagt, er gebe die Möglichkeit zu, daß die alte Andruszewska am 27. Januar verreist gewesen war, jetzt sagt er aus, daß nach seiner Wissenschaft die Alte nur im Dezember einmal nach Posen gereist war, nicht aber im Januar. Er will sich entsinnen, daß die alte Andruszewska, als am 27. Januar mittags das Telegramm über die Entbindung nach Wroblewo kam, antwortend war und vor Freude darüber getänzelt habe. Der Zeuge kann nicht einsehen, daß zwischen seinen beiden Aussagen ein Widerspruch vorhanden sei; er dächte doch, es sei daselbst.

Ein Wirtschaftsbearbeiter weiß nicht, ob die alte Andruszewska in der kritischen Zeit im Januar in Wroblewo war oder nicht. Ueber die Hedwig sagt er aus: sie habe sich oft mit ihrer Mutter geankt, sei scheu und befangen gewesen und habe einem nicht recht in die Augen sehen können.

Der Zeuge Johann Blaszyk, der seit zehn Jahren Nachwächter in Wroblewo ist, kann sich nicht entsinnen, daß die alte Frau Andruszewska, abgesehen von Fahrten zur Kirche oder Weiche, jemals verreist gewesen sei.

Frau Josefa Sawala aus Wroblewo weiß nichts von Reffen der alten Andruszewska. Am 27. Januar sei, wie sie wisse, eine Dorothea aus Berlin gekommen, daß die Gräfin von einem Knaben entbunden worden sei. Man habe sich sehr darüber gefreut, sie wisse jedoch nicht, ob da die Frau Andruszewska anwesend war. Auf Vorhalt des Staatsanwalts bestätigt sie, daß die Alte in ihren Obliegenheiten manchmal auch von der Hedwig vertreten worden sei. Eingekerkert wird hier die Vernehmung des Kaufmanns Kossakiewicz, der von dem Staatsanwalt geladen ist, um über den Leumund des Zeugen Hefelski vernommen zu werden. Dieser ist bei dem Zeugen längere Zeit provisionsreisender gewesen, der Zeuge kann schlechtes über ihn nicht belunden.

Ein früher schon vernommener Zeuge Michelski wird auf Antrag des Staatsanwalts v. Agholowski nochmals vorgezogen und über den Leumund des Zeugen Hefelski vernommen. Er behauptet: er habe auf der Reise einmal von zwei Personen gehört, daß Hefelski vor dem Grafen Hector 30 000 M. erhalten haben soll, um Reisen nach Stralau, Warschau, Paris u. zu machen und Zeugen, die in dieser Sache aufzutreten haben, „umzudrehen“. Der Zeuge hatte seiner Zeit ein Delikatessen- und Weingeßchäft, in dessen Weinstube sich die Honoratioren öfter über Hefelski unterhalten haben. Er will nie gut über ihn haben sprechen hören, aber viel Schlechtes. Er habe den Beinamen „Chodula“, das heißt „Dreißig“, gehabt, man habe ihn vor Hefelski gewarnt und gesagt, er sei ein gefährlicher Mann, der viel anonyme Briefe geschrieben und Zwist in Familien getrogen habe.

Es wird dann noch die Wirtschaftlerin Anna Diejnik vom Centralhotel in Stralau vernommen, die am 23. Januar 1897 eine Frau Wozotowska in das Fremdenbuch eingetragen und am 25. Januar wieder abgemeldet hat. Es stellt sich heraus, daß der Name in dem Fremdenbuch mit dem Reisebillet nicht übereinstimmt.

Nächste Sitzung: Freitag 9 1/2 Uhr.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik und die Aussperrung in der Metallindustrie.

Es ist schon oftmals im Verlauf der Bewegung seitens der Streikenden erklärt worden, daß die Arbeitgeber sich ihnen gegenüber nicht der lautersten Mittel bedienen und daß namentlich ihre Veröffentlichungen nicht immer der Wahrheit entsprechen, und schon oft konnten die Streikenden Beweise dafür vorbringen. Auch in der gestrigen Versammlung der streikenden Brüder wurden verschiedene Thatsachen erwähnt, die nicht von besonderer Wahrheitsliebe der Fabrikanten zeugen. Dem Referenten Cohen lag das Protokoll der Sitzung der Vertreter des Gesamtverbandes der Metallindustriellen Deutschlands vor, die am 28. September im Architektenhause stattgefunden hat und aus allen bedeutenden Städten des Reiches besetzt war. Laut Protokoll hat der Fabrikant Hegewaldt in jener Sitzung berichtet, daß die Firma Wintisch sich leider sehr unkollegial benommen habe, indem sie dem Aussperrungsbeschlusse nicht nachgegeben sei. Man habe der Firma schließlich vorgeschlagen, nur die Hälfte ihrer Arbeiter, und dann, doch wenigstens 30 Proz. auszusperren; aber auch darauf sei sie nicht eingegangen. — Der Defizientheit gegenüber haben die Fabrikanten bekanntlich behauptet, an Wintisch wäre das Ansuchen, auszusperrn, gar nicht gestellt, die Firma wäre von der Ausführung des Beschlusses dispensiert worden. Das Protokoll jener Sitzung beweist schärfst auf weiß das Gegenteil. In der Sitzung wurde weiter gesagt, Wintisch hätte auf diese Weise der Socialdemokratie einen großen Triumph bereitet. — Die Sitzung beauftragte dann den Vorstand des Gesamtverbandes, einen Ausgleich mit der Firma Wintisch zu suchen. In einer Fußnote wird im Protokoll hierzu bemerkt, daß der Vorsitzende daraufhin mit Wintisch konferiert hat, dieser aber jeden Ausgleich ablehnte. Die Firma Wintisch hat ihre Mitgliedschaft in der Fabrikantenvereinsung per Ende dieses Jahres gekündigt; ebenso E. Esser. In jener Sitzung wurde auch eine Resolution angenommen, in der den im Kampf gegen ihre Arbeiter befindlichen Unternehmern finanzielle und moralische Unterstützung zugesagt wird — ein Beweis dafür, daß die Streikenden es gewissermaßen mit den Unternehmern von ganz Deutschland zu thun haben. Bemerkenswert ist noch, daß jene Sitzung 500 M. für die „Arbeitgeber-Zeitung“ bewilligte, wofür sich der Vertreter des Verbandes dankend verpfllichtete, die Interessen der Fabrikanten kräftig wie bisher zu fördern. Wenn es noch eines Beweises bedürfte, wäre hiermit der Beweis geliefert, daß dieses Blatt, das noch vor einem halben Jahre schrieb, es berichte über die Streikig-

Leiten der Arbeitgeber und Arbeiter nach durchaus objektiver Prüfung, im Sinne der Rühmänner keine Heftigkeiten gegen die Arbeiterbewegung allzuweit in die Welt setzt. — Mit Bezug auf die große Bedeutung, die die Fabrikanten der Schließung des Arbeitsnachweises in der Gartenstraße beizulegen suchten, teilte der Referent mit, in welcher sonderbarer Weise eine Firma, die ungefähr 200 Arbeiter beschäftigt, zu den großen Zahlen beiträgt, womit in dem Nachweisbericht getrunkt wird. Diese Firma sendet alle schriftlichen Arbeitsgesuche — es ist ein weitverbreiteter Brauch in der Metallindustrie, daß die Arbeitslosen bei dieser oder jener Firma schriftlich um Arbeit anfragen — nach der Gartenstraße, wo die Arbeitsuchenden dann als Eingestellte aufgeführt werden. Die Einstellungscheine benutzt die Firma bei Bedarf für irgendwelche anderen Arbeiter.

In der vorigen Woche ging durch eine Reihe bürgerlicher Blätter die Notiz, daß beide Parteien jetzt streikmüde seien und eine Einigung wünschten; daran wurde die Frage geknüpft: ob die Arbeiter nicht zunächst die Arbeit wieder aufnehmen wollten, wenn die Arbeitgeber sich bereit erklärten, nachträglich mit ihnen zu verhandeln. Mit den Absichten der Streikenden hatte diese Notiz, die offenbar lediglich den Wünschen der Fabrikanten entspricht, nichts zu tun. Die Streikenden lehnten und lehnen es ab, sich in dieser Weise den Rühmännern auf Gnade und Ungnade zu ergeben. Nun haben dieser Tage 3 oder 4 Firmeninhaber, darunter solche, die sonst viel zu hochmütig sind, um mit den Arbeitern auch nur ein freundliches Wort zu wechseln, Streikende angesprochen und ihnen gut zugeredet, wieder zur Arbeit zu kommen. Sie suchten Mißtrauen gegen die Streikleitung zu erwecken und die Streikenden wankelmütig zu machen, haben aber damit augenscheinlich keinen Erfolg gehabt. Herr Adolf Gräß, von der Firma Erich u. Gräß, hat einigen Streikenden, die er zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen suchte, erzählt: Die Streikleitung und die Verbandsleitung seien an die Fabrikanten herangetreten mit dem Angebot, die Streikenden sollten die Arbeit wieder aufnehmen unter der Bedingung, daß nachher mit den Fabrikanten verhandelt werde. Weiter erzählte Herr Gräß: Die Verbandsleitung hätte kein Geld mehr, man hätte schon 5000 M. von den Buchbindern gepumpt, die leitenden Personen liefen mit einem biden Kopfe herum und wählten nicht aus noch ein.

Cohen erklärte dies ganze Gerede für Unsinn. Er lenkte Gräß gar nicht, und es sei ihm und der Streikleitung gar nicht eingefallen, den Fabrikanten ein derartiges Angebot, wie oben erwähnt, zu machen; ebensowenig dem Verbandsvorsitzenden Schilde, der zur Zeit hier anwesend sei. Es sei auch gar nicht denkbar, daß der Streik in dieser Weise beendet werde. Ebenso sei es hochgradig Unsinn, zu behaupten, es wären 5000 M. von den Buchbindern gepumpt worden. Was eine solche Summe wohl helfen könnte, wo doch allein für die kleine Gruppe der streikenden Drucker wöchentlich 8500 M. gebraucht würden, für die Ausgeperrten und Gärtler aber noch weit größere Summen. Da Herr Gräß erklärt habe, er wolle das, was er zu den Streikenden gesagt habe, öffentlich vertreten, so solle er zu der morgen vormittag stattfindenden Gärtler-Versammlung brieflich eingeladen werden. (Zwischenruf: Er kommt nicht!) Nachdem er so die Saat des Mißtrauens unter den Streikenden auszustreuen versucht habe, müsse er seine Behauptungen auch öffentlich vertreten. Er brauche keine Angst zu haben, man werde ihn ruhig anhören und ihm nichts zu leide tun. — Des weiteren teilte Redner noch einiges über die letzte Generalversammlung der Fabrikanten mit und erklärte unter anderem, er wisse aus ganz zuverlässiger Quelle, daß dort ein Arbeitgeber für eine Verständigung mit den Streikenden gesprochen habe; der Mann sei aber niedergebrüllt worden. So werde der Terrorismus, der angeblich in den Versammlungen der Streikenden geübt werden solle, hauptsächlich von den Unternehmern praktiziert. Die Resolution, die von jener Generalversammlung angenommen wurde, sei so schlecht abgefaßt gewesen, daß sie niemand verstanden hätte. Man hätte es dann der Vertrauenskommission überlassen, sie für die Öffentlichkeit zurecht zu machen. Der Redner erklärte zum Schluß, daß die Hoffnung der Fabrikanten auf ein allmähliches Abbröckeln der Streikenden nicht in Erfüllung gehen werde und daß die Streikenden unter allen Umständen geschlossen ausdauern würden, bis der Kampf beendet sei. (Starker Beifall.) Hierauf wurde von einem Streikenden der Firma Erich u. Gräß nochmals über die erwähnte Unterredung berichtet. Herr Gräß hat ausdrücklich erklärt, er verbürge sich persönlich für die Richtigkeit seiner Behauptungen. Es bleibt abzuwarten, ob er der an ihn ergangenen Einladung zur Gärtler-Versammlung am Freitag Folge leistet.

Sodann nahm der Verbandsvorsitzende Schilde das Wort. Er erklärte jene Behauptungen ebenfalls für unwahr. Er hätte den Fabrikanten in keiner Weise positive Vorschläge gemacht. Freilich hätte er der Vertrauens-Kommission des Industriellen-Verbandes mitgeteilt, daß er sich bei ihr über den Streik informieren möchte. Das sei aber abgelehnt worden. Er sei von den Rühmännern überhaupt nicht empfangen worden, so daß er überhaupt gar nicht Gelegenheit gehabt habe, irgend welche Vorschläge zu machen. Außerdem liege gar keine Veranlassung vor für die Arbeiter, neue Vorschläge zu machen; sie hätten ja ihre Vorschläge den Fabrikanten vorgelegt; jetzt liege es an den Fabrikanten, mit Vorschlägen herauszutreten, wenn sie eine Einigung wünschten. Diejenigen, die fortgesetzt allerlei Unwahrheiten, für die sie nicht den geringsten Anhalt haben, gegen die Streikenden oder ihre Leitung verbreiteten, sollten doch einmal bedenken, daß dergleichen Lügen kurze Beine haben. Was da über den Stand der Finanzen des Metallarbeiter-Verbandes verbreitet werde, sei durchaus falsch und nur dazu erfunden, etwaige Denksätze unter den Streikenden wankelmütig zu machen. Die Verbandsleitung wie die Streikleitung würden die Streikenden niemals veranlassen, auch nur eine Minute länger im Streik auszuhalten als diese es selber wünschten, und wenn wirklich der Streik als verloren anzusehen sei, es den Streikenden auch sagen.

In diesem Sinne äußerten sich auch die übrigen Redner. Auch sie erklärten, daß der Streik einmütig fortgesetzt werden soll, und die Versammlung gab durch starken Beifall kund, daß diese Meinung die allgemeine herrschende ist.

Die Versammlung wählte sodann zu Mitgliedern der, in dem vor dem Gewerbegericht abgeschlossenen Tarifvertrag vorgesehenen Schlichtungskommission die Metalldrucker Hartmann, Fiedler und Fallnich; als Ersatzmänner Pohl, Schröter und Weichenborn. Weitere fünf Kommissionsmitglieder sollen von den Gärtlern gewählt werden; außerdem hat der Hirsch-Dundersche Gewerbeverein ein Mitglied zu wählen. Die wenigen Differenzen, die bis jetzt bei den Tarifritten vorgefallen sind, waren so unbedeutend, daß kaum eine Schlichtungskommission nötig war. Dessen ungeachtet muß natürlich Vorsorge getroffen werden, daß diese Kommission wie vorgesehen gebildet und vorhanden ist.

Bereinigungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern der Berliner Holzindustrie in Vorbereitung.

Kürzlich fand eine gemeinsame Sitzung von Vertretern des Holzarbeiter-Verbandes und solchen der Tischlerinnung und der freien Vereinigung Berliner Holzindustrieller statt. Zweck der Sitzung war: Schaffung einer Kommission zur Schlichtung von beruflichen Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Bekanntlich herrscht bislang in der Berliner Holzindustrie ein äußerst gespanntes Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern, das in einem fortwährenden gegenseitigen Kleinkrieg seinen Ausdruck findet. Die Öffentlichkeit ist zwar von diesem Kampf nur wenig gewahrt geworden, dafür wird er in der Stille aber um so energischer geführt. Sind doch im letzten Quartal nicht weniger wie 146 Betriebe mit ca. 4000 Arbeitern vom Holzarbeiter-Verbande der verschiedensten Differenzen wegen gesperrt

worden. Meistenteils mußten sich die Arbeitgeber wohl oder übel zur Bewilligung der gestellten Forderungen bequemen, trotz des Rückhaltes, der ihnen von schärfmännlicher Seite gewährt werden sollte. Dazu kommt das immer fruchtlosere Bemühen, den Unternehmern durch den bekannten Innungsnachweis die genügende Anzahl qualifizierter Arbeiter zuzuführen. Ein derartiger Kleinkrieg, wie er hier vom Holzarbeiter-Verbande als einer anerkannt starken und leistungsfähigen Organisation mit kraftvoller Energie und jäher Ausdauer geführt wird, ist sehr wohl geeignet, schließlich auch die profitigste Unternehmergruppe müde zu machen. Vielleicht ist den Unternehmern nach und nach diese Einsicht auch aufgedämmert; außerdem mögen sie wohl einzusehen beginnen, daß es mit der geplanten Vernichtung des Holzarbeiter-Verbandes denn doch noch gute Wege hat — im Gegenteil, er steht mächtiger da denn je — alles Dinge, die auch in dem hartgefolgten Unternehmern die Wunsch nach einer Verständigung mit der Arbeiterorganisation begreiflich erscheinen lassen. Da andererseits aber auch die Arbeiter nach stets zu Verständigungen bereit gewesen sind, so lag einer Tagung der beiderseitigen Vertreter nichts im Wege. In der Verhandlung selbst wurden die allgemeinen Gesichtspunkte erörtert, die als Grundlage für die Wirksamkeit der zu schaffenden Kommission gelten sollen. Ihre Hauptaufgabe wird jedenfalls darin bestehen, namens der bisherigen Organisationen Lohn- und sonstige Differenzen zu schlichten und vor allen Dingen vermittelnd und regelnd einzugreifen, um den Ausbruch von Streiks möglichst zu verhüten. Beschlissen wurde, eine zu gleichen Teilen aus Arbeitern und Arbeitgebern zusammengesetzte Vorbereitungs-Kommission zu wählen, die im Laufe der nächsten Zeit alle Details für die zukünftige Tätigkeit der Schlichtungs-Kommission auszuarbeiten hat.

Der Streik in der Stockfabrik von Schmeling u. Barta in Rixdorf dauert unbeeinträchtigt fort. Die Streikenden haben sich auch jetzt wieder einmütig für die Fortsetzung des Streiks erklärt. Wie am Mittwoch in der Sitzung der Branche der Stock- und Celluloid-Arbeiter mitgeteilt wurde, ist den Streikenden in der vorigen Woche ein Mietszuschuß von 4 M. für Ledige und 5 M. für Verheiratete neben der Streikunterstützung ausgezahlt worden. In der jüdischen Arbeiterkolonie in Weiskow wird trotz aller Proteste der organisierten Stockarbeiter ruhig für die Firma weiter gearbeitet. Besonders gute Arbeit können die Kolonisten selbstverständlich nicht liefern. Wie berichtet wird, hat man die Verarbeitung von besserem hohlem Material wieder aufgeben müssen, weil zu viel davon verplatzt. — In der Versammlung der Streikenden am 11. Oktober wurde bekanntlich ein Herr Jeded, der sich als Vertreter der Firma Remmert u. Co. ausgab, eine Art Vermittlung anzubieten und die Verhältnisse bei Schmeling u. Barta als weniger ungünstig hinzustellen. Auf diesen Vorschlag folgendes Schreiben an die „Holzarbeiter-Zeitung“ bezug, daß in der neuesten Nummer dieses Blattes veröffentlicht wurde:

„Unter höflicher Erwiderung auf Ihren Artikel in Nr. 42 Ihres Blattes betreffend die Lohnbewegung der Stockarbeiter in Berlin-Rixdorf erwidern wir, daß weder Herr Jeded unser Vertreter war, noch daß wir mit der Handlungsweise der Firma Schmeling u. Barta einverstanden sind. Wir halten das Vorgehen vorgenannter Firma ebenfalls für geeignet, sowohl Stockfabrikanten als Stockarbeiter in empfindlichster Weise zu schädigen und halten das Vorgehen der Arbeiter der Firma Schmeling u. Barta nach dem Borgefallenen für richtig.“

Hochachtungsvoll

(gez.) B. Remmert u. Co.

Die Ueberzeugung, daß das Verhalten der Firma Schmeling u. Barta die ganze Branche schädigt, wird jedenfalls auch noch von vielen anderen Fabrikanten geteilt. Die Arbeiter der Branche werden den Kampf mit aller Kraft fortsetzen. In nächster Woche sollen eine Anzahl Werkstattversammlungen abgehalten werden, die sich ebenfalls mit dem Streik befassen werden.

Des weiteren wurde über verschiedene Mißstände gesprochen und unter anderem erwähnt, daß in der Celluloidwaren-Fabrik von E. Roa die in diesem Frühjahr erlassene Polizeiverordnung hinsichtlich der Rothbüren in Celluloidfabriken nicht innegehalten wird, obgleich Herr Roa Vorgesetzter der Vereinigung der Celluloid-Fabrikanten ist, die selbst beim Erlaß jener Polizeiverordnung mitgewirkt hat.

Und nochmals Hausfriedensbruch unter Mithilfe von Polizeibeamten. Erst vorgestern war das Lokal des Restaurateurs Cibrius in der Alexanderstraße der Schauplatz einer wilden Scene, die von dem bekannten Sekretär Meinde vom Arbeitsnachweis der Holzindustriellen unter Mithilfe von fünf Schuppleuten angeführt wurde, und gestern wiederholte sich bereits ein ähnlicher Aufruhr. Ungeachtet dessen, daß dem Manne nun schon häufig von dem Wirt das Betreten seiner Räumlichkeiten ganz energisch verboten worden ist, kam er gestern wieder mit einem Schupplemann ins Lokal, um einen der verhafteten Streikposten fesseln zu lassen. Er ging auch nicht, als die Frau des abwesenden Wirts ihm abermals die Thür wies, sondern blieb, bis der Schupplemann die Personalien des Postens festgestellt hatte. Ein derartiges Gebahren einer erstbesten Zivilperson dürfte in Berlin denn doch bis jetzt wohl einzig dastehen. Man ist versucht, zu fragen: Hat der Mann denn eigentlich Amtsgewalt, oder hat er die behördliche Genehmigung, ohne weiteres in die Behausung anderer Leute einzudringen? Wie kommt es, daß die Polizei sich sozusagen unter den Befehl dieses Mannes stellt? Schon seit Wochen spielte er diese auffallende Rolle. In Berlin, in Lichtenberg, in Tempelhof führt er seine Verhaftungen aus und stets unter bereitwilliger Assistenz der Polizei. Ein Wirt jenes Namens genügt, und die Beamten eilen herbei, um die ihnen bezeichneten Leute ohne jeden ersichtlichen Grund zu fesseln. Wollen die Verhafteten auf der Wache dann aber die näheren Personalien des Meinde wissen, um womöglich klagar gegen ihn zu werden, dann wird ihnen von den Polizeibeamten gesagt: „Der kennen Sie ja besser wie wir“ oder „sehen Sie im Adressbuch nach.“ Um nun den noch zu fesseln und ihre diesbezüglichen nutzlosen Fragen an die Beamten zu ersparen, teilen wir hiermit die Adresse des Meinde öffentlich mit. Er wohnt Lichtenberg-Amt, Widrunstr. 4.

Bemerken aber möchten wir noch, daß aller Wahrscheinlichkeit nach das Verhalten des Meinde den zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern gegenwärtig gepflogenen Verhandlungen betr. Einsetzung einer Schlichtungskommission wohl keineswegs besonders förderlich sein dürfte.

Ueber die Lohnbewegung der Musikinstrumenten-Arbeiter wurde am Mittwoch in einer Vertrauensmänner-Sitzung dieser Branche (Sektion des Holzarbeiter-Verbandes) eingehend Bericht erstattet. Bislang sind die Forderungen der Arbeiter auf Verfürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Accordsätze, so weit solche den Firmen überreicht waren, größtenteils oder auch ganz ohne Arbeitsniederlegung bewilligt worden. Nur bei einer Firma kam es zum Ausstande, der nach einwöchiger Dauer ebenfalls zur Zufriedenheit der Arbeiter beigelegt wurde. Nach Ansicht der verschiedenen Redner wäre das Resultat der Lohnbewegung ein für die Gesamtbranche noch ungleich günstigeres gewesen, wenn volle Einmütigkeit im Vorgehen auch bei den Mitgliedern des lokalen Fachvereins zu erstehen gewesen wäre. Beschlissen wurde, am Montag, den 23. November, eine öffentliche Versammlung der Musikinstrumenten-Arbeiter einzuberufen, woselbst dann im größeren Rahmen über die Lohnbewegung und die dabei eingeschlagene Taktik des „Fachvereins“ verhandelt werden soll.

Die Bautischler des Innungsbezirks Steglitz haben den Meistern einen Netto-Tarif zur Bewilligung vorgelegt. Verhandlungen der beiderseitigen Kommissionen schweben noch.

Achtung, Arbeiter und Genossen Köpenick, Adlershof und Umgegend! Wir eruchen Euch im Interesse der Organisation der Friseurgehilfen obigen Bezirks dringend, auf die abgestempelten grünen Kontrollkarten zu achten. — Genossen! Laßt Euch nur von organisierten Gehilfen bedienen. Zahlsche Köpenick des Centralverbandes der Friseur-Deutschlands.

Bezüglich unsres Berichtes über die Lohnbewegung der Konditor- und Backwaren-Arbeiter wird uns mitgeteilt, daß es sich bei dem Arbeiter, dessen Lohnangaben klargestellt werden mußten, nicht um einen Herrn Vabe, sondern um Herrn Rudolf Vabel in der Hochmeisterstraße handelt. Die spezialisierten Lohnsummen waren nicht von verschiedenen Arbeitern erreicht, sondern sie waren, mit Ausnahme der zuerst genannten Summe, der tatsächliche Accordverdienst eines und zwar desjenigen Arbeiters, welcher im Durchschnitt immer noch den besten Verdienst erreicht. Die anderen erreichten nur selten diese „Höhe“.

Deutsches Reich.

Ein Preßprozeß gegen die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ wurde vor dem Schöffengericht Rixdorf am Mittwoch verhandelt. In der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ zu Berlin waren im Herbst vorigen Jahres Notizen enthalten über die Rohlegerbewegung und über einen Streik bei der Kronleuchterfabrik von Hermann Dietrich. In Bezug auf letzteren Streik hieß es, daß die Arbeiter der Firma in den Anstalten getreten seien, weil man den Schleißen die von ihnen gestellten Forderungen nicht bewilligt habe, nachdem aber die Arbeiter eingesehen hätten, daß die Firma als Mitglied der Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten nicht gewillt gewesen sei, den Forderungen nachzugeben, hätten die Arbeiter die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ brachte hierauf eine scharfe Erwiderung, worin es hieß, die „Arbeiter-Zeitung“ sehe den schon früher begonnenen Schwindel fort, der brave Herr Rasse habe Versuche gemacht, die Arbeitgeber zu organisieren und gegen die Arbeiter scharf zu machen, es sei aber nie möglich gewesen, bei den Kleinmeisterleuten eine einigermaßen anständige Versammlung zustande zu bringen, nur 4 bis 6 Mann seien immer anwesend gewesen. Das sei nicht zum wenigsten darauf zurückzuführen, daß die Arbeitgeber von Herrn Rasse nichts wissen wollen, diesem Heber und Wähler, der sich die erste Blamage beim Berliner Kleinmeisterstreik geholt habe, dann auch bei den Tischlermeistern abgefallen sei. Beim Rohlegerstreik habe es erst einer längeren Diskussion bedurft, ehe er zur Versammlung Zutritt erhalten habe. Als Verfasser der Notiz war Rasse bezeichnet worden, was auch in der Verhandlung von der klägerischen Vertretung zugestanden wurde. Soweit diese Notiz den Streik bei Dietrich betrifft, hatte die „Metallarbeiter-Zeitung“ gesagt, Herr Rasse könne das Auffahren ebensowenig lassen wie die Rasse das Maulen. Er stelle die Wahrheit auf den Kopf, da die Arbeiter einen vollständigen Sieg errungen und die Firma nach mehrtägigem Streik trotz Abwärtens des Herrn Rasse nachgegeben hätte. Die Arbeiterforderungen seien zum größten Teil bewilligt worden.

Durch diese Notiz fühlte sich Herr Rasse beleidigt und stellte Strafantrag. Beide Parteien hatten eine Anzahl von Zeugen namhaft gemacht, die sämtlich in Berlin wohnen und nur kommunikalisch vernommen wurden. Auch der Beklagte und der Kläger sind nicht persönlich erschienen, sondern durch Anwälte vertreten. Die Aussagen der Zeugen wurden verlesen. Richtermeister Hellwig sagte aus, daß die Versammlungen der Kleinmeister-Zunft nicht von 4—6, sondern von 200—300 Mann besucht gewesen seien. Rasse habe sich in den Versammlungen für die Aufsperrung der Kleinmeister ausgesprochen, während ein anderer Zeuge, der Obermeister Berger, behauptete, Rasse habe in den Versammlungen einen vermittelnden Standpunkt eingenommen. Tischlermeister Vorwerk hatte zu der Behauptung, daß Rasse mit seiner Schärfmacherei bei den Tischlern abgefahren sei, auszusagen. In Versammlungen der Meister, wo es sich um den von den Gehilfen geforderten paritätischen Arbeitsnachweis handelte, habe Rasse darauf hingewirkt, nicht nachzugeben. Er sei deshalb in der Versammlung mehrfach angegriffen worden, insbesondere durch Juruse. Der Richtermeister Hellwig vom „Vorwärts“ war in der Versammlung der Tischlermeister, wo Rasse als Redner auftrat und ziemlich scharf in dem Sinne sprach, die Meister sollten nicht nachgeben. Rasse habe in der Versammlung starke Opposition gefunden, so sei ihm u. a. zugerufen worden, ob er denn an der Blamage, die er sich bei den Kleinmeistern anheimgemacht, noch nicht genug habe. Das sei eine Anspielung darauf gewesen, daß sich Rasse in den Versammlungen der Kleinmeister bemähe, die Meister zum schärfsten Widerstande zu veranlassen, während schließlich der Verlauf der Sache diesen Bemühungen nicht entspreche. Obermeister Radler erklärte dagegen, daß Rasses Ausführungen nur gegen geringen Widerstand gefunden hätten und daß seine Vorschläge auch mit großer Mehrheit zum Beschluß erhoben worden seien.

Eine Anzahl von Zeugen soll behaupten, daß Rasse den Verlauf des Streiks bei Dietrich falsch dargestellt hat. Gärtler Schmidt, ein Mitglied der Unterhandlungskommission, behauptet, daß ansangs Oktober die Schleifer bei Dietrich die Arbeit niederlegten, weil am Accord gekürzt werden sollte. Da Unterhandlungen keinen Erfolg hatten, legten auch die anderen Arbeiter die Arbeit nieder. Bei dieser Gelegenheit wurde eine Reihe von Forderungen formuliert, besonders wurde die Wiedereinstellung der Schleifer und Gewährung eines Stundenlohnes von 55 Pf. verlangt. Die Unterhandlungen mit der Firma zerbrachen sich, weil diese zwar die übrigen Forderungen bewilligte, aber die Schleifer nicht wieder einstellen wollte. Bei einer zweiten Unterhandlung gab die Firma nach und bewilligte die Forderungen im großen und ganzen. Der Drücker Kähler befindet in der gleichen Weise, während die Inhaberin der Firma, Frau Dietrich, behauptet, sie habe ihren Standpunkt gewahrt, da die strikte Arbeit den Schleifern genommen und den Polierern übertragen worden sei. Der erste Bevollmächtigte des Metallarbeiter-Verbandes, Adolf Cohen, hat aus den Statuten der Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten entnommen, daß den Mitgliedern zur Pflicht gemacht ist, gesperrte Arbeiter auf gewisse Zeit nicht einzustellen. Jedes Mitglied muß Wechsel hinterlegen, die bei Nichterfüllung der Verpflichtung fällig gemacht werden. Der Kläger Rasse hat in der „Arbeiter-Zeitung“ wiederholt Notizen veröffentlicht, worin die Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern falsch dargestellt wurden. So auch beim Dietrichschen Streik. Bei dieser Firma wurde kurz nacheinander zweimal gestreikt, woraus der Vorsitzende des Gerichts die Widersprüche in den Zeugnisaussagen erklärt, die beide Streiks miteinander verwechseln. Der Gewerkschaftssekretär Karl Wiefenthal weiß ebenfalls von den Konventionalkraften. Der Kleinmeistermeister Tidöde wollte bei der Kleinmeisterbewegung als damaliger Abgesandter an der Versammlung der Meister teilnehmen, wurde aber nicht eingelassen, wobei ihm der Obermeister erklärte, auch Rasse habe erst nach langem Debattieren Zutritt gefunden.

Aus den Akten einer Verleumdungsklage des Vorstandes Schilde des Metallarbeiter-Verbandes wird konstatiert, daß der Redakteur Klebinger der „Arbeiter-Zeitung“ wegen Verleumdung Schildes zu 10 M. Geldstrafe verurteilt wurde, weil er in einer Notiz vom der Geharbeit Schildes bei Unterhandlungen über Differenzen im Aluminiumschläger-Gewerbe zu Schwabach gesprochen hatte.

Scherm wurde zu 100 M. Geldstrafe eventuell 10 Tagen Gefängnis verurteilt, da das Gericht die gebrauchten Ausdrücke als scharf beleidigend erachtet und nicht nachgewiesen sei, daß Rasse absichtlich die Unwahrheit über den Dietrichschen Streik berichtet habe.

Aus der Frauenbewegung.

Im sozialdemokratischen Wahlverein der Frauen sprach am 4. November in der Berliner Resource Genosse Waldemar an die bevorstehenden Landtagswahlen. Er machte es sich zur Aufgabe, nachzuweisen, daß die Sozialdemokratie durch ihr Eintreten in die Wahlen zum preussischen Landtag zur Geburthelferin preussischer Kultur werde. Dienen Nachweis lieferte er trefflich durch Entwicklung der Forderungen der Sozialdemokratie und kritische Beleuchtung der sozialen und politischen Zustände in Preußen, wo, wenn das Wahlrecht als Maßstab diene, mit dem größten Vorworte die größte Weisheit verbunden sei. Besondere Beachtung schenkte Redner dem verrottenen Wahlsystem, der feudalistischen Institution des Herrenhauses, den Gefinde-Ordnungen und dem Ausnahmegesetz gegen die ländlichen Arbeiter, der öffentlichen Gesundheitspflege und dem Schulwesen. Hierbei verwies er auf das

Bestreben der preussischen Orthodoxie und der reaktionären Junker, die Volk in der Dummheit zu erhalten. Die hohen Aufgaben der Schule beleuchtend, betonte er, daß wir, vor allem aber die Frauen als Mütter aus Hochachtung vor der Schule und dem Stande der Erzieher verlangen müßten, daß bald der große Tag herankommen möge, wo die Volksschullehrer in ganz Preußen ebenso gut wohnen wie die Schafe und Schweine in Kabinen. (Lebhafte Zustimmung.) Nachdem Redner noch mancherlei kulturwidrige Ereignisse und Zustände des Polizei- und Rechtsstaates Preußen kritisiert hatte, kam er zu dem Schluß, daß unter preussischer Vaterland erst zu einem Kulturlande werde, wenn die von der Socialdemokratie an den Staat gestellten Forderungen erfüllt würden. Wir stellen unsere Forderungen im Kulturinteresse aus wirklicher Vaterlandsliebe. Mit unserm internationalen Gefühl, mit einer Kulturwelt zusammengehörend, vertragen sich durchaus das Empfinden für das eigene Vaterland und der Wunsch, in diesem für Kultur zu sorgen. Und dabei wollten die proletarischen Frauen und Männer Geburtshilfe leisten, indem sie mit aller Energie den Wahltag zu einem Siegestage zu machen suchten. (Großer Beifall.)

Genossin Luz und Genossin Baader ermunterten die versammelten Frauen, sich schon vor dem Wahltag bei den Vertrauenspersonen zur Hilfe zu melden. Auf die Hilfe der Frauen komme es bei den Landtagswahlen besonders deshalb an, weil ja hierbei die Wähler alle zugleich im Wahllokal festgehalten seien. Wenn die Frauen den Männern Hilfe leisteten, dann können sie damit auch der Zeit näher, wo ihre Gleichberechtigung im Staate anerkannt werde. (Beifall.) — Mit einem Hoch auf die Socialdemokratie schloß die Versammlung.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt am Montag Herr Dr. Rauenbrecher einen Vortrag über Weltanschauungen. Der Redner ging davon aus, daß Weltanschauungen Fragen nicht Tagesfragen seien und auch nicht unmittelbaren praktischen Nutzen bringen; aber sie treffen den Kern der Persönlichkeit und sollen deshalb doch nicht ganz vernachlässigt werden. Das Leben verstehen lernen und sich für das eigene Leben ein Ziel, eine Aufgabe, einen Willen setzen, das heißt, sich eine Weltanschauung bilden. Von dem Wort aus: „Der Hunger und die Liebe erhalten das Getriebe“ kam der Redner dann hauptsächlich auf die Liebe zu sprechen, und sprach eingehend über den Wert der Liebe für die Bildung der Persönlichkeit, über die Vertiefung der Liebe zu dem vollen Zusammenleben zweier selbständig gegründeter Persönlichkeiten und von da eigenartigen Schwierigkeiten, die gerade der Proletarierin aus ihrer wirtschaftlichen Lage für diese Vertiefung der Liebe erwachsen. Gerade aus der Sehnsucht nach vertiefter Liebe, nach reichem Gemütsleben wächst aber für sie der Glaube an den Socialismus. Erkennt sie selbständig als Frau zum Socialismus und bringt in dieser Arbeiterbewegung als ihren Beitrag die Pflege des Gemüts und des Gefühls, die meist der Mann erst von ihr lernen muß. Dann sprach der Redner noch kurz über die eigenartigen Probleme, die das vorweltliche Lebensleben der jungen Leute mit sich bringt, und schloß mit dem Gedanken, daß für die Socialisten eben aus der Sehnsucht nach Liebe ihre Weltanschauung liege.

Nach dem mit regem Interesse und wärmstem Beifall aufgenommenen Vortrage fand eine Diskussion statt, die nicht sehr tief auf die vom Redner erörterten Probleme einging. Da aber das Interesse unserer Frauen an diesen Fragen ein sehr lebhaftes ist, soll am nächsten oder übernächsten Vereinsabend (Näheres wird noch bekannt gegeben) ein Diskussionsabend über dasselbe Thema stattfinden. Eine Anzahl von Frauen haben sich bereits zum Wort gemeldet, und der Vorstand bittet um weitere rege Beteiligung an der Diskussion und der Versammlung.

Die Förderung der Frauenbewegung läßt sich die Stadtpolizeiverwaltung in Goldap (R.-W. Gumbinnen) angelegen sein. Eine derbe Schneiderin erhielt vor einigen Tagen die Mitteilung, daß sie in der vierten Abteilung der dortigen — Pflichtfeuerwehr zugewiesen sei und daß sie sich daher bei einsetzendem Feuerlärm sofort bei angeordneten Spritzenpöden und Rauchschuttsübungen unverzüglich nach der Brandstelle zu begeben und sich bei ihrem Abteilungsleiter zu melden habe. Es folgt die übliche Pflichtdarlegung und Strafdrohung.

Wenn die Stadtpolizeiverwaltung in Goldap gerecht ist und alle Mädchen der Stadt der Pflichtfeuerwehr einreicht, dann werden namentlich die Rauchschuttsübungen von den männlichen Feuerwehrlern gewiß auch ohne Strafdrohung pünktlich besucht werden.

Hoffentlich werden auch passende Feuerhelme für die weiblichen Feuerwehrleute besorgt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokal-Liste.

Die Parteigenossen, Gewerkschaften, Vereine etc. werden ersucht, der untenstehenden Notiz Beachtung zu schenken.

Berlin letzter Wahlkreis. Das Lokal Hüllers Volksgarten, Prenzlauer 150, steht der Arbeiterschaft zu Versammlungen etc. zur Verfügung.

Reinoldsdorf (Osten). Das Restaurant Birtschhaus „Zur Tanne“, Nordbahnstraße 11, ist als frei anzuführen.

Grünau. Der unter vorstehender Rubrik verzeichnete Ort Pindow ist in Bindow, Gasthaus Witwe Engelhardt frei umzuändern.

Lichtenberg. Am Sonnabend, 14. November, veranstaltet der „Erste Kraft- und Artistenverein Lichtenberg“ in Paul Schwarzl-Konzertgarten, Dorfstraße, eine Festlichkeit, zu welcher man verjucht, in Arbeiterkreisen Willets abzusprechen. Wir machen darauf aufmerksam, daß dies Lokal der Arbeiterschaft nicht zu Versammlungen zur Verfügung steht und erjuchen, die angebotene Pille zurückzuweisen und das Vergnügen streng zu meiden. Die Lokalkommission.

Charlottenburg. Das socialdemokratische Wahlbureau für die Landtagswahlen befindet sich im Volkshaus, Rosinenstraße 3. Alle Anfragen, die sich auf die Wahl beziehen, sind an dieses Bureau zu richten.

Treptow-Baumgartenweg. Sonnabendabend 8^{1/2} Uhr hält der Wahlverein im Sängerkreis, Vefringstr. 14, seine Mitglieder-Versammlung ab. Tagesordnung: Landtagswahl.

Dalldorf. Sonnabendabend 8 Uhr findet bei Koll eine Volksversammlung statt. Genosse Kiesel-Berlin referiert über die Landtagswahlen. Ferner werden Wahlmänner aufgestellt.

Der Vorstand des Wahlvereins Niddorf ersucht um folgendes Bekannt zu geben: Der Ranzer Karl Gahn aus Halberstadt hat die Parteigenossen durch wahrheitswidrige Angaben über seine bisherige Parteithätigkeit getäuscht; er ist mit der Landtags-Sammelkarte Nr. 7709 verschwunden. Da Gahn sich voraussichtlich an Partei-Organisationen herandrängen wird, so bitten wir, diese Veröffentlichung zu beachten und wenn möglich die Liste anzuhalten. Die Parteiklätter werden um Abdruck gebeten. J. A.: P. Hoffmann, Schriftführer, Wanzlitzstraße 13 IV.

Waidmannslust. Sonntagnachmittag 4 Uhr ist im Vergißloch-Restaurant die Mitgliederversammlung. Hieran wie an der Flugblatt-Verbreitung wollen die Parteigenossen sich zahlreich beteiligen.

Neuenhagen a. d. Havel. Sonntagnachmittag 4 Uhr findet bei Nagel in Prudmühle eine Volksversammlung statt, in der Genosse Schütz über die Landtagswahlen spricht.

Rögnitz-Wusterhausen. Bei Lange, im Gasthof zum Siegestrang, ist Sonntagnachmittag 4 Uhr die Mitgliederversammlung des Wahlvereins, in der über die Landtagswahl referiert wird und die Abrechnung erfolgt.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Wenn einmal an den kommunalen Einrichtungen Berlins auch von freisinniger Seite Kritik geübt wird, dann giebt das immer einen köstlichen Einblick. Mit behutsamem Geschick und vorsichtiger Eleganz dreht und wendet sich der Kritiker, um nur ja nirgendwo zu hart anzustoßen und nichts zu zertreten. Er bemängelt, aber er mag nicht so recht tadeln; er findet, daß manches besser sein könnte, aber er bringt's nicht bis zu dem offenen Geständnis, daß vieles wirklich recht schlecht ist. Auch die gestrige Debatte der Stadtverordneten-Versammlung über das Krankenhauswesen verlief wieder in dieser Weise.

Die städtischen Krankenhäuser werden gewöhnlich als Musterhaft hingestellt, wenn Socialdemokraten etwas gegen sie vorbringen. Trotzdem hat der Freisinn selber sich in der letzten Zeit wiederholt genötigt gesehen, Mängel des städtischen Krankenhauseswesens zur Sprache zu bringen und Reformen vorzuschlagen. Gestern lagen von der „Alten Linke“, wie von der „Neuen Linke“ je ein Antrag vor, den Magistrat um Auskunft darüber zu ersuchen, ob bzw. weshalb der Ausbau des Friedrichs-Kinderkrankenhauses sowie die Errichtung einer Station für Geschlechtskranke im Krankenhaus Noabit bis auf weiteres unterbleiben soll.

Die Anträge wurden begründet für die „Neue Linke“ durch Herrn Nathan, für die „Alte Linke“ durch die Herren Cassel und Landau. Herr Nathan wie Herr Landau versicherten, es solle dem Magistrat kein Vorwurf gemacht werden. Herr Cassel sparte sich selbst diese Versicherung, weil sich das bei ihm von selber verstand. Nathan und Landau wirkten mit ihren Ausführungen über den Mangel an Krankenhäusern recht überzeugend, aber die hier notwendige Schärfe des Tones ließen auch sie vermissen. Desto schärfer sprachen dann die Vertreter des Magistrats, die Stadträte Strahmann und Weigert, die in geradezu schroffer Form den ablehnenden Standpunkt des Magistrats darlegten. Die geplanten Bauten und Einrichtungen sind in der That aufgeschoben worden, trotz des bestehenden Mangels an Krankbetten, den Herr Strahmann zu bemängeln suchte, während Herr Weigert ihn nachher offen zugeben mußte. Die Station für Geschlechtskranke ist nicht eingerichtet worden, weil die Betten für andre Kranke gebraucht werden, und das Kinder-Krankenhaus muß warten, weil Berlin für solche Zwecke jetzt kein Geld drüber hat. Unsere Parteigenossen unterstrichen diese lebhafte Erklärung des Magistrats mit unwilligen „Hört, hört!“

Von unserer Seite sprach über die Station für Geschlechtskranke Genosse Koblenzer, der aus der Krankenstatistik einiger Krankenhäuser ein ungemein reiches Material beibrachte und mit beredten Worten die Gefahren für die gesamte Bevölkerung schilderte, die sich aus einem Mangel an Geschlechtskranke-Fürsorge ergeben müßten. Genosse Freudenberg, der auf die Frage eines Ausbaues des Kinder-Krankenhauses näher einging, stellte fest, daß hier, nach dem eignen Geständnis des Magistrats, wichtige Aufgaben nur um der Kosten willen vernachlässigt werden. Daß der Magistrat selber noch bis vor kurzem diese Aufgaben für wichtig gehalten und als wichtig bezeichnet hat, wies unser Redner mit überlegener Ironie nach.

Auf einen größeren Ton wurde die Debatte gestimmt, als ihr Louis Sachs („Alte Linke“) herankam. Herr Sachs pflegt mit brutaler Offenheit auszusprechen, was er denkt, und er that das auch diesmal wieder. Der Mann hatte den Mut, über „hygienischen Traum“ zu klagen, von dem jetzt alles ergriffen sei. Die Krankenhäuser Berlins seien gut genug und ausreichend, und die Stadt thue mehr, als die unbedeutende Bevölkerung verlangen könne. Herr Nathan empfand die Blamage, die Sachs dem Freisinn bereite, und er hat, nicht den gesamt Liberalismus danach zu beurteilen. Herr Cassel empfand sie nicht. Von den Erklärungen der Magistratsvertreter war er „befriedigt“, wenn auch nicht ganz. Wegen die Socialdemokraten sprang er Herrn Sachs bei, indem auch er ihnen Mibereitigung vorwarf und besonders darüber zeterete, daß Freudenberg den Zustand des Kinder-Krankenhauses mit den „Brüßlichen Schulpalästen“ in Parallele gestellt hatte.

Die Niederlage des Magistrats und derer um Cassel und Sachs wurde vollendet durch Freudenberg, der eine Art Resümee über die Debatte gab und dabei nach allen Seiten seine Liebe ausstülte. Hinterher bereitete noch Genosse Hoffmann dem Stadtrat Weigert einen bösen Reinfall, indem er an einem Beispiel zeigte, wie lässlich der Herr Stadtrat informiert gewesen war. Den Schluß machte Herr Sachs, von dem Genosse Freudenberg gesagt hatte, er könne kein Rot sehen. „Die ewige Beschimpfung kommunaler Einrichtungen“, rief Herr Sachs, „ja, wenn Sie das das rote Tuch nennen, da laß ich weg, da hab' ich Angst vor“. Wessender konnte diese von Freisinnigen angeregte Debatte über die Krankenhäuser nicht enden.

„Krankenhausesdisciplin“.

Wer sich in ein Krankenhaus begiebt, hat die in der Anstalt geltenden Vorschriften zu respektieren. Er hat also auch die Anordnungen der Ärzte, und nicht zuletzt diejenigen über Essen und Trinken, gewissenhaft zu befolgen, und ebenso hat er sich den Pflegern und Pflegerinnen willig zu fügen. Ein Andres ist in einer öffentlichen Anstalt nicht möglich, wenn nicht alles drunter und drüber gehen soll. Die Aufrechterhaltung der „Krankenhausesdisciplin“ ist nötig vor allem im Interesse des Kranken selber. Der Kranke schuldet sie aber auch dem Arzt- und Pflegepersonal, das nicht durch fremden Leichtsinns um den Erfolg Wochen- und monatelanger Mühen gebracht werden mag. Man begreift es, daß Ärzte und Pfleger einen eigenartigen, ungehorsamen Kranken gern aus der Anstalt scheiden sehen und daß bei fortgesetztem Widerstand schließlich zu dem Mittel der Ausweisung gegriffen wird — sofern diese ohne Schädigung des Kranken erfolgen kann.

Solche Ausweisungen sind keineswegs selten, aber der folgende Fall, der uns aus einem unserer städtischen Krankenhäuser berichtet wird, dürfte wegen der begleitenden Umstände doch einzig dastehen. Ein siebzehnjähriges Mädchen Wilhelmine Effert, das in einem hiesigen Hotel beschäftigt war, zog sich dort infolge einer Erkältung eine schwere Nierenentzündung zu und wurde für Rechnung der Orts-Krankenkasse der Gastwirte dem Krankenhaus am Friedrichshain überwiesen. Hier wurde die Kranke in der ersten Zeit den üblichen strengen Diätvorschriften unterworfen. Nach etwa fünf Wochen wurden ihr von einer sie besuchenden Freundin zwei Birnen und ein Ei zugestiftet. Sie aß das Ei und eine Birne, ohne daß eine Verschlimmerung ihres Zustandes eintrat. Als aber bei ihr die zweite Birne noch vorgefunden wurde, kündigte der Arzt Dr. Sternberg ihr an, daß man sie entlassen werde. Am Versuchstage kam ihr Pflegevater, ein Herr Schnell aus Friedenau; das Mädchen ist, nebenbei bemerkt, eine Waise, deren Eltern 1892 in Hamburg der Cholera erlagen. Herr Schnell erfuhr, was vorgefallen war, und suchte Herrn Dr. Sternberg auf, um ihn zu beglücken. Der aber eiferte, die Effert habe „die Disciplin verletzt“ und müsse hinaus. Als Herr Sch. erwiderte, in seiner beschränkten und im Souterrain gelegenen Wohnung könne die Kranke nicht gepflegt werden, erklärte Herr Dr. St. brüsk: „Dann kommt sie ins Odbach“. Hinterher stellte

er in Aussicht, daß man dem Pflegevater das Mädchen ins Haus schicken werde, wenn er es bis übermorgen früh nicht abgeholt habe. Am andern Tage morgens begab sich die Pflegevater, Frau Schnell, in die Privatwohnung des dirigierenden Arztes Professor Arndt. Sie bat, die „Disciplinverletzung“ zu verzeihen, und wies gleichfalls darauf hin, daß eine Pflege im Hause nicht angängig sei. (Prof. A. erkannte das an. Er versprach, mit Dr. St. zu reden; das Ehepaar Schnell wurde dann noch Nach-richt erhalten; mittags ging Frau St. nach der Anstalt, suchte Dr. St. auf und bat auch ihn um Verzeihung. St. fuhr sie an, er werde das Mädchen rauschmeißen, weil es die Oberärztin frech belogen habe; die Effert hatte nämlich nicht fogleich zugegeben, daß sie Verbotenes gegessen hatte. Fände sie, so schloß er, zu Hause keine Aufnahme, so werde sie ins Odbach geschafft. Die Frau ging und verließ sich auf die Worte des Herrn Professors, der sie ja noch benachrichtigen wollte. Am nächsten Tage aber fuhr in Friedenau gänzlich unerwartet ein Krankenwagen vor, dem die Effert entstieg. Herr Sch., der allein zu Hause war, erklärte dem Begleitpersonal, es sei unmöglich, das Mädchen hier zu pflegen. „Dann müssen wir sie nach dem Odbach bringen“, lautete die Antwort. Da befiel Herr Sch. die Kranke bei sich. Von der Heimkehrnden Frau Sch. wurde sie dann zu Bett gebracht, zwei Tage nachher aber mußte sie, da ihr Zustand sich nun wieder verschlimmert hatte, auf Anordnung eines zugezogenen Arztes dem Krankenhaus Bethanien zugeführt werden. Das Krankenhaus am Friedrichshain hatte nichts mehr von sich hören lassen.

Das ist der Sachverhalt. Wie man sieht, hat es sich hier nicht darum gehandelt, die Anstalt von einer Patientin zu befreien, von der eine Fortsetzung des Widerstandes gegen die örtlichen Vorschriften zu befürchten gewesen wäre. Offenbar ist die Effert ausgewiesen worden, weil die gefährdete Autorität des Herrn Dr. St. wieder befestigt werden sollte. Die Umstände, unter denen diese empörende Ausweisung erfolgt ist, sind so ungewöhnlich, daß sie hoffentlich verschiedenen Behörden Veranlassung geben werden, sich noch näher mit ihr zu beschäftigen. Es wird zu prüfen sein, ob hier mehr als eine durch Rücksichten auf die „Krankenhäuserdisciplin“ diktierte Härte, ob hier eine Verletzung der ärztlichen Berufspflicht vorliegt. Nicht nur der Vorstand der Krankenkasse, sondern ebenso sehr die Waisenverwaltung von Hamburg, in deren Hut sich ja das verwaiste Mädchen formell immer noch befindet, wird auf Klärung dringen müssen. Und auch die Berliner Krankenhäuserverwaltung wird gut daran thun, sich diesen Herrn Dr. Sternberg genauer anzusehen und dann zu erwägen, ob er an richtiger Stelle steht.

Die Schnellmotoren der Studien-Gesellschaft wurden am Donnerstag von dem Begründer und Eigentümer der Pariser Stadtbahn, Bankier Empain, seinem Generaldirektor, dem Electric-techniker Boulvain, und mehreren andern Sachverständigen, darunter die Professoren Hospitalier und G. Ward, besichtigt. Herr Wilhelm v. Siemens und Direktor Steinthal begleiteten den Dr. Empain nach Marienfelde, während Prof. Lubbe die Führung der andern Herren übernahm, die sich zunächst nach Dahlewitz begaben, um der Vorüberfahrt der beiden Schnellbahn-Wagen beizuwohnen. Der belgische Eisenbahnkönig hat um die Erlaubnis, eine Schnellfahrt mitmachen zu dürfen, was ihm die anwesenden Vertreter von der Studien-Gesellschaft natürlich nicht ablehnen konnten. Nachdem Ober-Ingenieur Dr. Reichel die Einrichtung und elektrische Ausrüstung der Schnellmotoren erläutert hatte, trat der Siemens-Wagen seine Fahrt nach Jossen an, später löste ihn der Wagen der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft ab, der ebenfalls nach Jossen und zurück fuhr. Da der eine der im Kraftwerk Oberprese aufgestellten beiden Transformatoren, welche den von der Maschine erzeugten Drehstrom von 7000 auf 14 000 Volt Spannung bringen, nicht gebrauchsfähig ist, so konnte die Fahrgewindigkeit „nur“ auf 185 Kilometer per Stunde gebracht werden. Herr Empain geht mit dem Plane um, die Eisenbahnstrecke Brüssel-Katwerpen in eine elektrische Schnellbahn umzuwandeln, auf welcher, natürlich unter Mitwirkung der Studien-Gesellschaft und der beteiligten Electricitäts-Werke, bedeutend höhere als die jetzt gebräuchlichen Fahrgewindigkeiten praktisch zur Einführung gelangen sollen. Auch die übrigen belgischen bzw. französischen Sachverständigen, welche die Schnellmotoren später in Marienfelde besichtigten, äußerten sich sehr befriedigt über die bereits erzielten Erfolge der deutschen Gesellschaften. — Die Reparatur des beschädigten Transformators dürfte in wenigen Tagen beendet sein, so daß die regelmäßigen Veruchsfahrten mit Fahrgewindigkeiten bis zu 200 Kilometer Anfang nächster Woche wieder aufgenommen werden dürfen. Morgen und Sonnabend finden voraussichtlich keine Fahrten statt.

Über die Frage der Errichtung von Schnellbahnen schreibt man der „Schlesischen Zeitung“ aus Berlin:

Nach dem, was bisher über die Ergebnisse der elektrischen Schnellbahnfahrten durch Zeitungsberichte bekannt geworden ist, könnte man annehmen, daß wir unmittelbar vor einer Ära des Schnellbahnverkehrs ständen. Das ist jedoch keineswegs der Fall. Das einzige positive Ergebnis, das die Fahrten bisher gezeigt haben, ist die Gewißheit, daß unser bisheriges Oberbauwerk zum mindesten für Fahrten von mehr als 150—160 Kilometer Fahrgewindigkeit nicht entzweit ausreicht. Auch der Unterbau läßt zu wünschen übrig. Worauf es anlangt, war zu ermitteln, ob die Anwendung solcher Geschwindigkeiten in der Praxis möglich sei. Diese Frage aber wird durch die Abnutzung des Bahnkörpers, wie sie jetzt praktisch nachgewiesen ist, wenigstens für den Augenblick im vornehmenden Sinne entschieden. Gegen die Stichhaltigkeit dieser Entscheidung könnte eingewendet werden, daß man besondere starke Dämme für den Schnellbahnverkehr schaffen könne. Darauf ist zu erwidern, daß an die Einrichtung von Schnellbahnen ohne den Bau von Bahnkörpern von vornherein nicht zu denken ist. Denn der Schnellbahnverkehr duldet keinen andern Bahnverkehr neben sich. In Zweifel könnte man nur darüber sein, ob für den Betrieb im ganzen die Voraussetzungen ohne Anwendung phantastischer Mittel zu schaffen sein würden. Zu diesen Voraussetzungen gehören aber nicht nur besondere, sondern namentlich auch geeignete Bahnkörper. Diese müßten nicht nach Art der bisherigen im wesentlichen durch Aufschüttungen, Bohlenlager und Kies geschaffen werden, sie würden vielmehr durchweg massiv, also aus Basalt und Cement zu errichten sein und noch zudem eine erhebliche Breite erhalten. Denn das Gleis für die Einfahrt und das für die Rückfahrt müßten im Interesse der Betriebssicherheit mindestens 10 Meter Entfernung von einander haben. Ein derartiger Bau in der Breite einer anständigen Straße würde z. B. schon für die Strecke Berlin—Hamburg so horrende Summen erfordern, daß an seine Herstellung wohl noch auf recht lange Zeit hinaus kaum zu denken ist. Ihn halbwegs rentabel zu machen, müßten etwa 60 000 Personen täglich befördert werden. Daß die Erzielung eines solchen Austausch von Reisenden selbst im Verkehr zwischen den größten deutschen Städten nicht annähernd zu erwarten ist, liegt auf der Hand. Richtig ist, daß, wenn auch die bisherigen Ergebnisse der Veruchsfahrten zur praktischen Einführung von Schnellbahnen kaum ermutigen, die Fahrten selbst theoretisch und wissenschaftlich immerhin viel Interessantes geboten haben. Von besonderem Werte sind die Beobachtungen, die über die Wirkung des Luftdruckes bei Gelegenheit solcher Fahrten angestellt werden konnten.

Man darf unfres Frachtes derartige Anstellungen nicht allzu tragisch nehmen. Am Kostenpunkte kann die Aufbarmachung einer neuen Erfindung trotz alles Risikofaktors selbst in Preußen nicht scheitern, wenn sie sonst sich als notwendig herausstellt.

Theodor Mommsens Leiche

ist gestern nachmittag 2^{1/2} Uhr von der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche in Charlottenburg aus beigesetzt worden. Von allen Enden

Europa's her waren Traversanden und Kundgebungen gekommen; wohl keine deutsche Universität hatte vergessen, das Andenken des großen Gelehrten durch eine Blumengabe zu ehren. Auch die Heimat Rommens war selbstverständlich vertreten; seine Vaterstadt Göttingen sowie das alte Christenium in Altona, das Rommens als Knabe besucht hat, kamen mit Kränzen; ein durch seine Schlichtheit auffallendes Gewinde enthielt Blumen, die vom Grabe der Eltern Rommens in Oldesloe gepflückt worden waren. In der Kirche waren u. a. die Oberbürgermeister von Berlin und Charlottenburg sowie Magistratsmitglieder und Stadtverordnete erschienen; das Ministerium war durch Posadowsky, Studt, Schönstedt, Poddelski und Möller vertreten; auch der preussische Kronprinz war gekommen. Die Gedenkrede hielt Professor Harnad. Er sagte u. a. von Rommens:

„Mit unerbittlicher Strenge räumte er alles Geäst aus seinem Wege, aber die kennen ihn schlecht, die sein eigentliches inneres Wesen vom Standpunkt dieser wissenschaftlichen Strenge, gepaart mit schneidendem Sarkasmus, beurteilen wollten. Dies waren ihm nur Waffen, mit denen er alles Niedrige von sich fernhielt. Es hat keinen Geistesforscher gegeben, der mit solch elementarer Kraft und Anstrengung in das Wesen der Dinge eingedrungen ist.“

Am 2 1/2 Uhr setzte sich, wie bemerkt, von der Kirche aus der Leichenzug nach dem Dreifaltigkeits-Kirchhof in der Bergmannstraße hin in Bewegung.

Es wird uns Leser interessieren, an ein Urteil Rommens über die Sozialdemokratie erinnert zu werden, das um so beachtenswerter ist, als es von ihm erst vor Jahresfrist abgegeben wurde. Bald nachdem Wilhelm II. in seinen Krupp-Reden das Vorgehen unfers Volkes gegen den so plötzlich verstorbenen Groß-Industriellen als Nord bezeichnet und die Effener Arbeiter aufgefordert hatte, das Tafelgesch zwischen sich und der Sozialdemokratie zu zerschneiden, bald nachdem der Kaiser dann weiter den sozialdemokratischen Agitatoren in Breslau nachgesagt hatte, daß sie die Arbeiter auf das rücksichtsloseste ausgebeutet, terrorisiert und geknechtet hätten, bald nach der Lobann von Breslauer Industriellen ins Werk gesetzten Komödie der Arbeiterkundgebungen, äußerte Prof. Rommens sich wie folgt über die Sozialdemokratie:

„Ich bin nie einer gewesen und gedenke auch nicht es zu werden; aber es ist leider wahr, zur Zeit ist dies die einzige große Partei, die Anspruch hat auf politische Achtung. Von dem Talent ist es nicht nötig zu reden; jedermann in Deutschland weiß, daß mit einem Kopf wie Weibel ein Duzend ostelbischer Junker so ausgestattet werden könnten, daß sie unter ihresgleichen glänzen würden. Die Hingebung, die Opferbereitschaft der sozialdemokratischen Massen imponiert auch dem, der ihre Zwecke nichts weniger als teilt. An der Disziplin der Partei, deren ungeheure Schwierigkeiten und ihre Parteitage drastisch vor Augen führen, könnten namentlich unsere Liberalen sich ein Muster nehmen.“

Und trotz seiner ehrlichen Gegnerschaft erklärt er: „Es darf nicht mehr geschehen, daß der Preßsinn dem unverschämten oder verschämten Reaktionsär seine Stimme lieber giebt als dem Sozialdemokraten.“

Dem ebenso falschen wie perfiden Köhlerglauben muß ein Ende gemacht werden, daß die Nation sich teile in Ordnungsparteien und in eine Umsturzpartei, und daß es die erste politische Pflicht der zu jenen sich zählenden Staatsbürger sei, die Willkuren der Arbeiterpartei als pestverdächtig zu meiden und als staatsfeindlich zu bekämpfen. . . .

Im Mai 1890 war die sozialdemokratische Wiener „Arbeiterzeitung“ konfiskiert worden, weil sie ein Zitat aus Rommens Römischer Geschichte über den Zerfall der alten Welt enthielt. Das Gerichtskenntnis über diesen Fall wurde Rommens von der Redaktion unfers Parteiblattes zugesandt, worauf der Gelehrte u. a. antwortete:

Von der ersten Seite des kleinen Vorfalles lassen Sie mich lieber schweigen oder doch nur das aussprechen, daß bei der dauernden Barbarei, um nicht zu sagen der Debarbarisierung der oberen Gesellschaftsschichten, die Triebkraft des Bodens fortwirkt und unter dürem Holz mancher grüne Keim sproßt.

Die bürgerliche Gesellschaft Deutschlands wurde von Rommens im September 1900 wie folgt gekennzeichnet:

„Über es ist auch nicht zu ändern, daß die Deutschen keine Würgerfüße mehr haben, daß sie sich bereitwillig regieren lassen, auch auf Verlangen hin steuern und heuern, daß ihnen aber der Militarismus und die Bismarckerei die Selbstbestimmung gründlich ausgetrieben haben.“

Gegen die Lustbarkeitssteuer, welche die gemischte Deputation neben der Verdoppelung der Umsatzsteuer zur Sanierung der städtischen Finanzen vorgeschlagen hat, erheben die Gastwirte schon Einspruch. Da die Theater und ständigen Vergnügungsorte, so behaupten sie, wohl kaum ausreichen werden, um zwei Millionen Mark an Lustbarkeitssteuer aufzubringen, werde der größte Teil der neuen Steuerquote zweifellos auf die Gastwirte und Saalbesitzer abgewälzt werden, die in ihren lokalen vollständigen Konzerte, Gesangsaufführungen u. dergl. veranstalten. Bei Besteuerung privater Veranstaltungen, zu denen Gäste Zutritt haben, wären gleichfalls die Gastwirte benachteiligt, da dann die Zahl solcher Vergnügungen, die z. B. für manche Saalbesitzer einen Hauptteil der Einnahme bilden, sich erheblich vermindern würde. Es sei durch nichts gerechtfertigt, den ohnehin mit Steuern und Abgaben aller Art überhäuftem Gastwirtsstand noch mehr zu belasten. Eine Reihe von Protestversammlungen gegen die neue Steuer sind in Aussicht genommen. Die erste Protestkundgebung gegen die Lustbarkeitssteuer veranstaltete gestern der Verein Berliner Weißbierwirte, der, nach einem Vortrag des Herrn Emil Wiese, seinen Vorstand beauftragte, gemeinsam mit dem Verein Berliner Gastwirte bei den städtischen Behörden gegen die geplante Lustbarkeitssteuer vorstellig zu werden.

Ueber Moorkultur bringt die hiesige Magistrats-Korrespondenz folgende Meldung: Der Unfall des Kaisers in Rommitten, der dort bis zu den Hüften in ein Moor versunken ist, dürfte die Veranlassung zur Entwässerung ostpreussischer Moore geben. 60 Pioniere aus Königsberg wurden beordert, das in Rede stehende Moor zu entwässern. Wie wir hören, hat sich dann der Kaiser über die Moore in Döpreußen Vortrag halten lassen und deren Trockenlegung angeregt.

Der Urlaub des Herrn Kraus. An dem Ehrenabend der Frau Sucher nahm, wie bereits erwähnt, auch Ernst Kraus Abschied, um aber nur für einige Monate einen amerikanischen Urlaub anzutreten. Er erhält „drüben“ 1000 Dollar pro Abend bei einer Garantie von 40maligen Auftritten. Ueber die Vorgeschichte dieses Urlaubs wird der „Dresd. Morgenztg.“ aus Berliner Bühnenkreisen berichtet, daß Herr v. Hülsen erst durchaus nicht geneigt war, auf das Urlaubs-gesuch des von den Berliner hochgeachteten Geldrentiers einzugehen. Da nahm der Kaiser jüngst Gelegenheit, seinem Mißfallen an der seiner Ansicht nach zu starken Konzeption des Sängers Herrn v. Hülsen gegenüber einen ziemlich drastischen Ausdruck zu geben und — am nächsten Morgen hatte Herr Kraus seinen Urlaub für Amerika. In diesem Specialfall dürfte dem Herrn Hofopernsänger die abschlägliche Kritik nicht unangenehm gewesen sein.

Durch ein Glasdach gebrochen ist gestern nachmittag der 24 Jahre alte Kaufmann Hans Vogel aus der Oranienstr. 182, der in einer Lampenfabrik in der Mantuffelstr. 77 als Buchhalter angestellt ist.

Auf dem Grundstück Mantuffelstr. 79 fiel ein Pferd der Milchzentrale in eine Grube. Von der Feuerwehre kamen 24 Mann, um es herauszuholen. Um diesen Arbeiten zuzusehen, stieg Vogel auf das Glasdach eines Mannes, der früher der Pferdebahn als Wagenschuppen diente. Er brach durch das Dach durch, stürzte aus einer Höhe von zehn Meter auf das Pflaster hinab und zog sich einen Armbruch und schwere Verletzungen am Kopf und an der rechten Hüfte zu. Nachdem der Verunglückte auf der Rettungswache am Hörtiger Bahnhof die erste Hilfe erhalten hatte, wurde er in ärztliche Behandlung nach seiner Wohnung gebracht.

Ein Klingelfahrer wurde in der Person eines 22 Jahre alten Mechanikers Wunderlich in Charlottenhof festgenommen. Dort zog der junge Mann, der sich seit Februar ohne Wohnung und Arbeit umhertrieb und wegen Diebstahls schon mehrfach bestraft ist, in der Treppen-Allee den Korridorhals auf, nachdem ein Dienstmädchen ihm geöffnet hatte. Das Mädchen merkte den Verlust bald, lief dem Bettler nach und ließ ihn durch den Gendarm Wöhmeier festnehmen. Wunderlich behauptete nun, der bei ihm gefundene Schlüssel sei sein Eigentum, er wurde aber eingesperrt, nachdem man festgestellt hatte, daß der Schlüssel zu der Thür, aus der man ihn vertrieb, genau paßt. Der Klingelfahrer hat vielleicht auch anderwärts noch Vorbereitungen zu einem unerbetenen Gelegenheitsbesuche gemacht. Er ist ein großer, schlanker Mensch mit dunkelblondem Haar und trug einen dunklen Jodettanzug und einen steifen schwarzen Plüsch.

Ein nichtwürdiger Substreich liegt der Auffindung einer Flaschenpost zu Grunde, durch welche eine hiesige Familie in tiefste Trauer versetzt worden war. Wie bereits mitgeteilt, wurde an den Ufern des Wannensees bei Friedrichstadt eine Flaschenpost angeschwemmt, welche die Mitteilung brachte, daß der Schiffsjunge Alfred Hagedorn aus Berlin, Luisenstraße 189, über Bord gefallen und ertrunken sei. Die Eltern des angeblich ertrunkenen Knaben wurden durch diese Nachricht natürlich in die größte Aufregung versetzt. Sie schriebten an die Behörden in Friedrichstadt und baten um näherer Aufklärung über den Unglücksfall, jedoch vergeblich. Das Kaufmännische Institut, auf welchem sich der junge Mann befand, war schon vor längerer Zeit in die See gegangen. Western erhielten nun die Eltern eine Postkarte von ihrem Sohn. Dieser teilte mit, daß er die Nachricht von seinem angeblichen Tode in der Zeitung gelesen und sofort bei seiner Rückkehr nach Friedrichstadt machte er die Mitteilung, daß ihm nichts passiert und er wohl und munter sei. Die Urheber des rohen Substreichs dürften zweifellos auch Schiffsjungen sein.

Die diesjährige Ausstellung empfehlenswerter Jugendschriften findet vom Montag, den 30. November bis Sonnabend, den 5. Dezember, im Berliner Gewerkschaftshaus statt. Der Eintritt ist frei. Am Montag den 30. November, abends 8 1/2 Uhr, wird im großen Saale des Gewerkschaftshauses ein Vortrag über Jugendschriften gehalten werden, wozu der Eintritt ebenfalls frei ist.

Theater. Am dem Liliencron-Abend des Schiller-Theaters, der nächsten Sonntag im Bürgeraal des Rathauses zum zweitenmal, mit teilweise veränderten Programm, wiederholt wird, wirken wieder Miriam Horwig, Friedrich Holzhaus und Franz Polan vom Schiller-Theater als Sprecher und der Baritonist Hjalmar Krüger als Liebesfänger mit. — Velle-Alliance-Theater. Im Spielplan dieser Woche ist insofern eine Aenderung eingetreten, als am kommenden Sonntagmorgen Thilo von Trothas Lustspiel „Madame de Pompadour“ zur Darstellung gebracht wird. In allen Abenden dagegen gelangt Heinz Gerdons Soldatenschwank „In Vertretung“ zur Aufführung.

Das Passage-Theater wartet in diesem Monat mit einem reichhaltigen Programm auf, in welchem der Kunst-Radsfahrer Schneyer sich besonders auszeichnet. Auch die schwedischen Sängerinnen Geschwister Wallenburg können sich hören lassen, ebenso fesselt Herr Johannes Gotta durch seine im Berliner Dialekt gehaltenen Berliner Erzählungen. Sie sind in Berlin geschrieben, die zwar nicht immer formvollendet sind, aber sich doch lustig anhören und durch ihre Pointen wirken. Ein elegantes Tänzerpaar sind trotz ihres laiderwähnlichen Namens die Dalhias; mehr durch Gelehrtheit als durch Grazie und Schönheit wirkt die Tänzerin Vertina. Mit starken Mitteln wird in der dramatischen Skizze „Ja, beim Souper“ operiert. Die Geschichte beginnt mit einer verbotenen Schifferstunde und endet mit zweifachen Mord und Selbstmord, von denen der eine insofern original ist, als er feierlich durchs Nachttelefon angekündigt wird. Das Stück wurde von Herrn God und Fräulein v. Hoy decent dargestellt.

Feuerbericht. Nur wenig Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. Donnerstagsvormittag wurde sie nach der Dönhofsstr. 10 gerufen, weil hier durch die Unachtsamkeit eines Mädchens auf dem Pflasterboden ein Brand entstanden war. Kleidungsstücke und Möbel gingen vorher in der Zimmerecke. 28 in einer Wohnung in Flammen auf. Längere Zeit hatte die 1. Compagnie Mittwochsabend in der Neuen Friedrichstr. 37 zu thun. Es brannte im zweiten Stock des Vorderhauses in der Steppedenfabrik von Richterstein. Zur selben Zeit kam in der Brückenstr. 6a in einer Desillation durch einen Gaslocher ein Feuer aus, dessen Abkühlung indes in kurzer Zeit erfolgen konnte. Die übrigen Alarmierungen, die noch erfolgten, waren auf „blinden Lärm“ zurückzuführen.

Aus den Nachbarorten.

In der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung kam am Mittwoch endlich die bereits vor drei Wochen eingebrachte sozialdemokratische Interpellation betr. den Beginn der Uewahlen zur Besprechung. Am 11. Februar hatte die Versammlung einstimmig an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, den Termin für die Urwahlen in die späten Nachmittagsstunden zu legen. Entgegen diesem Beschluß hat der Magistrat jedoch den Beginn der Urwahlen für die dritte Abteilung um 2 Uhr nachmittags anberaumt. Der Redner unserer Fraktion, Genosse Hirsch beklagte das Verhalten des Magistrats als bedauerlich, als einen Verstoß gegen das Wahlreglement und als politisch unklug, da infolge dessen die Wahlbeteiligung eine schwache sein werde, was erfahrungsgemäß nur der Reaktion zu gute komme. Der Magistrat jedoch beharrte auf seinem Standpunkt unter dem Hinweis darauf, daß man es den Wählern der ersten Klasse nicht zumuten könne, mit Rücksicht auf die Interessen der Wähler dritter Klasse erst in späterer Nachmittagsstunde zu wählen. An der Debatte, in der es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen unserm Vortragsführer und dem Oberbürgermeister kam, beteiligte sich nur Stadtv. Rosenbergs, der sich im Sinne des Magistrats aussprach. Die übrigen Stadtverordneten schwiegen sich aus, die National-liberalen und die Freisinnigen hielten es nicht einmal der Mühe für wert, die von ihren eignen Wahlleitern eingebrachte Petition auf Verlegung des Wahltermins auf 5 Uhr zu besichtigen.

Einen weiteren Punkt der Tagesordnung bildete die Beratung des Antrages Vogel (Soz.) und Genossen: „In Erwägung, daß die Errichtung eines städtischen Leihhauses mit zu den sozialpolitischen Aufgaben der städtischen Verwaltungen gehört, beantragen die Unterzeichneten: die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, ihr thunlichst bald eine Vorlage betreffend die Errichtung eines städtischen Leihhauses im Anschluß an die städtische Sparkasse zu machen!“

Nachdem Genosse Vogel an der Hand eines reichhaltigen statistischen Materials die Notwendigkeit der Errichtung eines Leihhauses nachgewiesen hatte, beschloß die Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, zu erwägen, ob die Errichtung eines städtischen Leihhauses notwendig und thunlich ist und eventuell eine entsprechende Vorlage einzubringen, jedenfalls aber über das Resultat seiner Erwägungen der Versammlung Bericht zu erstatten.

Zur Annahme gelangte ferner ein Antrag Rosenbergs und Genossen betreffend Einsetzung eines Ausschusses zur Beratung über alle Fragen, welche mit dem vom Magistrat gestellten Antrage auf Abänderung der für die Stadtteile jenseits der Spree geltenden Bauvorschriften in Verbindung stehen. In der Debatte ver-

traten Vordardt und Hirsch den sozialdemokratischen Standpunkt und schützten das Schädliche der Mietkafernen, deren Errichtung die Antragsteller als Ideal betrachteten. Dem Ausschusse gehört auch Genosse Vordardt an.

Endlich beriet die Versammlung noch folgende sozialdemokratische Interpellation: „Am 21. Oktober 1903 ist der Schlosser Theodor Müller, der auf dem Gerüst zum Bau des städtischen Rathauses beschäftigt war, abgestürzt und auf der Stelle tot geblieben. Die Unterzeichneten richten an den Magistrat die Anfrage, ob die Schutzvorrichtungen an dem Gerüst in genügender Weise angebracht waren und kontrolliert wurden und fragen den Magistrat weiter, ob er geneigt ist, zur Ueberwindung der Schutzvorrichtungen an städtischen Bauten Baukontrolleure aus der Arbeiterkassette anzustellen.“

Die Genossen Baasche und Baale gaben eine genaue Darstellung des traurigen Unglücksfalles und vertraten nachdrücklich die Forderung der Anstellung von Baukontrolleuren aus der Arbeiterkassette. Natürlich stellte sich der Magistrat, wie üblich, auf den Standpunkt, daß ihn keinerlei Schuld trifft. Da die Mehrheit die wichtige Debatte durch einen Schlussantrag gewaltsam beenden wollte, bezweifelste Stadtv. Baale die Beschlußfähigkeit. Tatsächlich war die Versammlung schon lange beschlußunfähig, die Sitzung mußte also abgebrochen werden.

Die Festnahme einer ganzen Diebesbande ist der Hildorfer Kriminalpolizei gelungen. In der Fabrik von Rebler und Weibe in der Schillerstraße waren wiederholte Diebstähle an Material, Messingteilen usw. bemerkt worden, so daß die Polizei um ihre Hilfe zur Ermittlung der Diebe angegangen wurde. Es glückte ihr, nach mehrtägiger, vergeblicher Beobachtung, die Eindreher auf freier That zu überführen, als sie gegen 9 Uhr abends einen neuen Raubzug in die Fabrikräume unternahm. Die Verhafteten, ein Pflasterer Börschel und ein Steinträger Schwedel, verrieten, daß sie im Einverständnis mit dem Lagerverwalter der bestohlenen Fabrik, einem gewissen Burdardt, gehandelt hätten. Der unglückliche Angestellte, der Anstifter der Diebstähle, wurde gleichfalls festgenommen. Auch der Fehler der Bande, ein Berliner Altfein-händler Webe, geriet in die Hände der Polizei, so daß sämtliche Mitglieder der Diebesgesellschaft, die ihr Handwerk seit längerer Zeit betrieb, nummehr unschädlich gemacht sind.

Vermischtes.

Ueber eine Explosion, bei der viele Menschen umgekommen sind wird aus New York berichtet. Die Regierungsmagazine auf der Hudson-Jusel Zona in der Nähe von Peekskill, die Sprengstoff enthielten, sind in die Luft geflogen. In den Magazinen lag etwa hundert Tonnen Dynamit; diese flogen auf. Ein dopplender Geschosse richtete in der Umgegend meilenweit Verwüstungen an. Mehr als eine Stunde lang stiegen aus der Zerkammern und Rauch empor; die durch die Explosion verursachten Erschütterungen wurden meilenweit verspürt. Die Einwohner ergriffen, von Schrecken erfaßt, die Flucht. Die Zahl der ums Leben gekommenen Personen läßt sich noch nicht feststellen; man sammelt der Unglücksstätte nur bis auf eine Entfernung von zwei Meilen nähern, da noch fortbauend nach allen Richtungen hin Gefosse fliegen.

In Breslau ist die 34jährige, unter sittenpolizeilicher Aufsicht stehende Frau Kathe Weiland in ihrer Wohnung am Neumarkt tot aufgefunden worden. Die angestellten Ermittlungen ergaben, daß die Frau einem Verbrechen zum Opfer gefallen und erstöckt war. Eine im zweiten Stock des betreffenden Hauses wohnende Frau hörte gegen 1 Uhr in der Nacht einen Schrei in den Zimmern der über ihr wohnenden Weiland. Gegen 5 Uhr morgens will die Frau dann Schritte im dritten Stockwerk von einer Person gehört haben, die wohl in überstürzter Eile die schmalen Treppen hinunterpollerte. Morgens zwischen 9 und 10 Uhr wurde die Leiche der Ermordeten durch einen jungen Mann entdeckt, der die Hausbewohner alarmierte. Als die Kriminalpolizei herbeigeeht wurde, war bereits die Totenstarre an der Leiche eingetreten. Abent der Thür vom Schlafzimmer zum Wohnzimmer lag die Weiland, nur notdürftig bekleidet auf dem Fußboden, mit dem Rücken gegen die Zimmerwand gelehnt, die beiden Arme gegen das Zimmer zu ausgestreckt. Das um den Hals geschlungene, zusammengegedröhte Handtuch ließ über die Art ihres Todes keinen Zweifel. So weit bis jetzt festgestellt ist, dürfte der Mörder der Prostituierten Weiland ein junger Mann mit hellblondem, fast rötlichem Schmutzhaar gewesen sein. In der rechten Hand hielt die Ermordete nämlich einige Haare der vorerwähnten Farbe. Diese Haare hat sie bei dem kurzen Ringen zweifellos ihrem Mörder ausgehissen; ihre eignen Haare haben eine dunklere Färbung. Anscheinend ist auch die Annahme eines Mordmordes nicht von der Hand zu weisen, denn in den Kleidern wurde kein einziges Geldstück gefunden. Der Verdacht lenkt sich auf einen jungen Mann, der einen Zweier trug, und unter anderem mit schwarzem, weidem Gut und dunklem Lederzieher bekleidet war. Sehr wahrscheinlich ist es, daß sich der Täter bei einem Freiseur den Bart hat abnehmen der fügen lassen, um sich so unkenntlich zu machen.

Für eine ausländische Sängerin, die demnächst Deutschland die Ehre ihres Besuches geben wird, macht ein Impresario folgende begeisterte Klame: „Ohne Zweifel hat eine Fee, welche man bewundert, indem sie die Spille umdreht, mit ihrem Geiste besessen, geschmeidig wie ein Schiff, lustig wie ein Kind, jung wie Morgenrot. Man sieht, indem die Stimme aus ihrer wohlklingenden Kehle dringt, ihren Vogelhals aufblähen, sie nähert sich unserm Herzen wie ein Rosenstrauch und tausend strahlende Blumen scheinen in der Luft aufzublähen. Während dessen, als ihre Stimme den Schauer des Entzückens erregt, schwingt, und den Klang zeichnet ein geheimnisvolles Gewebe von zauberischen Epiken. Man könnte sagen, daß sie gegen den Himmel hinauf fliegen will, als ihre prächtigen Arme wie die Flügel flattern, denn sie hat ein schimmerndes und schwarzes Auge einer Nachtigall.“

„Gott soll mich bewahren!“ würde Inspektor Dräsig sagen.

Marktpreise von Berlin am 4. November 1903

nach Ermittlungen des 1. Polizeipräsidiums.

*Weizen, gut D.-Gr.	15,95	15,92	Kartoffeln, neue D.-Gr.	600	4,00
mittel	15,89	15,86	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,80	1,30
gering	15,83	15,80	do. Bauch	1,50	1,10
*Roggen, gut	13,05	13,03	Schweinefleisch	1,60	1,10
mittel	13,01	12,99	Rindfleisch	2,20	1,80
gering	12,97	12,95	Hammelfleisch	1,10	1,10
†Gerste, gut	14,50	14,40	Butter	2,40	2,00
mittel	13,90	13,80	Eier	60 Stück	5,00 3,00
gering	12,10	11,00	Karpfen	1 kg	2,00 1,50
†Hafer, gut	15,60	14,70	Kale		2,60 1,40
mittel	14,60	13,70	Zander		3,00 1,90
gering	13,60	12,80	Hechte		2,00 1,00
Nichtstroh	4,16	3,82	Carfische		1,80 0,80
Neu	7,10	4,60	Schleie		3,00 1,40
Uelken	40,00	25,00	Bele		1,40 0,80
Sojabohnen	50,00	26,00	Krebse	per Schoß	15,00 3,00
Linien	60,00	30,00			

* ab Waßn. † frei Wagen und ab Waßn.

Briefkasten der Redaktion.

100. Wollen Sie sich an Herrn Liebe, Lichtenberg, Jungstr. 2 wenden. — Odbach-Küfcher. Natürlich mußte es im Bericht über die Kuratormis-sion anstatt Küfcher Kufcherin heißen.

Juristischer Teil.

Die juristische Erbrechtsfrage findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gedruckt: 7 Uhr.

§. 100. Sie können nur auf Schadenersatz klagen. — G. S. 100. 1. Ja. 2. Das hätte seinen Zweck; bis zur Großjährigkeitserklärung durch das Amtsgericht vergehen mindestens 3 Monate. Inzwischen ist Ihre Frau bereits großjährig. — 2. W. Ihr Vater kann an die Steuerdeputation (Magistrat) unter Darlegung der Verhältnisse beantragen, die Steuer außer Zahlung zu bringen. — W. M. 18. 1. Es ist wahrscheinlich, 2. Nein. — Sachverhalt und Verlagsantall Paul Singer & Co., Berlin SW.